

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die feinstgehaltene Rotenellgalle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vor der Katastrophe?

Die fürchtbare revolutionäre Spannung in Rußland hat sich noch erhöht. Der Generalstreik hat bereits eine kolossale Ausdehnung angenommen. Der Eisenbahnverkehr liegt im ganzen weiten Jarenreiche darnieder. Zu dem allgemeinen Ausstand der Eisenbahnarbeiter ist der Generalstreik der übrigen Arbeiter in zahlreichen Städten getreten: in Petersburg, Moskau, Warschau, Lódz, Kiew, Charkow, Samara usw. Mehr als eine Million Arbeiter soll sich bereits im Ausstand befinden. Durch die völlige Stockung des Verkehrs und den Streik sind die Lebensmittel knapp geworden und die Preise in die Höhe geschwenkt. Die Gärung nimmt deshalb ständig zu und man erwartet stündlich den Ausbruch des blutigen Bürgerkrieges. Trotzdem glaubt die Regierung noch immer auf die Bajonette vertrauen zu können. Der Polizeiminister Trepow soll versichert haben, daß er nunmehr in der Lage sei, jeden Gewaltstreik in Petersburg zu paralysieren und den Widerstand in den Provinzstädten zu brechen. An der rapiden Ausbreitung des Ausstandes sei nur die schlechte Organisation der Provinzpolizei schuld, die ihn, Trepow, bis zur letzten Stunde ungenügend informiert und seine Befehle nicht immer korrekt ausgeführt habe. Dieser ebenso bornierten wie brutalen Auffassung des Oberpolizeischergen entspricht denn auch die

freche Drohung Trepows

an die Petersburger Bevölkerung. Sie lautet:

Die Residenzbevölkerung ist durch Gerüchte von bevorstehenden Massenunruhen aufgeregt. Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind ergriffen; ich bitte daher, den Gerüchten nicht zu glauben. Etwas Versuche zu Unruhestiftungen werden unverzüglich aufs energischste unterdrückt werden und keine Ausbreitung gewinnen. Falls bei Unterdrückung derselben Volkskassen Widerstand leisten, werden die Truppen und die Polizei gemäß meinem Befehl nicht anfänglich blind, sondern sofort scharf schießen und keine Patronen schonen. Ich gebe dies bekannt, damit jeder, der sich an Anstimmungen zu Unruhestiftungen beteiligt, weiß, was er zu erwarten hat, die besonnene Bevölkerung aber den Unruhen fernbleibt.

Ob dieser so siegesicher sich blühende Polizeiterrror nicht doch im Ernstfalle schmählich zusammenbrechen würde, ist die Frage. Bei der intensiven Bewegung, die das ganze Volk der Hauptstädte erfasst hat, ist es durchaus nicht sicher, daß Polizei und Truppen nicht am Ende doch mit dem Volke fraternisieren würden.

Eine russische Korrespondenz meldet:

„Von der Stimmung unter den Truppen läßt sich allgemeingültiges nicht sagen. Als Symptom aber ist bemerkenswert, daß am Mittwoch in einer Eisenbahnarbeiterversammlung ein Offizier eine Rede hielt, in der er erklärte, die Offiziere wollten nicht mehr dem Absolutismus dienen, sondern dem Volk. Sie verlangten die Trennung der verhassten Gendarmen und Polizei vom Heer, ferner teilte er die Truppen in drei Klassen, diejenigen, die auf Befehl auf das Volk schießen würden, diejenigen, die sich weigern und endlich die, die auf die Schießenden schießen würden. Nach dem Offizier sprach ein Soldat, der erklärte, da der Absolutismus das Vaterland verraten hätte, sei es Soldaten Pflicht, für das Vaterland gegen den Absolutismus zu kämpfen.“

Auch unter der Petersburger Polizei gärt es nach einem Bericht des Scherl-Blattes: „Die niederen Polizeichargen kommen scharnweise um ihren Abschied ein, sie halten ebenfalls Meetings ab, ihre Lage soll schleunigst verbessert werden.“

Es wäre gewiß voreilig, sich in Prophezeiungen über ein allgemeines Meutern der Armee ergehen zu wollen, aber es verdient doch erwähnt zu werden, daß noch in allen Revolutionen, die alle Volkskreise ergriffen hatte, die Armee sich als unzuverlässig erwiesen hat. Zudem erlebt der Zarismus ein warnendes Renetel in dem erneuten

Aufruhr der Schwarzmeer-Flotte.

Aus Odessa wird gemeldet:

Beunruhigende Nachrichten sind hier aus Sebastopol eingetroffen. Danach wurde das Schlachtschiff „Kuzn'sk Potemkin“ von der Schwarzmeer-Flotte am Mittwoch von Brandstiftern in Brand gesetzt, und von den Flammen völlig vernichtet. Gleichzeitig brach unter der Befehlung des Schlachtschiffes „Kaiserin Katharina II.“ eine Meuterei gegen die Offiziere aus. Gleiches ereignete sich bei einer Kompagnie der Festungs-Artillerie. Beide Meutereien konnten nur unter großen Schwierigkeiten unterdrückt werden. 400 Mann wurden verhaftet.

Das Manifest des Zaren

ist heute erschienen. Es soll eine Einlösung des Versprechens darstellen, daß dem Volke die Versammlungsfreiheit gewährt werden solle, es dürfte aber angehts der durch 12 Sonderpunkte festgelegten Beschränkungen nur geringen Eindruck machen; insbesondere werden der die Aussicht führenden Persönlichkeit, welche die Regierung zu jeder drei Tage vorher angemeldeten Versammlung entsetzt, weise Vollmachten zu ihrer Schließung in die Hand gegeben.

Solche „Freiheiten“ können in der Tat nur als eine Verhöhnung des Volkes aufgefaßt werden. Die

Stimmung in Petersburg wird denn auch im „Tag“ in einem Telegramm von heute in düstersten Farben geschildert:

„Wir sehen am Vorabend der Revolution, die jeden Augenblick mit allen ihren Schrecken über uns hereinbrechen kann. Unbeschreibliche Angst hat die ganze Bevölkerung ergriffen, sie wird auch nicht verschont durch den heutigen Erlaß des Generalgouverneurs Trepow, der versichert, alle Maßnahmen zur sofortigen Niederkämpfung jeden Widerstandes getroffen zu haben.“

Feuersbrunst in Warschau.

Das „Vollstische Bureau“ meldet:

Ämtliche Meldung. Telegramme nach Rußland erleiden seit gestern erhebliche Verzögerungen. Die Leitungen nach Warschau, Odessa und Kiew sind gestört. (Feuersbrunst in Warschau.)

Nach einer anderen Meldung soll ein ganzer Stadtteil in Flammen stehen.

Moskau ohne Wasser und Gas.

Moskau, 27. Oktober. Seit heute gibt es in der Stadt kein Wasser und kein Gas. Die Straßenbahn fährt nur mit einigen Wagen auf vereinzelter Linien. Die Bäckereien sind fast sämtlich geschlossen, die noch offenen verkaufen ihr letztes Brot und Schließen dann ebenfalls. Sensitiv und Stadtverwaltung funktionieren nicht; viele private Institute, Bureaus und Kontore haben ihre Tätigkeit eingestellt. Der Gouverneur konstatiert in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß die Arbeiter durch die Agitation böswilliger Personen verhetzt seien, und gibt beruhigende Erklärungen ab. Ueberall ist Militär aufgestellt, das Befehl hat, bei dem geringsten Versuch zu gewalttätigen Handlungen auf jegliche, auch die geringste Volksanhäufung zu feuern.

Straßenkämpfe in Charkow.

Charkow, 26. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der telegraphische Dienst ist wieder aufgenommen worden; dadurch ist es möglich, eine Schilderung der Vorgänge seit dem 24. Oktober zu geben. Am 24. Oktober wurden in der Universität mehrere Arbeiterversammlungen abgehalten. Bei einer dieser Versammlungen traf die Nachricht von dem Tode eines Studenten namens Constantinbi ein, der durch eine Patrouille verwundet worden war, ferner von Gewalttaten, welche Notables gegen Studenten verübt hatten. Als man hörte, daß Truppen ankämen, wurde beschlossen, die Universität zu verbarrikadieren, um sie mit Waffengewalt zu verteidigen. Es wurden acht Barrikaden aus Telegraphenpfählen, Pflastersteinen, Draht usw. errichtet. Der durch die Barrikaden abgesperrte Bezirk schloß die Rathbedrale, die Universität und die Gerichtsgebäude ein. Die Gerichtsarchive wurden zerstört, der Boden war mit Papieren bedeckt. Die Universität war in eine Festung verwandelt, Türen und Balken verbarrikadiert. Die dort versammelte Schar zählte ungefähr 3000 Mann. Auf den Dächern wehten viele rote Fahnen mit revolutionären Inschriften. An drei Punkten der Stadt waren Ambulanzen eingerichtet. Mittags kam ein starker Transport von Feuerwaffen und blanken Waffen an, welche unter die Aufständischen verteilt wurden. Gleichzeitig fanden in der Stadt Zusammenrottungen vor Plünderung von Waffenläden statt, von denen einer vollkommen ausgeraubt wurde. Die Menge wurde von Dragonern aus gedeckter Stellung beschossen. Zehn Personen wurden getötet, zahlreiche verwundet. Später veranstalteten 300 Personen mit dem Bilde des Kaisers und russischen Landesfahnen eine patriotische Kundgebung. Die Manifestanten zertrümmerten einen ihnen begegnenden Sanitätswagen und prägten die Kerze und Krankenträger sowie vereinzelte Studenten, dann stießen sie auf Arbeiter, die nach der Universität zogen und wurden von diesen durch Revolverschläge auseinandergejagt. Die Arbeiter zertrümmerten hierauf die Fenstergehäusen der Redaktion der reaktionären Zeitung „Juznij Kraj“ und des Amtsblattes. Vagabunden machten sich in den von der Polizei entblößten entfernten Stadtteilen die allgemeine Verwirrung zunutze, versuchten Läden zu plündern und prägten Passanten. Ueber den Bezirk um die Universität wurde der Belagerungszustand verhängt. Der Gouverneur übertrug die Amtsgewalt dem Generalleutnant Mau. Ein Ausschuss für die öffentliche Wohlfahrt, welcher neu gebildet wurde und sich aus den angesehensten Bürgern der Stadt zusammensetzte, führte Verhandlungen mit dem Gouverneur. Inzwischen kamen Truppen aus den naheliegenden Ortshäften an. Der Wohlfahrtsausschuss formierte mit Zustimmung des Gouverneurs zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt eine Miliz aus bewaffneten Arbeitern und Studenten. Die Bürgerchaft begrüßte die Miliz mit Beifallsrufen. An einzelnen Punkten der Stadt schossen die Truppen auf die Miliz und verwundeten mehrere Personen. Der Wohlfahrtsausschuss verhandelte mit dem Generalleutnant Mau, um sich über die Bedingungen für die Uebergabe der Universität zu einigen. Die von Mau vorgeschlagenen Bedingungen waren die folgenden: Die in der Universität eingeschlossenen müssen die Barrikaden ohne Waffen räumen und dürfen dabei weder singen noch Rufe ausstoßen. Sie können sich angegliedert ihren zu einem großen Meeting auf dem Stobelewplatze versammelten Kameraden anschließen. Es werden keine Verhaftungen vorgenommen und keine Untersuchungen

angestellt werden. Die Waffen müssen an die Universitätsverwaltung abgeliefert werden. Die in der Universität eingeschlossenen nehmen die Bedingungen an und verließen in Ruhe ihre Stellungen. Der Paulsplatz wurde von Truppen besetzt. Die Menge, die sich hinter den Truppen stautte, begrüßte die Herauskommenden, die von einer Eskadron Dragoner eskortiert wurden, mit lauten Zurufen. Die Studenten und Arbeiter begaben sich in langem Zuge nach dem Stobelew-Platz. Die dort abgehaltene Versammlung dauerte bis 6 Uhr. Derauf ging alles in Ruhe auseinander. Es fand kein weiterer Zusammenstoß mit Truppen statt, jedoch wurden abends wieder vereinzelte Schüsse gehört.

Diese Vorgänge trugen sich also am 24. Oktober zu. Eine andere spätere Meldung besagt, daß in Charkow die Republik proklamiert worden sei. Da weitere Truppen herbeigekürt worden seien, werde es wahrscheinlich zu blutigen Zusammenstößen kommen.

Petersburg, 26. Oktober. In der neuen Admiralität sind die Arbeiter bei den im Bau begriffenen Kriegsschiffen „Dzhan“, „Gisjal“, „Ballada“ und „Gwinney“, sowie die Arbeiter in den Marinewerkstätten in den Ausstand getreten. Ferner sind die Beamten der Generaldirektion der Staatsbahnen im Eisenbahnministerium in den Ausstand getreten, ebenso die Beamten der Sensitivverwaltung des Petersburger Gouvernements.

Die Leitung der sozialrevolutionären Partei hat den Verkauf von Feuerwaffen an die Aufständischen organisiert; zu jedem Gewehr werden 25 Patronen abgegeben.

Petersburg, 26. Oktober. In den heutigen Abendstunden war die Universität der Schauplatz einer großen Volksversammlung. Etwa 20 000 Menschen waren in dem Hauptsaal und in den Nebenräumen sowie in dem großen Hofe versammelt, darunter Angehörige aller Stände, Berufe und Erwerbsklassen. Die Versammlungen verliefen durchaus ruhig. Die Ausführungen der Redner wurden überall mit lauten Beifallsrufen aufgenommen. Im Hofe sprachen Führer der Aktionspartei und forderten die Anwesenden auf, die Lage durch Anwendung von Waffengewalt zu klären. Die bisherigen teilweise Ausstände hätten sich zu einem gewaltigen vereinten Ausstand des russischen Volkes entwickelt. Dieser Generalausstand aller sei die Revolution. Man habe von seiten der Regierung die Waffen gegen das Volk angewandt. Nichts könne mehr helfen, die Lage zu klären, als die Anwendung von Waffengewalt auch seitens des Volkes. Während der Neben wurden vom sozialdemokratischen Arbeiterkomitee unterzeichnete Aufrufe verteilt. Die Versammlungen dauerten bis in die Nacht fort.

Warschau, 26. Oktober. Bewaffnete Vandalen überfielen die Zeitungsdruckereien, vernichteten die Matten und suchten den Druck zu verhindern. Der Kurier Warszawski erschien trotzdem, wenn auch sehr verspätet. Andere größere Blätter erschienen gar nicht. Die Lebensmittelpreise steigen hier und in Lódz rapid, es droht Hungermangel, die Lage ist gespannt. Morgen beginnt der Generalausstand in allen Fabriken.

In Pabianice sind ernste Unruhen ausgebrochen. Das Militär gab Salven ab, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Einzelheiten fehlen bisher.

Petersburg, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Nacht eingelaufene Telegramme bringen beunruhigende Nachrichten aus Wladi, Kiew und Saratow. In Kiew haben sich die Zeitungen mit Ausnahme des Blattes „Nieschjanin“ dem Ausstand angeschlossen. In Saratow sind alle Apotheken geschlossen. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Statt Zeitungen erschienen nur Telegramme. Die Saratower Duma hat einen Ausschuss zum Schutz der Bürger organisiert.

Petersburg, 27. Oktober. In der gestern abgehaltenen Sitzung der professionellen Verbände beschlossen die Apotheker, Ärzte, Advokaten und andere Berufs-klassen, sich am 28. Oktober dem Ausstande anzuschließen. Die Gelehrten nahmen den Beschluß, nur in revolutionärem Geiste redigierte Zeitungen zu lesen. Auf amtliche Anordnung sind alle Schulen bis zum 31. Oktober geschlossen worden.

Stetow, 26. Oktober. Der gestern hier ausgebrochene Eisenbahnstreik ist heute allgemein. Der Verkehr mußte eingestellt werden.

Krasnojarsk, 26. Oktober. Auf der sibirischen Eisenbahn ist ein Streik ausgebrochen, der bis Dienstag dauern soll.

Samara, 27. Oktober. Beim Zusammenstoß mit einer nach vielen Tausenden zählenden Volksmenge feuerten die Truppen auf eine Versammlung friedlicher Bürger. Die Einberufung einer konstituierenden Versammlung wird als einziges Mittel zur Beruhigung des Landes bezeichnet.

Lódz, 27. Oktober. Die Straßenbahn steht still. Infolge der Einstellung des Eisenbahnverkehrs ist Lódz von der Außenwelt abgeschnitten, seit zwei Tagen ist keine Post eingetroffen. Nahrungsmittel, Petroleum und Kohlen steigen im Preis; die Stadt ist ruhig.

Jelaterinostaw, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf Ansuchen von Bürgern sind die Truppen von den Straßen entfernt worden. Der Zustand des verstärkten Schutzes ist aufgehoben worden. Versammlungen wurden von den Behörden wieder gestattet. Der Handel lebt wieder auf. Die Beerdigung der Opfer der Unruhen erfolgt ohne Zwischenfall.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Oktober.

Aus der Fälschermappe des Reichsverbandes.

Mit unverhüllter Wollust drückt die „Post“, wie nur zu natürlich, aus den Mitteilungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie eine der schamlosesten und verrücktesten Verleumdungen nach, die nur je gegen unsere Partei erfunden wurden, daß nämlich die deutsche Sozialdemokratie zur Agitation gegen die Septembervorlage und für die Reichstagswahlen von 1887 „von Frankreich“, im Besonderen von den Nordpatrioten à la

Voulauger Geld erhalten habe. Dieses wahnsinnige Märchen ist ja natürlich auch nicht neu, die Aelteren von uns erinnern sich, welche Rolle es schon bei den Wahlen von 1887 selbst spielte, und wie dann der biedere Herr Göy, der wechselliebende Zumbereiner und Eintagspolitiker, unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität es im Reichstage breittrat. Aus dieser „Wissenschaft“ des Herrn Göy hat es nur auch der betreffende Schmierfink des Reichsverbandes; er tut so, als ob er die Fälschungen von Göy für Wahrheiten nehmen müsse, und deinet sich deshalb so mit aller Absicht darum, die Quellen von Göy nachzuprüfen, die ihm, wenn er sie anders wie Göy, d. h. ehrlich hätte benutzen sollen, die neue Aufklärung einer alten Fälschung freilich sofort unmöglich gemacht hätten.

Die Quelle, die angeblich diesen „bezahlten sozialdemokratischen Laubderrat“ dokumentarisch beweisen soll, ist der Züricher „Sozialdemokrat“ vom Januar und Februar 1887. Hätte der Wiederbarn des Reichsverbandes seine schmutzigen Finger in dieses Blatt gesteckt und mit seinen eigenen Augen ehrlich darin zu lesen versucht, so hätte er freilich sofort entdeckt, daß jeder Sou, den 1887 französische Arbeiter für den deutschen Wahlkampf schickten, mit genauer Angabe des Ortes und der Organisation quittiert wurde, Entlohnungen, deren kleine Summen Herr Göy eben in „Gelder aus Frankreich“, das heißt in Millionen und von Reuten a la Voulauger umfälschte. In Wahrheit hat dann ja auch nicht ein einziger Pfennig unklarer Herkunft für deutsche Wahlkämpfe jemals Verwendung gefunden, geschweige ein einziger Sou von französischen Nordpatrioten und dergleichen Skaliber. Der „Sozialdemokrat“ hat bereits 1887, gerade auch in den Nummern, auf die sich Herr Göy und seine neuesten Raufhalscher berufen, die Wahrheit festgesetzt. Ja mit besonderer Genauigkeit kommentierte unser damaliges Organ auch gerade den Austritt alibewährter französischer Parteigenossen wie Deville, Guode, Tuo-Lancy, Gournière und anderer aus einem Blatte, das nur angeordnet hatte, daß nichts dabei wäre, auch bei den französischen Ministern und Voulauger Geld für die deutschen Wahlen zu holen. Als unsere genannten französischen Freunde diesen ihren Bruch mit dem Blatte und diese Begründung bekannt gaben, schrieb der „Sozialdemokrat“ (Nr. 7 vom 4. Februar 1887) wörtlich:

„Unsere Freunde haben recht getan, daß sie diesen Vorschlag scharf abgelehnt. Wir würden eine Unterstützung von dieser Seite in der Tat als entschieden rundweg zurückgewiesen haben. (Auch im „Soz.“ so gedruckt. Red. des „Vorw.“) Von den französischen Arbeitern nehmen wir den kleinsten Betrag, jeden Sou, als ein Zeichen ihrer brüderlichen Gesinnung, gern entgegen, und es freut uns konstatieren zu können, daß uns jeder Tag neue Beweise in dieser Hinsicht bringt. Aber für eine Unterstützung, die nur einen Sinn hat, wenn man uns als Verbündete des französischen Chauvinismus betrachtet, bedanken wir uns auf das allerentsetzteste. (Auch im „Soz.“ so gedruckt. Red.) Wir wollen mit ihm ebenso wenig zu tun haben wie mit dem deutschen Nordpatriotismus, er ist unser Feind, wie er der Feind der französischen Arbeiter ist.“

Also damals der „Sozialdemokrat“; und es ist überflüssig zu sagen, daß die Partei niemals einen anderen Standpunkt vertreten hat und vertreten konnte. Sie hat es im Gegenteil immer den Gesinnungsverwandten des Reichsverbandes und der „Post“ überlassen, ihre Taschen aus den Kassen der Feinde Deutschlands zu füllen. Selbst die dümmsten Postfesseln dürften, um nur ein Beispiel zu erwähnen, eine dumme Abnung von den allemähigen Nachweisen haben, die nach dem deutsch-französischen Kriege das Quellenwerk „L'Allemagne aux Tuilleries“ brachte, ein Quellenwerk, aus dem Bernhard Leder dann einiges wenige in seinen „Briefen deutscher Völkpatrioten“ (Braunschweig 1873) wiedergab. Wenn die Fälscher des Reichsverbandes und der „Post“ auf dem Boden dieser Akten und Tatsachen einen Tanz wünschen, wir sind bereit, wir spielen ihnen auf!

Zentrum und Reichsfinanzreform.

Das Zentrum verhält sich vorläufig nach altem Rezept durchaus ablehnend gegen den Stengelschen Vorschlag einer höheren Belastung des Tabaks und Bieres. In einer Zentrumsversammlung in Aresfeld äußerte sich der Abgeordnete Dr. Vachem, der Vorkämpfer der „Aöln. Volkszeitung“, folgendermaßen über die sogenannte Reichsfinanzreform:

„Dauernde Ausgaben dürfen nur aus dauernden, festen Einnahmen gedeckt werden! Diesen Grundsatz gilt es jetzt auch in der Reichsfinanzreform anzuwenden. Mit der Schuldenwirtschaft kann es nicht weitergehen. Mit den jetzigen Steuern können wir nicht auskommen. Es wird jetzt offiziell angekündigt, daß rund 180 Millionen Mark neue Steuern notwendig seien. Eine einzige neue Steuer in solcher Höhe zu schaffen, ist unmöglich; wir werden also verschiedene Steuerquellen erschließen müssen. Die alten Steuern, d. h. die, welche wir bereits haben, müssen wir sorgfältig erhalten und pfeilgerig behandeln. Dabei bleibt allerdings eine Grenze: keine weitere Belastung der notwendigen Konsums der breiten Volksmassen. Was das Volk zum Leben notwendig hat, soll nicht weiter mit Steuern, in diesem Falle mit indirekten Steuern belastet werden. Diese Grenze ist in der alten Plattenvorlage ausdrücklich vorgesehen, der Reichstag hat sie verlangt und die Reichsregierung hat ihre Zustimmung gegeben. Der Reichstag muß und wird daran festhalten!“

Die Frage ist nur: Was versteht das Zentrum unter „notwendigen Konsum“? Es hat bei den Zolltarifverhandlungen nicht nur den beträchtlichen Zollserhöhungen auf Getreide, Obst, Fleisch usw. zugestimmt, sondern wehrt sich auch jetzt mit der gleichen Energie wie die Agrarkonservativen gegen eine Ermäßigung der hochgetriebenen Fleischpreise durch Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Ausland. Oder rechnet vielleicht das Zentrum Fleisch nicht zu den „notwendigen“ Konsummitteln? Dann besteht nur geringe Hoffnung, daß es nicht später auch — vorausgesetzt, daß ihm gewisse Entscheidungen auf frischem Gebiete geboten werden — zu der Entbedung gelangt, Tabak und Bier gehören nicht zu den notwendigen Verbrauchsgegenständen, sondern zu den höheren Genussmitteln. —

Waffengeller und Friedensreden.

Nach der Enthüllung des Nolte-Denkmales fand am Donnerstagabend ein Bräutigam statt, an dem zahlreiche Prinzen, Fürsten und Generale teilnahmen. Der Kaiser brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Dem heutigen Tage seien zwei Gläser bestimmt. Das eine der Vergangenheit und der Erinnerung! In aufrichtigem Dank gegen die Vorsehung, die in großer Zeit dem Großen Kaiser seine Paladine beschert hat, wollen wir vor allen Dingen das erste Glas einfüllen lassen, welches dem Andenken gewidmet ist des Kaisers Wilhelm's Majestät größten Generals! Das zweite Glas gilt der Zukunft und der Gegenwart! Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Balver troden, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwarzer verbannt. Mein Glas gilt unserem Volk in Waffen! Das deutsche Heer und sein Generalsstab hurra, hurra, hurra!“

In Frankreich wird die bereits dorthin telegraphisch übermittelte Rede des Kaisers von den Blättern unter Ueberschriften wie „Eine kriegerische Rede“ oder auch „Kaiserliche Drohungen“ mitgeteilt.

In England wurde derweilen eifrig in Friedensbeteuerungen gearbeitet. In der Rede, die Staatssekretär Brodric am Donnerstag in Guildford hielt und in der er auf die Worte Roiebergs antwortete, daß die Polemiken gegen Deutschland nicht die wahren Gesichtspunkte, die beide Völker für einander hegten, wenn sie vielleicht auch die Ansichten einiger Mitglieder ihrer Regierungen zum Ausdruck brächten, führte der Staatssekretär weiter aus, es dürfe keine Zeit verloren werden, um das auszusprechen, was er mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck betonen möchte, daß zwischen beiden Regierungen keinerlei persönliche Stimmungen herrschen können. Er sage noch weiter, daß keinerlei unerledigte Frage irgendwelcher Art zwischen den beiden Regierungen bestehe und daß nichts vorliege, was eine Animosität zwischen ihnen herbeizurufen könnte. Gutes Einverständnis mit den Nachbarn, welche Sprache sie auch sprechen, sei notwendig und wünschenswert. Alle Gerüchte von Mißverständnissen müßten beseitigt werden, ebenso wie die zirkulierenden Märchen von dem Plan eines Einfalles von 100.000 Soldaten in Schleswig-Holstein und von völlig grundlosen Angriffen, die wohl dazu dienen könnten, die Feder gewisser Männer von der Presse zu reizen, die aber von jedem verantwortlichen Staatsmanne kurzerhand zurückgewiesen würden.

Das Mitglied des Unterhauses Bryce erklärte in einer Rede in Newport (Insul Wight), daß kein denkbarer Mann in England, sicherlich aber kein verantwortlicher Politiker, einen Streit mit Deutschland wünsche. In keinem Punkte ständen die englischen und deutschen Interessen einmütig in Oegenlay zu einander. Sei kommerzieller Wettbewerb, ähnlich dem zwischen Franzosen und Amerikanern, ein Grund für politische Feindschaft mit einem großen verwandten Volke? England müßte versuchen, gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten, welche mit einer dauernden Fortsetzung der Beziehungen zu Frankreich nicht unvereinbar seien.

Vom Selbstverwaltungsrecht hatte man leghin bei der Leipziger Rathhauswahl großes Aufsehen gemacht. Wie es in Wahrheit mit diesem Rechte bestellt ist, das zeigt die Verordnung der Leipziger Kreisrathhaukschafft in Sachen der von den beiden Leipziger Straßenvereinen verlangten Erhöhung der Fahrpreise und der damit verbundenen Abschaffung des Einheitszinses von 10 Pf. In dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß die erste Entscheidung des Rates infolge eines Urteils des Ober-Verwaltungsgerichts hinsichtlich geworden sei; da die beiden Straßenbahngesellschaften an einer Erhöhung des Tarifs festhalten, so habe der Rat eine neue erstinstanzliche Entscheidung zu treffen. Eines Gehörs der Stadtverordneten bedürfte es dabei nicht. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Junk, der damals bei den großen Festlichkeiten so schöne Worte vom Rechte der Selbstverwaltung und vom Bürgerwohl gesprochen hatte, war nun, nach wenigen Tagen schon, so beschelben geworden, daß er nur den Wunsch ausdrückte, der Rat möge trotzdem den Stadtverordneten Begehren entgegen, sich äußern zu können; dann aber schien in ihm die Erinnerung an seine Rathhausrede doch noch zu erwachen, und wie in Parantese fügte er hinzu, daß ja „eventuell“ die „Bersprechung“ der Angelegenheit im Stadtverordnetenratte auch durch einen Initiativantrag herbeigeführt werden könnte. — Es ist doch etwas Schönes um die Bescheidenheit!

Die Anti-Duell-Liga hielt gestern in Köln ihre Generalversammlung ab. Ein Häuflein Draher Leute und schlechter Müßiggänger wüßte sich vergebens, aber den schreienden Widerspruch hinwegzukommen, der zwischen dem sittlichen und christlichen Staat der päpstlich-reactionären Aenderlehre und seiner höchst unmilitärischen und unchristlichen realen Verkörperung besteht. Da bedankte ein Justizrat die Lässigkeit, mit der viele Mitglieder der gebildeten und besitzenden Klasse oftmals Kulturbestrebungen gegenüberstünden, da klagte ein Ansdächter darüber, daß die meisten Quelle unter Offizieren und Beamten ausgefochten würden, obwohl Offiziere und Beamte auch auf die Verfassung verbedet seien. Da hielt der Landtagsabgeordnete Pastor v. Wodschwingh eine feiner Kapuzinaden, von denen man nie recht weiß, ob ihr hiehermännisches Raikso unergründlicher Einfall oder abgefeimter Demagogie entsiammt. Der konservative Landtagsabgeordnete werrerte gegen die Einbildung, daß es bevorzugte Stände gebe. Der Kaufmanns, der Bauern, der Handwerker, der Arbeiterstand seien ebenso ehrenvoll wie der Offiziersstand. Es müßte auch gefordert werden, daß die Ehre des gemeinen Soldaten gewahrt, daß er nicht beschimpft oder geschlagen werde. Ein anderer Pastor empfahl zum Austrag von „Ehrenhändeln“ statt der Pistole oder des Säbels die Keitpeitsche. Der Oberbürgermeister von Jüla verlangte, daß der Ehebruch zu einer Injamsie gestempelt und der Ehebrecher mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werde. Dann aber forderte das sittenstrenge Stadtoberhaupt auch eine rigorose Verschärfung der Strafen für Verleidigungen und Verleumdungen.

So endete denn dieser Sittlichkeitskongress in Sedes in der fürchtlichsten Anpreisung gemeingefährlich reactionärer Maßregeln.

Badische Landtagswahl. Das Zentrum kämpft verzweifelt um die Mehrheit im Landtage und da es allein diese Mehrheit infolge des sozialdemokratisch-liberalen Wahlkommens nicht mehr zu erlangen vermag, gibt sich die Zentrumsleitung die größte Mühe, wenigstens eine liberal-konservative Mehrheit zu bilden. Ganz tolle Wahlmänner werden deshalb in Szene gesetzt. Da sind z. B. zwei ländliche Kreise mit folgenden Stimmenzahlen:

	Soz.	Blod	Zentr.	Konsf.
46. Kreis . . .	1130	914	1298	788
50. Kreis . . .	1674	719	1375	1128

In beiden Kreisen müßte, da laut Wahlblommen der Blod für den Sozialdemokraten eintritt, dieser siegen, denn die orthodox-protestantischen Konservativen sind nur in ganz vereinzelten Exemplaren für das Zentrum zu haben. Und wie löst nun das Zentrum das schwierige Problem um den Sieg zu erreichen? Es zieht, trotz der hohen Stimmensziffern, seinen Kandidaten zurück und gibt Befehl an die selbstverständlich gut katholischen — Zentrums- wähler aus, für die extrem protestantischen konservativen Kandidaten zu stimmen. Es sei bemerkt, daß nach dem neuen badischen Wahlrecht am zweiten Wahlgang nicht nur die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, sondern alle die Kandidaten teilnehmen können, welche mehr als 15 Proz. der abgegebenen Stimmen erhielten. Im zweiten Wahlgang entscheidet dann die relative Mehrheit.

Von den Zentrumswählern erhofft die Parteileitung, daß sie sich eher als gedankenloses Stimmvieh benutzen lassen, das man lieblich verhandeln kann. Ein Wahlbild, das ebenso bezeichnend ist für Verhöhnung der Wähler beim Zentrum, wie für die konfessionelle Geschlei der Zentrums-Katholiken. —

Stuttgart, 26. Oktober. Bei der heutigen Stichwahl zum Landtag im Bezirk Tutzlingen wurde Storz (Volkspartei) mit 3088 Stimmen gewählt. Mattutat (Soz.) erhielt 2060 Stimmen. —

Die kolonisationspolitische Mission des Schnapses.

Ein Artikel der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“ beschäftigt sich eingehend mit den traurigen Wirkungen der Schnapspest auf die Eingeborenen, die durch die „Pioniere“ unserer Kolonisation, die Vertreter des süßen Handels, namentlich auch in den deutschen Kolonien verbreitet wird. Es gebe allerdings an der Westküste Afrikas einige Firmen, die den Brantwein prinzipiell von ihrem Geschäft ausgeschlossen hätten. Aber das seien nur Ausnahmen unter der großen Masse. Es sei deshalb dringend nötig, daß durch die Mächte die Spirituoseinfuhr für ganz Afrika reduziert werde.

Ob Deutschland sich mit besonderer Vegeisterung an der Verhinderung des Schnapspekels beteiligen wird, ist recht fraglich. spielen die Spirituosen doch unter den lürrlichen deutschen Exportziffern unseres Kolonialhandels eine hervorragende Rolle. Bereits

1898 wurden 761 204 Liter Spirituosen in Togo eingeführt, 1903 gar 1 041 106 Liter. In Kamerun wurden 1897 1 224 804 Liter Spirituosen importiert, 1903 1 407 573 Liter. Unsere Handelskreise werden sich also sehr gegen die Einschränkung dieses gewinnbringenden Handelszweiges sperren! Und das umso mehr, als ja der Schnaps als Tauschmittel auch im kolonialen Binnenhandel eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. So erzählte Hauptmann Gulen 1898 in der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ folgende Episode:

„Geradezu schenlich zu nennen ist die Verwendung des Schnapses als Handelsartikel, zum trade! Fufsel der gemeinsten Sorte bildet in Vassons und Kisten einen großen Teil der Schiffsladung eines westafrikanischen Handelsdampfers.“ „Dieses entwerdende Gift sicker von der Küste, deren Bevölkerung es im ganzen Westen Afrikas bereits leider durchtränkt hat, tief hinein bis zu den Binnenstämmen!“

„Gegen diesen Fluch der Kultur, womit wir die Schwarzen vertieren, sollte gepredigt werden, weit mehr als gegen den Sklavenhandel. Weniger verhängnisvoll für das Geland der schwarzen Rasse ist letzterer als die Laster, die wir ihm bringen unter dem prunkenden Titel: „Segnungen der Zivilisation.“

„Ich erinnere mich eines abstoßenden Bildes, das sich mir auf einer Faktorei bot, als ich dort im Busch einsa am Fieber krank lag: Ein Neger brachte dem Faktorensi zwei schöne Elefantenzähne. Der geforderte Preis schien dem Kaufmann zu hoch. Nach langem Handeln und Feilschen griff derselbe zum Schnaps und schließlich lag der schwarze arme Teufel mit zwei gekerbten Flachsen Gln sinnlos betrunken vor dem Ganse. Der „Clerk“ aber barg vergnügt schmunzelnd die beiden Zähne in seinem Laden. Der Preis waren die beiden Flachsen Schnaps.“

Daß bei derartigen Tauschgeschäften, auch bei Landkäufen und dem Viehhandel der Schnaps nur zu oft eine solch verbrecherische Rolle gespielt hat und noch spielt, ist nur allzu bekannt. Der Gänge-Peters erzählte seinerzeit noch mit schmunzelndem Behagen, wie rasch er seinerzeit die „Schuh“-Verträge mit ostafrikanischer Hauptlingen abgeschlossen habe, nachdem er die schwarzen Kontrahenten erst durch nicht zu knappe Dosen Alkohols in eine vergnügte Stimmung veretzt hatte.

Die Ankläger der kolonialen Fufselvergiftung werden wohl Prediger in der Wüste bleiben. Der Schnaps gehört nun einmal zur kapitalistischen Kolonialpolitik, wie die Sphylis und der Tropic-Koller! —

In den Wind geschlagene Warnung. In den Unruhen in Deutsch-Ostafrika erhält die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift, in welcher erklärt wird, daß die Missionare am Nilmandschoro bereits vor vielen Monaten eine vertrauliche Eingabe an das auswärtige Amt gerichtet haben, worin sie auf die Gefahr eines blutigen Aufstandes infolge verschiedener Maßnahmen hingewiesen haben. Dieser Bericht sei aber nicht beachtet worden. Das Blatt erklärt, das auswärtige Amt könne nicht umhin, über die Gründe seines Verhaltens sich bald zu äußern.

Dies Verfahren der Regierung ist ja nicht neu. In Südwestafrika hat man es genau so gemacht. Auch dort hat man die Warnungen der Missionare gleichgültig zu den Affen gelegt. Erstaunlich ist es nur, daß man durch die furchtbaren Erfahrungen in Südwestafrika auch nicht am ein Haar vorsichtiger geworden ist. Es sieht ja beinahe so aus, als lämen der Regierung die kolonialen Hängel förmlich erwünscht! Aber auch die Missionare trifft die Risikod. Sobald sie einsehen, daß man ihre Vorstellungen im Kolonialamt in den Wind schlug, hätten sie die Deffentlichkeit gegen die Maßnahmen aufrufen müssen, die nach ihrer Ansicht die Gefahr eines blutigen Aufstandes heraufschwören. Sie sind mitverantwortlich für die in Ostafrika vergossenen Ströme von Blut! —

Ausland.

Ueber die Volksmeinung in Norwegen.

Dem Storching liegt jetzt eine gedruckte Uebersicht über die ihm übersandten Aeußerungen zur Staatsformfrage vor. Es haben sich danach in Kristiania 13 Vereine von Geschäftsleuten für sofortige Königswahl und gegen die Erörterung der Verfassungsfrage erklärt, und diesen Wünschen haben sich 89 „Handels-, Handwerker- und Seemannsvereine“ angeschlossen. Außerdem wünschen 107 Banken, 7 Gemeindeverwaltungen und 2 Volksversammlungen, daß man sobald wie möglich einen König wähle. Der Aeußerung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei für Republik und Volksabstimmung haben sich 23 Arbeiterorganisationen angeschlossen. Volksabstimmung oder Volksentscheidung in anderer Form verlangen 61 Fach- und Arbeitervereine in Kristiania, 48 solcher Vereine anderer Orte sowie 5 Gemeindeverwaltungen. Ferner ist diese Forderung in vielen von Tausenden besuchten Volksversammlungen aufgestellt worden.

Es läßt sich selbsterklärend aus dieser Uebersicht nicht entscheiden, auf welcher Seite die Volksmehrheit steht; das einzige schnell wirkende Mittel, dem Volkswillen Rechnung zu tragen, ist eben die Urabstimmung.

Björnson äußert sich in „Aftenposten“ zur Staatsformfrage und über seine Bedenken gegen die Einführung der Republik. Sein Artikel beginnt:

„Man erinnert mich daran, daß ich einem ausländischen Interviewer gesagt habe, daß der größte Teil der Norweger republikanisch gesinnt ist und daß ich wisse, es werde die Demokratie aller Länder freuen, wenn Norwegen jetzt Republik würde. — Ja — habe ich jemals etwas anderes gesagt?“

Björnson bekräftigt also, was auch im „Vorwärts“ Mitte August dieses Jahres berichtet wurde, daß eben der größte Teil des norwegischen Volkes republikanisch gesinnt ist. Im Anschluß daran rüftet „Social-Demokraten“ von Kristiania folgende Mahnung an den Thronkandidaten:

„Eure königliche Hoheit, Prinz Karl von Dänemark, hier sagt selbst einer der Monarchisten die volle Wahrheit über die Situation in Norwegen. Man will Sie zum König über ein republikanisches Volk machen. Man bietet eine Dornenkrone statt einer Königskrone — gegen den Willen der Mehrheit.“ —

„Social-Demokraten“ bemerkt zu dem Regierungsvorschlag u. a.: „Die die Frage, die nun dem Volke vorgelegt wird, lautet soll kann noch nicht bestimmt gesagt werden. Leider wird man wohl kaum danach fragen, ob das Volk mit der Erhaltung der monarchischen Staatsform einverstanden ist, sondern vielmehr danach, ob es den ledigen Thron mit den Prinzen Karl besetzen will. Die Form wird aber keine entscheidende Bedeutung haben. Alle Republikaner werden selbstverständlich gegen eine solche Ordnung der Verhältnisse stimmen, und es gilt für uns, ein so starkes Reim hervorzurufen, daß der Dänenprinz es nicht wagt, seinen Fuß auf unser Land zu legen.“ — Im übrigen bezeichnet unser Bruderorgan den Vorschlag zur Volksabstimmung als einen Sieg der Politik der Sozialdemokratie und weist auch auf die sonderbare Tatsache hin, daß wenn norwegische Staatsbürger eine Volksabstimmung verlangen, man dem mit aller Macht entgegenarbeitet, aber daß für ist, sobald Schweden oder Dänemark es wünschen.

Wie der Korrespondent, der im Auftrage von Kopenhagens „Social-Demokraten“ zur Berichterstattung über die Ereignisse in Livlandia weilt, seinem Blatte mitteilt, haben die Kontervaiven dem Staatsminister Wissen wegen der vorgeschlagenen Vollstreckung vorgezogen, er breche seine Berichtigungen, und in den sonntäglichen Blättern wurde der Vorschlag selbst noch am Mittwochmorgen als Verfassungsbruch bezeichnet. Dreißig republikanische Störungsmänner haben in ihrer Fraktionsprüfung beschlossen, für Wischellens Vorschlag nur dann zu stimmen, wenn die Frage für oder gegen die Republik lautet.

Frankreich.

Die Föderationskongresse.

Paris, 24. Oktober. (Fig. Ver.) Am Sonntag haben zahlreiche Föderationen der sozialistischen Partei ihre Kongresse abgehalten, um die Delegierten für den Paritätstag von Chalons zu wählen und Beschlüsse über die Taktik bei den Kammerwahlen zu fassen. Der wichtigste von diesen regionalen Parteitagungen war der der Seine-Föderation, die die stärkste Departementsorganisation der Partei ist und mit ihren 47 Mandaten auf dem nationalen Parteitag eine entscheidende Rolle spielt. Der Föderationskongress fand in der Rue de St. Germain, einer von den Sozialisten verwalteten kleinen Gemeinde der Pariser Umgebung statt. Zuerst wurde die Frage der Kandidaturen diskutiert. Es wurde der schon anlässlich der letzten Nationalratswahl erwähnte Antrag Baillants, der es den Föderationen überläßt, Kandidaten aufzustellen, wo sie einen Wahlkampf für angezeigt halten, mit dem gleichfalls schon angeführten Antrag Revelins angenommen. Das Stimmenverhältnis war 174 gegen 108. Die Taktik für den zweiten Wahlgang wurde durch einen Antrag Revelins bestimmt, der einstimmig Annahme fand. Er besagt, daß bei Stichwahlen die Kandidaten der Partei, wenn sie nicht die relative Mehrheit erlangt haben, zurücktreten sollen, um der Politik der Reaktion, der kolonialen Eroberung, des Krieges und des Staatszweiges eine Niederlage zu bereiten. Unter den gleichen Bedingungen sollen die Kandidaten der Partei zurücktreten, wenn sich der republikanische Kandidat schon im ersten Wahlgange ausdrücklich verpflichtet hat, für die geübte Wahl, für das Listenkontingent mit der Proportionalvertretung und für die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit zu stimmen. Die Föderationen sind beauftragt, gemeinsam mit dem Nationalrat diese Beschlüsse auszuführen und dafür von den Republikanern ein gleiches Verhalten bei den Stichwahlen zu erlangen. Die Resolution Revelins betont zum Schluß nachdrücklich, daß die sozialistische Partei trotz der gelegentlichen Unterstützung bürgerlicher Parteien die unverfälschte Gegnerin der bürgerlichen Klasse in ihrer Gesamtheit und des Bourgeoisstaates bleibe.

Der Kongress nahm die Wahl der Parteitagdelegierten auf Grund des Proportionalstimmens vor, wobei er die Bestimmungen über die Wahlakt zur Grundlage machte. Der Minorität wurden 18 Mandate zugewilligt.

Der Kongress beschloß ferner die Achtstundebewegung der Arbeitsföderation zu unterstützen. Er protestierte auch gegen die unter hiesigeren Vorwänden unternommene Verfolgung der Arbeiter. Endlich besaß er sich mit der Frage, ob Sozialisten Funktionen im Bureau von Repräsentativkörpern annehmen dürfen, wo die Partei nicht die Mehrheit hat. Die Frage wurde mit 193 gegen 99 Stimmen und 12 Enthaltungen verneint. Man darf erwarten, daß auf diese Art die endlose „Affäre Prouffe“ doch einmal abgetan werden wird. Herr Prouffe hat neuerdings wieder bei seiner Londoner Jagd seinen Sozialismus in die Tasche gesteckt und den abgeklärten „Staatsmann“ hervorgekehrt. Er ließ sich auch vom König bewirtet. Von den sozialistischen Gemeinderäten, die an der Fahrt teilgenommen hatten, schlossen sich bei dieser Gelegenheit fünf aus. Am Freitag wird die sozialistische Gruppe des Gemeinderates zusammenzutreten, um über ihr Verhalten zum neuesten Parteitagbeschlusse zu entscheiden. Bekanntlich ist Prouffe von einer radikal-sozialistischen Mehrheit gewählt. Da er auf seine Stellung schwertisch verzichtet wird, ist das Ausscheiden Prouffes und seiner engeren Parteifreunde, wie Turot und Deppenheimer, aus der Partei vorauszusetzen.

Auch auf den anderen Regionalkongressen wurde die Wailantsche Resolution angenommen und für die Stichwahlen der Rädertät zugunsten der im ersten Wahlgang begünstigten bürgerlichen Republikaner gutgeheißen.

Die nicht an die Partei angeschlossene Loire-Föderation, die unter dem Einfluß Briands steht, hat gleichfalls Sonntag ihren Kongress abgehalten. Sie erklärte sich für das Prinzip, der Einigkeit und sprach ihr Vertrauen zum Kongress in Chalons aus, in der Erwartung, daß er durch Anerkennung des Grundgesetzes der republikanischen Vereinigung bei den Stichwahlen ihr den Eintritt in die geeinigste Partei ermöglichen werde. Die Versammlung beschloß, zwei Delegierte nach Chalons zu senden, die dem Kongress die Haltung der Föderation erklären sollen.

Italien.

Die Parteifraktion über die Abgabenreform.

Rom, 25. Oktober. (Fig. Ver.)

In ihrer letzten Zusammenkunft, die am 23. d. M. in Palazzo stattfand, hat die sozialistische Parlamentsfraktion zur Frage der Abgabenreform Stellung genommen.

Enrico Ferri hat zunächst die Grundsätze dargelegt, auf die er, wie wir dieser Tage berichtet haben, die Abgabenreform und die Maßnahmen zur Hebung der nationalen Produktion aufbauen sehen möchte, nämlich: Herabsetzung der Staatsabgaben oder des Zolls auf Weizen, Zucker und Petroleum auf die Hälfte und Reduktion des Salzpreises auf die Hälfte, Erhöhung der Steuer auf Einkommen aus Staatsrenten, bis zur Reduktion der Zinsen von 4 auf 3 Proz.; Aufnahme einer vierprozentigen Staatsanleihe von einer Milliarde, die vor allem der Landwirtschaft der südlichen Provinzen zu dem Zinsfuß von 2 Proz. darzulegen zur Verfügung gestellt wird.

In der Diskussion trat Turati den Darlegungen Ferris entgegen und vertat einen Entwurf von Bonomi, der sich eng an das ministerielle Projekt Alchembarg und das des Radikalen Alessio anschließt. Es gälte, die Form zu finden, die auf den geringsten Widerstand im Parlament treffen muß. Demgemäß möchte Turati von jeder Entlastung des Konsums vorläufig absehen — soweit es sich um Staatsabgaben handelt — um alle kommunalen Verzehrungssteuern abzuschaffen, abgesehen der auf Fleisch, Wein und Brennmaterial. Der — natürlich nach vielen Willkürn abzählende — Ausfall für die Kommunalanlagen soll durch eine gerechtere Verteilung von Ausgaben und Einnahmen zwischen Staat und Gemeinde ausgeglichen werden. Ferner soll die kommunale Haus- und Mietsteuer abgeschafft und durch progressive staatliche Einkommensteuer ersetzt werden. Außerdem fordert Turati Konzentrierung der Rentz und Verwendung der so gewonnenen Erparnis zugunsten der Hebung der Produktion und Gewährung billigen Kredits an die Arbeitsgenossenschaften.

In der Diskussion zeigte sich die Auffassung — der Turati und Bisolati entgegen — daß die Frage noch nicht beschlußreif sei, sondern eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs ernannt werden solle. Turati wendete sich darauf eifrig gegen den Gedanken, beide Projekte — Ferris und Turati — zu verschmelzen. Man müsse zwischen beiden wählen.

Schließlich wurde die folgende Tagesordnung Berenini einstimmig angenommen:

Die sozialistische Parlamentsfraktion beschließt, in der Absicht, der Kammer eine praktische und durchführbare Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und Abgabenfragen vorzulegen, die den Endzwecken des Sozialismus koordiniert ist, eine Kommission zu ernennen, die die verschiedenen Vorschläge prüfe und die den soeben dargelegten Absichten entsprechenden formuliere, um sie der endgültigen Beschlussfassung der Fraktion vorzulegen.

Die Kommission besteht aus den Abgeordneten Bertoli, Mercanti, Bisolati, Agnini, Ferri und Turati, sowie aus dem nicht zur Fraktion gehörigen Genossen Bonomi.

Niederlande.

Eine trügerische Wahlrechtsreform ist es offenbar, was die niederländische Regierung plant. Die Kommission zur Revision der Verfassung, die jetzt ernannt worden ist, bietet in ihrer Zusammenkunft keinerlei Gewähr dafür, daß das Volk zu seinem Rechte kommen wird. Die am stärksten an der Sache interessierte Partei, die Sozialdemokratie, hat man von vornherein von der Vertretung überhaupt ausgeschlossen. Zum Vorsitzenden ist der konservative-liberale Abgeordnete W. J. de Beaufort ernannt worden, und im übrigen gehören der Kommission drei „liberale“, zwei „klerikale“ und schließlich als Siebenter ein freisinniger Demokrat an, G. Fokker, ein Mann, der wohl ein gewisses Vertrauen verdient, aber natürlich als einziger machtlos ist.

Die Kommission wird Mittel suchen, um das allgemeine Wahlrecht unschädlich zu machen, schreibt „Der Volk“. Ein heifer Kampf wartet unserer in den nächstfolgenden Jahren. Wir müssen uns so schnell wie möglich bereit halten, denn was ziemlich fest schien für die nächsten Jahre, beginnt jetzt wieder zu wanken. Nach dem Verlauf der Wahlen und dem Triumph des „Blanco“ in diesem Ministerium ist die Zusammenfügung dieser Kommission ein politischer Verdrag.

Amerika.

Ein Kolonialamt. In Washington will man die Notwendigkeit erkannt haben, ein Kolonialamt einzurichten. Es bestehen acht Departements in der Staatsverwaltung: Äußeres, Finanz, Krieg, Marine, Post, Inneres, Justiz, Landwirtschaft. Die Angelegenheiten der Kolonien sind bisher von verschiedenen Departements in Mitverwaltung genommen worden. So hat das Kriegsdepartement die Sorge für die Philippinen übernommen. Hawaii und Alaska sind dem Amt für innere Angelegenheiten übergeben; in Guam herrscht das Marineamt. Mehrere Länder erledigten die Fragen in Portoriko, aber die Hauptberichte mußten dem Departement für Äußeres zugehändelt werden. Die Kolonialfragen mehrten sich bei den Amerikanern und man braucht ein modernes Kolonialamt.

Soziales.

Kaufmannsgericht.

Sitzung vom 27. Oktober.

Eine krasse Maßregelung bildete die Unterlage einer Klage, die der Korrespondent Herr Melde gegen die Firma Bernhard u. Co., Lugazpapierhandlung, angebracht hat. Der Kläger war seit fünf Jahren bei der Firma als Korrespondent für fremde Sprachen beschäftigt, wurde dann aber entlassen, weil er sich als Kandidat des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes zu den Wahlen des Kaufmannsgerichts hatte aufstellen lassen. Die Firmeninhaber erklärten ihm nämlich, und bestätigten das auch vor Gericht, sie seien selbst Juden und würden daher unter keinen Umständen ein Mitglied des antisemitischen Gehilfenverbandes in ihrem Geschäft dulden. Mit der Entlassung verabschiedeten die Herren dem Gemahrgelagten dann ein Zeugnis, in welchem seine Leistungen als nur recht minderwertig hingestellt wurden. Obendrein aber erteilten sie auch noch wahrheitswidrige Auskünfte über den Entlassenen an andere Firmen, bei denen sich dieser um Stellung beworben hatte, so daß er deswegen seit vier Monaten kein Engagement zu finden vermochte. In derartigen Auskünften heißt es z. B. Herr Melde beherrsche die fremden Sprachen nur mangelhaft und verfolge über einen so edigen und ungelakten Stil, daß er als selbständiger Korrespondent nicht betrachtet werden könne. Ein weiterer Passus aber sagt, die Firma habe in letzter Zeit „noch etwas“ über den Entlassenen erfahren, worüber sie jedoch nur mündliche Auskünfte geben könne. Dieser Passus mußte unter Kaufleuten selbstverständlich den Eindruck erwecken, als habe sich der Mann, der fünf Jahre in ein und demselben Geschäft tätig war, irgend eine schwere geschäftliche Verfehlung, vielleicht gar eine Veruntreuung von Geldern u. z., zuzuschulden kommen lassen, aber welche die Firma jedoch aus Humanität nur die kürzeste Auskunft erteilen wolle. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei lediglich um die angeblich antisemitische Gemüthsart des Verdrängten, um die sich, wenn sie offen gekennzeichnet worden wäre, jedenfalls andere Firmen kaum gekümmert hätten. So aber war dem Kläger die Existenz einfach abgeschnitten. Er beanpruchte in seiner Klage deshalb ein wahrheitsgetreues Zeugnis und eine Entschädigung von bisher 1000 M., weil er auf Grund des angefochtenen Zeugnisses sowie der wahrheitswidrigen Auskünfte trotz aller Bemühungen keine Stellung erlangen konnte. In der Verhandlung legte der bereits bejahete Kläger mehrere geradezu brillante Zeugnisse über seine frühere Tätigkeit als fremdsprachiger Korrespondent bei in- und ausländischen Häusern vor. Gefragt, ob denn diese Zeugnisse nicht schon allein genügt hätten, ihm zu einem neuen Engagement zu verhelfen, verweis der Kläger mit Recht auf die Ulfance im kaufmännischen Leben, daß nur das Zeugnis aus der letzten Stellung als ausschlaggebend angesehen, weil ein Chef sonst nie wissen könne, was sich der Stellungsuchende dort etwa habe zuzuschulden kommen lassen. Das Gericht beschloß, die Sache zunächst zu vertagen und drei Sachverständige darüber zu vernehmen, ob die Behauptungen der beklagten Firma betreffend die minderwertigen Sprachkenntnisse des Klägers, worin jetzt die angebliche Hauptursache der Entlassung bestanden habe, zutreffend seien oder nicht.

Eine mündliche Anerkennung der Art, daß ein Entlassener auf die ausdrückliche Frage eines Chefs oder dessen Stellvertreters erklärt, er habe keinerlei Forderungen an die Firma mehr, gilt als Einverständnis mit der Entlassung. Aus diesem Grunde wurde gestern ein Kommit mit seiner Entschuldigungsfrage gegen die Handelsgesellschaft deutscher Apotheker abgewiesen. Der Kläger bestritt zwar, eine Erklärung in obigem Sinne abgegeben zu haben, jedoch behauptete ein Zeuge das Gegenteil, weshalb ein Schadenerschaftanspruch wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Kündigungspflicht nicht anerkannt werden konnte.

Achtstundensicht für Gasarbeiter. Der Magistrat in Bützberg hat auf Antrag der Arbeiter beschlossen, im Retortenhaus der städtischen Gasanstalt die Achtstundensicht einzuführen. In diesem Beschlusse steht noch die Genehmigung des Gemeindevollkolligiums aus.

Som Achtstundensicht. In Leipzig haben 4502 Inhaber offener Verlagsstellen an die Kreisbauernschaft den Antrag auf Vornahme einer Abstimmung wegen Einführung des allgemeinen Achtstundenschlusses für sämtliche Verlagszweige gestellt.

Die Sonntagsruhe der Barbier- und Friseurer betrifft eine für die Interessenten wichtige Entscheidung des Kammergerichts vom 29. Oktober. Ist bei den genannten Gewerbetreibenden bei Eintritt der gemäß § 41b der Gewerbeordnung festgesetzten sonntäglichen Ruhezeit sofort der Betrieb ganz einzustellen, oder können die bereits antretenden Kunden noch bedient werden? Diese Frage stand zur Entscheidung. Bezüglich der Barbier- und Friseurer und Werkzeugschneider ist in fast allen Gemeinden der § 41b der Gewerbeordnung zur Anwendung gekommen, welcher bestimmt: „Auf Antrag von mindestens Zweidritteln der beteiligten Gewerbetreibenden kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde vorgeschrieben werden, daß am Sonntag und Festtagen in bestimmten Gewerben, deren vollständige oder teilweise Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, ein Betrieb nur in soweit stattfinden darf, als Ausnahmen von dem in § 105b Absatz I getroffenen Bestimmungen zugelassen sind.“ Für Köln ist auf Grund dieser Bestimmung durch Anordnung des Regierungspräsidenten für das Barbier-, Friseur- und Perücken-

machergerwerbe vorgeschrieben, daß der Betrieb an Sonntag und Feiertagen nur bis 2 Uhr nachmittags stattfinden darf. Dagegen sollte sich der Inhaber eines Friseurgeschäfts in Köln, Herr Döhmen, vergangen haben. Es wurden in seinem Geschäft an einem Sonntag nach 2 Uhr verschiedene Personen rastiert, die um 2 Uhr schon antretend waren und auf andere warten mußten. — Das Landgericht Köln sprach jedoch den Angeklagten frei. Es meinte, die bis 2 Uhr erlassenen Kunden hätten auch noch nach 2 Uhr rastiert werden können. Das Kammergericht hob indessen das Urteil an 29. Oktober wieder auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Vergnügend wurde ausgeführt, daß die Auffassung des Landgerichts eine rechtsirrig sei. Der Senat nahm an, daß nach § 41b der Gewerbeordnung der Betrieb bei Eintritt der auf Grund dieses Paragraphen festgesetzten Zeit auf jeden Fall beendet sein müsse. Von einem Rechte, die schon vor dem Eintritt dieser Zeit antretenden Kunden noch zu bedienen, könne demnach nicht die Rede sein. Die Bestimmungen im § 109 o der Gewerbeordnung, betreffend den Keun- oder Adulthradenschluß, die eine spätere Bedienung der bereits Antretenden zulassen, läme hier nicht in Betracht.

Berkreuerung des Sterbens. Die Leipziger Stadtverordneten, die erst kürzlich für die hiesige Feier der Mathausweib ohne Wimpern 60 000 M. bewilligen konnten, haben beschlossen, einem Mats-antrage gemäß auf zwei Friedhöfen im Osten die Grabstellengebühren zu erhöhen, da das Friedhofswesen zu große Zuschüsse erfordere. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten natürlich allein gegen den Antrag.

Ein „Volksbureau“ als Konkurrenz des Arbeitersekretariats ist in Leipzig eröffnet worden. Es kennzeichnet sich als Rechtsanwaltsstelle für gewerbliche Streitigkeiten, ferner in Fragen der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung, des Arbeiterrechtes, des Miets-, Armen- und Heimatrechts usw. Das Bureau, das im Gegensatz zum Arbeitersekretariat jedermann unentgeltlich bzw. bei schwierigen Sachen oder im Falle schriftlicher Arbeiten für eine ganz gering zu bemessende Gebühr offen stehen soll, wird verwaltet von einem Kuratorium, das aus den Vertretern des evangelischen Arbeitervereins, des Kartells der christlichen Gewerkschaften, des Kellnerbundes „Union“, Bannmied, des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Buchhandlungsgehilfenvereins und der freien kirchlich-sozialen Konferenz besteht. Zum Sekretär wurde ein Herr Christian Schulz aus Frankfurt a. M. bestimmt. Die Hoffnung, durch solche freien Gewerkschaften abgequadete Einrichtungen diesen erfolgreich Konkurrenz machen zu können, hat anderwärts schon oft genug getrogen und wird es auch in Leipzig tun.

Das neue dänische Kinderpflegegesetz, das am 1. Oktober in Kraft trat, ist ein sehr wichtiger Fortschritt sozialer und humaner Gesetzgebung und jedenfalls viel besser als das veraltete Privilegengesetz, das die Gesellschaft vor entarteten und verkommenen Menschen zu bewahren, indem durch dieses Gesetz nach Möglichkeit dafür gesorgt werden soll, daß Kinder nicht zu Wedredern herangezogen werden. Die wichtigsten Organe dieser Fürsorge bilden die Vormundschaftsräte, die nun im ganzen Lande ihre ersten Beratungen pflegen. Kopenhagen hat fünf solcher Vormundschaftsräte, von denen jeder aus sechs vom Magistrat und dem Gemeinderat gewählten Mitgliedern und einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden besteht.

Diese Vormundschaftsräte nehmen Anzeigen über Verwahrlosung und Mißhandlung von Kindern entgegen und haben die Aufgabe und auch die Macht, die Kinder davor zu schützen. Der Vormundschaftsrat kann Eltern oder Erziehern eine Warnung erteilen, kann dem verwahrlosten oder mißhandelten Kinde einen Beschützer ernennen, der bei Kindern unter sieben Jahren in der Regel eine Frau sein soll. Der Vormundschaftsrat muß, wenn schlechte wirtschaftliche Verhältnisse in dem Heim des Kindes als die eigentliche Ursache der Verwahrlosung erscheinen, der freien Armenkasse oder der Gemeindeverwaltung Mitteilung davon machen, damit dem abgeholfen wird. Ferner kann der Vormundschaftsrat das Kind einer zurechnungsfähigen Familie überweisen, oder einem Kinderhort oder einer Erziehungsanstalt. Er kann von jeder öffentlichen, ihm gerichtet erscheinenden Behörde Auskunft verlangen, kann die Eltern vorladen, Zeugen verhören und vereidigen und auch die Mitwirkung der Polizei verlangen. Alle Staats- und Gemeindebeamten sind, wenn ihnen Fälle von Kinderverwahrlosung oder Mißhandlung bekannt werden, verpflichtet, es dem Vormundschaftsrat zu melden; im übrigen steht es jedem frei, daselbe zu tun. Personen, die sich der Verführung oder groben Verwahrlosung ihrer eigenen oder ihrer Obhut anvertrauten Kinder schuldig machen, werden, wenn es der Vormundschaftsrat verlangt, mit Gefängnis oder Zwangsarbeit bestraft, vorausgesetzt, daß sie nicht härtere Strafen treffen.

Das sind außerordentliche Vollmachten. So sehr man wünschen muß, daß zur Schutze der Kinder alles mögliche getan wird, muß man auf der anderen Seite auch verlangen, daß eine mit solchen Vollmachten ausgestattete Behörde wie dieser Vormundschaftsrat auch an Regeln gebunden ist, die einen Mißbrauch dieser Vollmachten wirksam verhindern. Wie weit das im vorliegenden Falle geschieht, ist aus den uns zugegangenen Mitteilungen nicht ersichtlich.

Ungehörte Zumutungen stellt die italienische Telefongesellschaft — eine staatlich konzeffionierte Aktiengesellschaft, die den gesamten Telegraphenverkehr der Halbinsel in Händen hat — an ihr Personal. Sie läßt die jungen Damen, die sich als Telefonschwestern melden, einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, die auch eine frauenärztliche Untersuchung einschließt. Angeblich geschieht dies, um etwaige ansteckende Geschlechtskrankheiten festzustellen; da nun die erwählte Gesellschaft Leumundzeugnis, höhere Schulbildung und alle möglichen anderen Requisiten von den Damen fordert, ist es natürlich unerbötlich, ihnen eine Untersuchung aufzuzwingen, die die neuere italienische Gesetzgebung nicht einmal den öffentlichen Dirnen zumutet.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Entscheidung der streikenden Wäschearbeiterinnen. Am Freitagnachmittag fand im Saale der „Neuen Welt“ die Versammlung der Streikenden statt, welche über Annahme oder Ablehnung des vom Einigungsamt gefällten Schiedsspruches zu entscheiden hatte. Auch diese Versammlung war wieder ungewöhnlich stark besucht. Der Saal der „Neuen Welt“, der größte Berlins, reichte bei weitem nicht aus, um alle aufzunehmen, die an der entscheidenden Abstimmung teilnehmen wollten. — Unter lautloser Stille der mehrtausendköpfigen Versammlung referierte der Verbandsvorsitzende Keller über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Wenn man den Schiedsspruch betrachtete, so müsse man sagen, daß bei Annahme und Durchführung desselben für die Arbeitnehmer wohl etwas herankomme. Die Lohnkommission habe den Schiedsspruch reichlich erwogen und eingehend beraten. Die Meinungen waren geteilt, schließlich wurde die Kommission dahin einig, daß sie den Streikenden rät, den Schiedsspruch anzunehmen. Es sei der Kommission nicht leicht geworden, diesen Rat zu erteilen, denn das, was der Schiedsspruch biete, bleibe ja erheblich zurück hinter dem, was die Arbeitnehmer forderten. Aber, wenn die Arbeitnehmer ihre Kommission unterstützen, dann könne bei den Tarifberatungen, die nach Annahme des Schiedsspruches stattfinden müssen, vielleicht noch etwas mehr herausgeholt werden. Besondere komme es auch darauf an, daß durch den Schiedsspruch die Organisation der Arbeitnehmer anerkannt wird. Das sei ein erheblicher Fortschritt, denn bisher wollten ja die Unternehmer von der Organisation nichts wissen. — Manchem der Streikenden möge wohl der Schiedsspruch nicht genügen. Vielleicht wäre es auch

mäßig, durch eine Fortsetzung des Streiks noch mehr zu erreichen. Aber auf der anderen Seite sei zu bedenken, daß die Fabrikanten in den letzten Tagen eifrig bemüht waren, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen mit dem Hinweis, daß ja eine Lohnerhöhung von 6 Proz. bewilligt sei. Da die Organisation sehr viele Mitglieder habe, die ihr erst kurze Zeit angehört und deshalb noch nicht ganz sichere Kämpfer seien, so sei zu befürchten, daß bei längerer Fortsetzung des Streiks ein erheblicher Teil der Streikenden abfallen würde. — Im allgemeinen könne man sagen, daß der Streik ein erfolgreicher gewesen sei. Aus allen diesen Gründen empfehle die Kommission nach reiflicher Ueberlegung die Annahme des Schiedsspruches.

In diesen Schweigen verhorchte die Versammlung, nachdem der Referent der Kommission geschlossen hatte. Kein Zeichen weder des Beifalls noch des Widerpruchs wurde laut. — Dann setzte eine lebhaft bewegte Diskussion ein. — Auch der erste Redner, der für die Annahme des Schiedsspruches eintretend, fand keinen Beifall. Der folgende Redner, *Johannes Mischak*, ersuchte die Streikenden, unter den geringfügigen Inzeständnissen, welche der Schiedsspruch bietet, nicht in die Fabriken hineinzugehen. — Stürmischer Beifall, an dem die Mehrheit der Versammelten teilnahm, folgte diesen Worten. — Dann traten andere Redner und Rednerinnen auf, welche zwar rücksichtslos anerkannten, daß man mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden sein könne, die aber doch die Annahme desselben empfahlen, weil angeblich nicht mehr zu erreichen und ein großer Teil der Mitglieder noch nicht so weit gekostet sei, um einen längeren Kampf führen zu können. — Anfangs stiegen derartige Ausführungen auf lebhaften Widerspruch. Der Rat, die Arbeit am Montag aufzunehmen, wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. „Nicht zu machen!“ begleitet. Nach und nach fanden die Gründe, welche die Befürworter des Schiedsspruches geltend machten, Anklang bei den Versammelten. Zunächst mißfielen sich die Verfallsbedingungen mit energischem Protest. Schließlich überwog jedoch der Beifall, den die sachlichen Erwägungen der für den Schiedsspruch eintretenden Redner fanden. Zuletzt empfahl *Keller* im Namen der Kommission nochmals die Annahme des Schiedsspruches. Die Kommission sei keineswegs mit dem Spruch zufrieden, aber aus tatsächlichen Gründen könne sie die Fortsetzung des Streiks nicht bestrafen.

Hierauf erfolgte Abstimmung durch Zettel. Die Auszählung ergab, daß der Schiedsspruch mit 2709 gegen 303 Stimmen angenommen ist. Der Verhandlungsleiter *Eue* erklärte, daß demnach am Montag die Arbeit wieder aufgenommen ist, natürlich unter der Voraussetzung, daß auch die Fabrikanten den Schiedsspruch annehmen. Sollte das nicht geschehen, dann findet am Sonntag eine Versammlung statt, welche weitere Beschlüsse fassen wird. *Verbandsvorsitzender Keller* drückte Befriedigung darüber aus, daß die Streikenden dem Rats der Kommission mit so großer Mehrheit gefolgt sind. Er erwarte, daß alle, die der Verbandsleitung dadurch ihr Vertrauen ausgesprochen haben, auch in der Zukunft der Organisation treu bleiben, um mit deren Hilfe für weitere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu sorgen.

Hierauf erfolgte die Wahl der Tarifkommission, welche auf Grund des Schiedsspruches einzulegen ist. Gewählt wurden die *Verbandsvertreter Keller* und *Viz.*, *Johannes Mischak*, *Plättchen*, *Wrauer* und *Staubert*, *Meyer*, *Gerde* und *Ludow.*

Aus Anlaß der Lohnbewegung in Berlin haben die Arbeitnehmer der Firma, welche die Berliner Firma *Eichberg* in *Kottbus* unterhält, die Arbeit zunächst aus Solidarität niedergelegt und dann für *Johannes* sowie für Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung um 25 Proz. und Regelung der Arbeitszeit gefordert. Mit diesem Streik beschäftigte sich am Freitagabend das Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch und gestalteten sich dadurch besonders schwierig, daß die Befestigung des Berliner Streiks von der Bewilligung der *Kottbuser* Forderungen abhängig gemacht wurde. — Das Einigungsamt machte folgenden Vergleichsvorschlag:

1. Die Bevollmächtigten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erklären, daß ihre Generalversammlungen den Schiedsspruch des Einigungsamtes vom 24. Oktober angenommen haben.

2. Die Firma *Eichberg* erklärt, für ihre Niederlassung in *Kottbus* und für sämtliche dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Schiedsspruch vom 24. Oktober, für die Berliner Maschinenbranche gefällig, in allen seinen Punkten zur Geltung zu bringen. Sie bemerkt ferner, daß bei der demnächstigen Aufstellung des Tarifvertrages ein Vergleich der Abstände im Verhältnis zu den Löhnen in ihrer Berliner Fabrik durch die Schlichtungskommission vorgenommen werden soll.

Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit diesem Vergleich einverstanden.

Damit ist der Streik beigelegt.

Achtung, Maschinenarbeiter, Tischler und Polierer! In der *Hofplanfabrik* von *Karl Rand* in *Koblenz* am *Rhein* sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Der Unternehmer, der persönlich in *Berlin* wohnt, sucht hier Arbeitskräfte. Wir bitten darauf zu achten, daß kein Berliner Kollege nach *Koblenz* reist und dort Arbeitswilligendienste verrichtet.

Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes.

Achtung, Arbeiter!

Die Firma *Hugo Meier*, *Charlottenburg*, *Krumme Str. 80*, ist wegen Nichtnachehalten des Tarifes gesperrt. In Frage kommen vorläufig folgende Bunken *Suerd*, *S. 30* und *Legler Weg 103/104*. Die *Schneider-Kommission* für das *Tapetierergewerbe*.

Zum Streik der Weber. Die Lohnkommission machte in der gestrigen Versammlung den Vorschlag, den Streik aufzuheben und fernerhin ohne Tarif zu arbeiten, weil sich die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zerschlagen haben. Die Versammlung jedoch lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß mit zwei Drittel Majorität weiter zu streiken.

Deutsches Reich.

Der Streik der Klempner in *Ried* dauert fort. Zugang ist fortzuführen.

Der Kampf in der mitteldeutschen Textilindustrie.

Ein Privattelegramm meldet uns aus *Sera*: Heute wurden 1000 Weber und Weberinnen ausgesperrt. Die Fabrikanten lehnten den Vorschlag der *Fabrikinspektoren* auf Verhandlung ab.

Die *Buchhandlungsmarkthelfer* von *Leipzig* haben, um ihre bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wenigstens ein wenig zu heben, vor einiger Zeit ihren Arbeitgeber einen Lohnantrag unterbreitet, der durch die Vermittelung des *Handels- und Transportarbeiterverbandes* die Grundlage von Vereinbarungen bildete, die vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zustande kamen. Nachdem bereits vor einigen Tagen die *Marxisten* ihrerseits den Vorschlägen des Einigungsamtes die Genehmigung erteilt hatten, ist der Tarif nunmehr auch vom *Reich* der *Buchhändler Leipzig*, wenn auch mit geringer Majorität, sanktioniert worden. So haben die *Marxisten* durch ihre Organisation eine kollektive Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse durchgesetzt, die Gehältern aber stehen immer noch aus der schamlosesten Ausbeutung, wie sie jetzt um die *Weihnachtszeit* wieder mit vollen Kräften einsetzt, wehrlos gegenüber, weil ihr Standesbewußtsein sich einer auf dem Boden der modernen *Arbeiterbewegung* stehenden *Verbandsorganisation* angeschlossen.

Der *Ausschub* der *Leipziger Hartgummiarbeiter*, der nun schon gegen ein Wochen währt, befindet sich in einem für die *Arbeiter*-schaft durchaus günstigen Stande. Trotzdem sich 14 *Arbeitswillige* gefunden haben, sind die Arbeitgeber nicht in der Lage, ihre Ansprüche zu erledigen, sie müssen befürchten, daß die unwürdige Kon-

kurrenz der *Gummiindustrie* am Orte unheilbare Wunden schlägt. Da wo ledige *Ausländische* *Leipziger* verlassen haben, ist deren Zahl auf 68 zurückgegangen. Wenn sonst keine *Streikbrecher* sich finden, ist der Erfolg der *Arbeiter* sicher, trotzdem die *Polizei* den *Fabrikanten* tatkräftige Hilfe leistet und auf ein *Schreiben* der *Streikleitung*, durch das diese um ein *weniger rigoroses* Vorgehen gegen die *Streikenden* ersucht, absehend geantwortet hat.

Der *Holzarbeiterstreik* in *Fürth* i. V. ist nach *neunwöchiger* Dauer am *Donnerstag* dieser Woche beendet worden. Anfangs dieser Woche hatte *Bürgermeister Kuper* nochmals *Einigungs-*verhandlungen zwischen den *Kommissionen* der *Arbeiter* und *Unternehmer* angebahnt, die unter seinem Vorsitz stattfanden und bei denen eine *Einigung* dahin zustande kam, daß die 55 ständige *Arbeitszeit* sofort, die 54 ständige am 1. April nächsten Jahres eingeführt werden soll. In den nächsten drei Jahren soll dann an der *Arbeitszeit* nichts mehr geändert werden. Die *Minimallöhne* der *Maschinenarbeiter* sollen am 1. April dieselbe Höhe erreicht haben, wie sie durch den früheren *Schiedsspruch* des *Einigungsamtes* festgesetzt wurden, nämlich 33 Pf., für *gelernte Maschinenarbeiter* 42 Pf., für *Frischer* und *Abtrichter* 45 Pf. Sämtliche *Streikenden* werden wieder eingestellt. Nachdem die *Unternehmer* in einer *Versammlung* diese *Bedingungen* angenommen hatten, erklärten auch die *Arbeiter* ihre *Zustimmung*. Dieser auf beiden Seiten mit großer *Ausdauer* geführte Kampf hat also, wenn auch nicht alle *Ansprüche* der *Arbeiter* erfüllt wurden, doch beachtenswerte *Erfolge* gebracht und vor allen Dingen den *Unternehmern* gezeigt, daß sie eine *festgeschlossene* *Arbeiterkastei* vor sich haben. Der *Zusammenhalt* war *wunderbar*, nur *vereinzelt* *Abtritte* waren in *einigen* *langen* *neun* *Wochen* zu *verzeichnen*. Auch der *Verrat* der *Hirsch-Dunderschen* und *christlichen* *Führer*, die vor *wenigen* *Wochen* den *Streik* *pöchtig* *für* *beendet* *erklärten* und *ihre* *Mitglieder* *aufforderten*, *zur* *Arbeit* *zurück-* *zukehren*, war *auf* *den* *weiteren* *Verlauf* *des* *Kampfes* *ohne* *jeden* *Einfluß*. Bei *den* *Gewervereinigern* hatte er nur *den* *Erfolg*, daß *die* *Mehrzahl* *derselben* *im* *Streik* *verharren* *und* *aus* *Erbitterung* *über* *diesen* *hinterlistigen* *Streik* *zum* *Deutschen* *Holzarbeiterverband* *überging*.

Ausland.

Gegen die „direkte Aktion“

hat der „Schweizerische Typographenbund“ durch folgende Resolution Stellung genommen:

„Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Typographenbundes ist mit dem *Vorgehen* *Frankreichs* *der* *Ueberzeugung*, daß *nicht* *durch* *die* *„direkte* *Aktion“*, sondern *nur* *durch* *eine* *beständige*, *praktische* *Organi-* *sationsarbeit* *eine* *Verkürzung* *der* *Arbeitszeit* *erreicht* *werden* *kann*. Der *Schweizerische* *Typographenbund* *hält* *daher* *an* *seiner* *alten*, *bewährten* *Taktik* *fest*, *im* *Ver-* *trauen*, daß *dies* *allein* *der* *richtige* *Weg* *ist*, *welcher* *zunächst* *zum* *Abschluß* *und* *schließlich* *zur* *wirklichen* *Volksfreiheit* *führt*. Heute *die* *„direkte* *Aktion“* *ernsthaft* *zu* *propagieren*, *heißt* *nichts* *anderes*, als *was* *durch* *jährzehnelange*, *mühselige* *und* *opferwillige* *Arbeit* *aufge-* *baut* *wurde*, *in* *einem* *einigen* *Augenblick* *mutwillig* *auf* *Spiele* *setzen*. Unsere *Arbeiterorganisation* *darf* *es* *sich* *nicht* *gestatten*, *ihre* *Zeit* *mit* *der* *Verfolgung* *ausichtsloser* *Probleme* *zu* *verlieren*, sondern *sie* *nur* *ihre* *ganze* *Tätigkeit* *darauf* *richten*, *die* *Arbeiter* *durch* *eine* *planmäßige* *und* *unermüdlige* *Agitation* *zu* *sammeln* *und* *zu* *einigen*. Unter *den* *bestehenden* *Verhältnissen* *würde* *durch* *die* *„direkte* *Aktion“* *zweifelslos* *nicht* *der* *Arbeiterorganisation*, wohl *aber* *deren* *Gegnern* *ein* *Dienst* *erwiesen*. Wer *es* *mit* *der* *Arbeiter-* *sache* *gut* *meint*, *kann* *dies* *aber* *nicht* *wollen*, *und* *daher* *lehnen* *die* *Wahlbrüder* *jedes* *Eintrages* *für* *die* *„direkte* *Aktion“* *ab*.“

290 *Lohnkämpfe* *finden* *in* *der* *Schweiz* *in* *den* *ersten* *drei* *Monaten* *des* *laufenden* *Jahres* *statt* *und* *zwar* *94* *Streiks*, *157* *Lohnbewegungen*, *88* *Sperren* *und* *7* *Aussperrungen*. Da *fast* *alle* *diese* *Kämpfe* *für* *die* *Arbeiter* *ganz* *oder* *teilweise* *erfolgreich* *waren*, *begrüßt* *man* *die* *neuerliche* *Anregung* *der* *Ausbeuter*, *Profit-* *macher*, *Dividenden-* *und* *Antienzinschläger*, die *sich* *nun* *für* *die* *ihnen* *von* *den* *Arbeitem* *abgerungenen* *Zugehörnisse* *auf* *wirtschaft-* *lichem* *Gebiete* *zu* *rücken* *suchen* *durch* *den* *Wahrechtsraub* *an* *den* *Arbeitem* *auf* *politischem* *Gebiete*. Der *Zusammenhang* *zwischen* *Wirtschaft* *und* *Politik*, *zwischen* *Gewerkschaft* *und* *Partei* *wird* *hier* *augenscheinlich* *und* *überzeugend* *offenbar*.

Die *dänischen* *Eisenbahngesellschaften* *streben* *seit* *Jahren* *nach* *einer* *gründlichen* *Regelung* *und* *Verbesserung* *ihrer* *Lohn-* *und* *Arbeitsverhältnisse* *und* *als* *im* *Jahre* *1901* *der* *damals* *viel* *gesprochene* *„Systemwechsel“* *in* *der* *dänischen* *Regierung* *eintrat*, *hatten* *sich* *auch* *manche* *Staatsbahn-Proletarier* *große* *Hoffnungen* *gemacht*, *von* *denen* *man* *jetzt* *wohl*, *daß* *es* *eitel* *waren*. Nun *sind* *Anfang* *dieser* *Woche* *zu* *Offense* *der* *stehende* *Kongreß* *des* *dänischen* *Eisenbahnerverbandes* *statt*, *an* *dem* *77* *Delegierte* *teil-* *nahmen*. Mit *allen* *gegen* *nur* *drei* *Stimmen* *wurde* *hier* *eine* *Resolution* *angenommen*, *durch* *die* *der* *Kongreß* *sein* *stiefes* *Wedaunern* *darüber* *auspricht*, daß *die* *Er-* *wartungen*, *die* *man* *mit* *Recht* *an* *jenen* *Systemwechsel* *knüpfen* *mußte*, *in* *so* *hohem* *Maße* *zu* *einer* *Enttäuschung* *der* *Eisenbahner* *geführt* *haben*. Dem *Verbandsvorstand* *erteilte* *der* *Kongreß* *den* *Auftrag*, *mit* *aller* *Kraft* *für* *eine* *einheitliche* *Lohnstala* *aller* *Staatsfunktionäre* *zu* *wirken*. Da *nach* *Meinung* *des* *Kongresses* *die* *Staatsbahn-* *angestellten* *durch* *das* *Lohngebot* *von* *1903* *stark* *überfordert* *worden* *sind*, *wurde* *dem* *Hauptvorstand* *ferner* *aufgetragen*, *bis* *eine* *Revision* *des* *Geleges* *durchgeführt* *wird*, *mit* *aller* *Kraft* *dahin* *zu* *wirken*, *daß* *die* *Angestellten* *auf* *Stationen* *mit* *teureren* *Lebensbedingungen* *Lohnzulagen* *erhalten*. Ferner *wurden* *folgende* *in* *nächster* *Zeit* *durchzuführen* *Forderungen* *aufgestellt*: 1. *Wöchentlich* *einen* *vollen* *freien* *Tag*, *sowie* *in* *konsequent* *durchgeführte* *Sommer-* *ferien*. 2. *Durchgreifende* *Verkürzung* *der* *Arbeitszeit*. 3. *Ver-* *besserung* *der* *Pensionsverhältnisse*. 4. *Eine* *mehr* *zurückstellende* *Ordnung* *der* *Nachüberhältnisse*, *die* *Schutz* *gegen* *Uebergriffe* *Vorge-* *sehender* *gewährt*. 5. *Verpflichtung* *der* *Verwaltung* *der* *Staats-* *bahnen*, *über* *jede* *Einlage*, *die* *von* *der* *Organisation* *der* *Angestellten* *ausgeht*, *zu* *verhandeln*. — *Schließlich* *wurde* *dem* *Vor-* *stande* *nach* *der* *Auftrag* *erteilt*, *die* *Vorbedingungen* *zur* *Aufnahme* *des* *Verbandes* *in* *den* *Gesamtvorband* *der* *Gewerkschaften* *zu* *unterwerfen* *und* *das* *Ergebnis* *dem* *nächsten* *Kongreß* *vorzulegen*.

Die *Arbeiter* *der* *südlichen* *Gaswerke* *zu* *Malmö* *streiken* *in* *folge* *von* *Lohnfreizügigkeiten*. Das *Gaswerk* *kann* *vorläufig* *nur* *für* *die* *öffentlichen* *Anstalten* *und* *für* *Strahnenbeleuchtung* *Gas* *liefern*.

Die *Russen* *der* *Malmör* *Milchsterilisations-Aktiengesellschaft* *streiken* *wegen* *Verabschiedung* *eines* *Russens*; die *übrigen* *größeren* *Milchgesellschaften* *sperrten* *daraufhin* *ihre* *Arbeiter* *aus*, *insolgedessen* *wurde* *heute* *keine* *Milch* *ausgeföhrt*.

Versammlungen.

Der *Verband* *der* *Schneider* *(Verwaltungsstelle* *Berlin)* *hielt* *am* *Dienstag* *in* *den* *Arminenhallen* *seine* *gut* *besuchte* *Generalversammlung* *ab*. *Einleitend* *entschlachtige* *Mitler* *die* *Einberufung* *der* *Versammlung* *an* *einem* *Dienstag*. Es *sei* *dies* *nur* *ein* *Aus-* *nahmefall*, *der* *durch* *besondere* *Umstände* *herbeigeführt* *wurde*, *wodurch* *die* *Ansetzung* *an* *einem* *anderen* *Tag* *nicht* *möglich* *gewesen* *sei*. *Rotisch* *gab* *sodann* *den* *Kassenbericht* *vom* *3. Quartal*. Die *Einnahmen* *und* *Ausgaben* *der* *Zentralkasse* *bilanzieren* *in* *der* *Summe* *von* *12491,70* *RM*. In *der* *Vorlast* *betrug* *die* *Ein-* *nahme* *mit* *Einschluß* *des* *früheren* *Bestandes* *15192,09* *RM*, *der* *eine* *Ausgabe* *von* *6515,27* *RM* *gegenübersteht*. Es *ver-* *bleibt* *somit* *ein* *Kassenbestand* *von* *8676,81* *RM*. In *Mit-* *gliedern* *verzeichnet* *die* *Zahlstelle* *jetzt* *4400* *männliche* *und* *500* *weibliche*. *Mitler* *wies* *sodann* *darauf* *hin*, *daß* *der* *Bericht* *über* *das* *mit* *dem* *dritten* *Quartal* *abge-* *laufene* *Geschäftsjahr* *1904-05* *demnächst* *in* *Protokollform* *zur* *An-* *gabe* *gelangen* *werde*. Hierauf *wurde* *die* *Wahl* *der* *Ordnungs-* *vor-* *genommen*. Die *Versammlung* *hielt* *es* *gut*, *daß* *Mitler*, *der*

wegen *seiner* *erfolgten* *Ansetzung* *im* *Berliner* *Arbeitersekretariat* *in* *den* *nächsten* *Tagen* *aus* *der* *Reihe* *der* *besetzten* *Verbandsbeamten* *aus-* *scheidet*, *die* *Funktionen* *des* *ersten* *Bevollmächtigten* *nach* *bis* *auf* *weiteres* *ausübt*, *damit* *sich* *der* *neuzuzustellende* *Beamte* *erst* *genügend* *einarbeiten* *können*. Als *solcher* *wurde* *sodann* *das* *Mitglied* *Kunze* *gewählt*. Die *übrigen* *Wahlen* *ergaben* *folgendes* *Resultat*: *Zweiter* *Bevollmächtigter* *Rotisch*, *Beiführer* *Gebauer* *und* *Knopp*. *Revisoren* *Kaut*, *Koloff* *und* *Man*. Gleichzeitig *erfolgten* *die* *Kommissionswahlen* *für* *die* *einzelnen* *Branchen*.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtags-Stichwahlen in Baden.

Freiburg i. Breisgau, 27. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl wurde der Genosse *Kräuter* mit 1010 Stimmen gegen das Zentrum gewählt. Im 20. Wahlkreis wurde der Nationalliberale *Mehm* gegen den *Zentrums* Kandidaten gewählt.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 27. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Streik breitet sich unanhaltend aus. Heute Abend sind die meisten Verbände in der Universität verammelt, wo auch eine große Massenversammlung stattfindet. Auch in der Kunstakademie sind die Arbeiter verammelt. Trotz *Trepows* Warnung fallen zahlreiche Menschen die Straßen. Die Stadt liegt zum größten Teil in Dunkel, da die Arbeiter der Elektrizitätswerke streiken. Die *Patrouillen* sind verstärkt. Innerhalb der Regierung ist keine Veränderung eingetreten, Witte ist noch nicht zum Premier ernannt und das Kabinett noch nicht gebildet worden. Die Nachrichten aus *Charkow* haben hier besondere Freude hervorgerufen.

Petersburg, 27. Oktober. (S. T. V.) Der Ausschuss der Studenten der hiesigen Universität hat als Kundgebung gegen die Befestigung des Generalgouverneurs einen Aufruf an die Studierenden erlassen, in dem sie aufgefordert werden, ihre Kraft Tag und Nacht der Revolution zu weihen, sich vollständig in den Dienst der Revolution zu stellen und die Tore der Universität für alle politischen Versammlungen zu öffnen. Gleichzeitig wird in dem Aufruf zu einer großen Volksversammlung in der Universität für heute Abend eingeladen.

General *Trepow* will noch heute die Universität militärisch besetzen lassen. Während des Vormittags waren die Straßen menschenleer, während sie am Nachmittag von großen Menschenmassen angefüllt waren. Überall ritten starke Kavallerie-Abteilungen und ebenso marschieren bis zu zwei Kompagnien starke Infanterie-Abteilungen durch die Straßen. Aus *Jarsloje* *Eselo* sind die Leibkürassiere mit den zugehörigen *Maschinengewehr-* *Abteilungen* *ein-* *getroffen*.

Seit 5 Uhr abends funktioniert die elektrische Beleuchtung in den Straßen und Wohnungen nicht mehr; die Stadt liegt in voller Dunkelheit.

Heute früh erschienen Vertreter der Terroristen in allen hiesigen Banken und verlangten unter Drohungen sofortige Einstellung der Tätigkeit. Die *Russische* *Bank* und die *Sibirische* *Bank* leisteten der Aufforderung Folge, in der *Russischen* *Bank* für ausländischen Handel wurden die erschienenen 20 *Delegierten* *verhaftet*. Unglücklich geworden Beamte der *Bank* haben die *Direktion* *um* *Schlichtung* *und* *stellen*, nachdem die *Direktion* *den* *Antrag* *abgelehnt* *hatte*, die *Arbeit* *ein*. In der *Diskonto*, und in der *Internationalen* *Bank* wurde weiter gearbeitet. Die *Banken* *wollen* *auch* *morgen*, *soweit* *möglich*, weiter arbeiten, vermutlich werden aber die *Kassen* *geschlossen* *gehalten* *werden*.

Warschau, 27. Oktober. (S. T. V.) In der letzten Nacht brach infolge Kurzschlusses in der hiesigen Telegraphen-Station Feuer aus. Es gelang dem Feuer Herr zu werden, doch war der Telegraphenverkehr zehn Stunden lang unterbrochen. Alle Fabriken stehen still; für die Schließung aller Geschäftslöcher ist eine lebhafte Agitation im Gange. Der Straßenverkehr ist noch wie gewöhnlich.

In *Lodz* ist bereits ein allgemeiner Stillstand eingetreten.

Charkow, 27. Oktober. (S. T. V.) Hier ist der Kriegszustand erklärt worden.

Reval, 27. Oktober. (S. T. V.) Ausländische haben unter Hurraufen die *Waffenkammern* *gestürmt* *und* *sich* *in* *den* *Besitz* *von* *Re-* *volvern* *und* *Ge-* *weh-* *r-* *ger-* *setzt*.

Osaka, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-agentur.) Eine heute hier von mehreren tausend Russen besuchte Versammlung wurde durch *Kofaken* *auseinandergetrieben*, wobei viele *Personen* *verwundet* *wurden*. Die *Zeitungen* *haben* *ihre* *Druck-* *maschinen* *eingestellt*.

Nowotcherassk, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-agentur.) Eine hier abgehaltene Volksversammlung wurde durch die *Polizei* *aufgelöst*, wobei viele *Personen* *verwundet* *wurden*.

Petersburg, 27. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-agentur.) Die *Beckstätten* *der* *fr*

An unsere Leser.

Um den Wünschen aus unseren Leserkreisen entgegenzukommen, haben wir uns entschlossen, von jetzt ab das bisher am Sonntag beigegebene

Unterhaltungsblatt

am Sonnabend beizulegen, so daß das Unterhaltungsblatt von jetzt ab täglich mit Ausnahme des Sonntags beiliegt. Am Sonntag wird unsere illustrierte Beilage „Die Neue Welt“ das Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser befriedigen.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Waffenstillstand.

An meinen Artikel „Waffenstillstand“ müßte die Redaktion des „Vorwärts“ zunächst einige selbständige Bemerkungen und zitiert dann einige Gewerkschaftsblätter, um nachzuweisen, daß der Zeitartikel vom 15. Oktober das Richtige getroffen und zeitgemäß war. Darauf möchte ich bemerken, daß die zitierten Ausführungen der Gewerkschaftsblätter doch mehr für die Taktik der Streikleitung sprechen als für die Ansicht der „Vorwärts“-Redaktion.

Aus eigenem hat die Redaktion drei Absätze meines Artikels angehängt, die sämtlich nicht im geringsten meine Ausführungen widerlegen.

Gleich zu Anfang meines Artikels sage ich, es handle sich jetzt nicht darum, die Lehren aus dem verflochtenen Kampfe zu ziehen. Deshalb ist der Satz der Redaktion durchaus unangebracht, in dem sie sagt, sie würde es bedauern, wenn die Metallarbeiter aus diesem Kampfe keine andere Lehre zögen, als den sogenannten Kleinkrieg, der zu dieser Ausperrung geführt hat, fortzusetzen.

Dass es gar nichts anderes gibt bezüglich unserer Anteilnahme an der guten Konjunktur, ist ja nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung anderer Leute. So z. B. ist die „Neue Zeit“ in ihrem Leitartikel der letzten Nummer derselben Meinung. Nicht darin besteht die Lehre dieses Kampfes, daß wir unsere Taktik gegen die Unternehmer ändern. Was geändert werden muß, was geradezu nach Abänderung schreit, liegt auf ganz anderem Gebiet. Ich weiß nicht, ob es der Redaktion bekannt ist, daß im Nabelwerk Oberpreussens insgesamt 22 Organisationen vertreten sind, darunter etwa 10 mit durchaus nennenswerten Mitgliederzahlen.

Schon im Mai auf dem Kongress in Köln wiesen die Delegierten der Metallarbeiter auf das Unhaltbare dieses Zustandes hin. Genosse John war ja in Köln und wird sich dessen erinnern. Hier muß Veränderung eintreten. Das kann so, wie es bisher war, unmöglich weitergehen. Nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß verschiedene Dinge möglich waren, die einzeln anzuführen im Augenblick aus taktischen Gründen nicht möglich ist.

Man glaubte ja in Köln, dem Metallarbeiter-Berband unlaute Motive unterzulegen zu können, und jetzt zeigt sich mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, wie richtig die Delegierten der Metallarbeiter das Gefährliche eines solchen zerrissenen Organisationsgebüdes gesehrt haben.

Am aber nicht mißverständlich zu werden, möchte ich zu dieser Angelegenheit gleich sagen: Ich verlange nicht, daß die übrigen Organisationen ihre in diesen Werken befindlichen Mitglieder dem Metallarbeiter-Berbande überweisen; aber es muß eine Verknüpfung herbeigeführt werden, um dem bisherigen planlosen Zustande ein Ende zu bereiten. Ueber das Wie? könnte man sich in einer Besprechung der Vertreter der verschiedenen Organisationen einigen. Dergleichen Dinge eignen sich ja nicht für eine öffentliche Besprechung.

Was die Behauptung der Redaktion anlangt, es hätte und jemand schon zu Anfang der Bewegung alle Operationen der kapitalistischen Gegner vorausgesehen, so bemerke ich demgegenüber, daß dies nicht zutrifft und auch nicht zutreffen kann. Denn wenn auch die Grundtendenzen der Ausperrungstaktik der Unternehmer die gleiche ist, so gibt es doch so viel Nuancierungen, daß niemand in der Lage ist, zu Anfang schon genau die Prognose festzustellen. Dies ist ja der Nachteil, in dem sich die Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber immer befinden, daß die Arbeiter das, was sie wollen, auf offenkem Markt beraten, während die Arbeitgeber ihre Absichten verschleiern können und man aus den Maßnahmen erst raten muß, was sie beabsichtigen. Für gewöhnlich wollen die Arbeitgeber das, was sie vor dem Streik bewilligt haben, den Arbeitern durch die Ausperrung aufzwingen.

In diesem Fall aber gingen sie ganz erheblich hinter den bereits gemachten Zugeständnissen zurück. Bei den Schraubendrehern wurde ja sogar alles zurückgenommen.

Aus all dem geht hervor, daß die Arbeitgeber diesmal etwas anderes als das gewöhnliche wollten, was aber erst klar zutage trat, als wir die erste Fühlung mit den Arbeitgebern genommen hatten. Da war aber auch schon die erste Ausperrung da.

Abtürlich bin ich die Stellen in dem bekannten Leitartikel übergegangen, die von dem Kühnen Frontangriff reden. Da müßte ich die Bedenken erörtern, die dem entgegenstehen und das geht wieder nicht öffentlich.

Schließlich möchte ich auf den Artikel, den der Genosse Imbreit in der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht, hinweisen. Durch diesen Artikel wird die Taktik der Streikleitung durchaus gerechtfertigt. Und von Imbreit wird ja wohl niemand sagen wollen, er verstände nichts von gewerkschaftlichen Dingen.

Wolff Cohen.

Genosse Cohen wird es nicht abel deuten, wenn wir sagen, daß dieser sein Artikel vorteilhaft von seiner ersten Veröffentlichung absieht, in der er das persönliche Moment nicht ganz zu unterdrücken wußte. Das ist begreiflich nach all den Aufregungen des vergangenen Kampfes und im Hinblick darauf, daß er sich die Zeit für das Schreiben seines Artikels bei den Reibungen, die die Wiedererrichtung der Ausgesperrten mit sich brachte, gewissermaßen absehen mußte. Aber durch die Art seines ersten Artikels erzwang er eine Abwehr.

Das, nachdem die persönlichen Differenzen beseitigt sind, sachlich zwischen Cohen Auffassung und der unseren immer noch eine Klüft vorhanden ist, wird jeder begreifen.

Zunächst sind wir der Meinung, daß gerade jetzt, in freier Erinnerung der Tatsachen, die Lehren aus dem Kampfe gezogen werden müssen, ehe der Einbruch verläßt, den er auf die Beteiligten machte. Uebrigens braucht ja Cohen selbst diese Situation, um die Beziehungen der Organisationen mit als Kernstück für die Schlichtfertigkeit der Arbeiter zu nennen. Er hat damit recht. So oder so muß zukünftig dem Rechnung getragen werden, wenn auch nicht unbedingt in der Weise, daß etwa der Metallarbeiter-Berband alle die anderwärts organisierten Arbeiter „schluckt“. Schließlich findet doch bei dem immerwährenden Wechsel des Personals der oder jener Arbeiter auch Stellung in Betrieben, wo der Metallarbeiter-Berband nicht dominiert oder gar nicht vorhanden ist. — Da Wandel zu schaffen, wäre eine der Lehren des Kampfes.

Was die Voraussetzung der Unternehmer-Operationen seitens eines unserer Redaktionsmitglieder anbelangt, so wird sich Genosse Cohen vielleicht an ein Gespräch im Gewerkschaftshaus erinnern, wo der betreffende Genosse ausführte:

„Vorandgesetzt, daß sich kein Zwischenfall ereignet, werden die Unternehmer der Ausperrung der ersten 10 000 nach acht Tagen die Ausperrung der 20 000 folgen lassen. Sie werden dann etwa acht Tage später die 30 000 überlassen folgen lassen. Darauf werden

sie die Fabriken 14 Tage geschlossen halten und dann durch große Inserate in der „Vollzeitung“ und ähnlichen Blättern erklären, daß sie ihre Fabriken wieder öffnen und diejenigen ihrer Arbeiter, die zu den gleichen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen wollen, sich melden mögen.“ — „Dann erst“, fügte der betreffende Genosse hinzu, „beginnt für die Metallarbeiter der wirkliche Kampf“.

Die Prognose war infolgedessen nicht richtig, als die Ausperrung der Kühnemänner erst acht Tage später eintrat. Vor derselben kam dann der „Zwischenfall“ — die Ausnahme der Arbeit.

Schließlich sagt Cohen:

„Abtürlich bin ich die Stellen in dem bekannten Leitartikel übergegangen, die von dem Kühnen Frontangriff reden. Da müßte ich die Bedenken erörtern, die dem entgegenstehen und das geht wieder nicht öffentlich.“

Die fragliche Stelle lautet:

„Es ist unnütz, im gegenwärtigen Augenblicke darüber Betrachtungen anzustellen, ob nicht etwa eine andere Taktik sie trotz aller überraschender und sühner Frontangriff doch den Kühnemännern eine empfindliche Schlappe hätte beibringen können. Die Streikleitung hat diese Taktik nicht geübt, sie hat sich auf die des Abwartens und Verhandels gelegt und nur dann immer zu einem Gegenstoß sich entschlossen, wenn das Unternehmertum seinerseits einen Schlag geführt hatte. Diese Taktik wurde natürlich nicht ohne Grund gewählt.“

Jetzt, nachdem die erste Aufregung sich gelegt hat, wird auch Cohen zugestehen, daß trotz auch hier vorhandener Meinungsverschiedenheit die Streikleitung von dem Artikelschreiber durchaus loyal behandelt worden ist.

Aus der Partei.

Genosse Wilhelm Blos sendet uns folgende Erwiderung.

Wegen eines von mir in der „Neuen Welt“ veröffentlichten Artikels über den Parteitag von St. Gallen hat Frau Alice Geiser eine Erklärung in den „Vorwärts“ gerichtet, die in dessen Nr. 220 vom 20. September 1905 erschienen, mir aber erst heute zu Gesicht gekommen ist, da ich inzwischen verreist war. Frau Geiser macht mir zum Vorwurf, daß ich den vom St. Galler Parteitag gegen ihren Mann gefassten Beschluß mitgeteilt, aber nicht hinzugesagt habe, daß dieser Beschluß 1902 auf dem Berliner Parteitage wieder aufgehoben worden sei. Ich gebe zu, daß es besser gewesen wäre, wenn ich die Aufhebung des Beschlusses auch erwähnt hätte. Im übrigen beschränke ich mich, obgleich zu der Einsetzung von Frau Geiser noch manches zu sagen wäre, meinerseits auf die Erklärung, daß mir jede Geschäftigkeit ferngeliegen hat und daß ich nur historische Tatsachen angeführt habe. Stuttgart, 25. Oktober 1905. Wilhelm Blos.

Die Organisation in der Provinz Schleswig-Holstein und die Hamburger Genossen. Wie vor vierzehn Tagen mitgeteilt, hat die lumbinierte Mitgliederversammlung der drei Hamburger Parteivereine es abgelehnt, Hamburg der neuen Provinzorganisation anzugliedern und weiter, wie früher, 20 Proz. der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen an die Agitationskassen für die Provinz abzuführen. Der Beschluß wurde allerdings nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gefaßt, und so war vorauszusetzen, daß die Angelegenheit nochmals die Hamburger Genossen beschäftigen würde, zumal auf der zwei Tage nach der oben erwähnten Versammlung stattgefundenen Provinzialkonferenz in Homborn die Meinung der Hamburger Delegierten über die Zweckmäßigkeit der Trennung Hamburgs von der Provinz geteilt war. Auf dieser Tagung wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, Hamburg zu eruchen, das alte harmonische Verhältnis mit der Provinz wieder herzustellen. Bei der Berichterstattung von der Provinzialkonferenz gelangte in der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis folgender Antrag des Genossen von Ein zur Annahme: „Die heutige Verlammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises erklärt nach Kenntnisnahme des Berichts vom Provinzialparteitag, daß sie dem Wunsch desselben zustimmt, daß Hamburg nach wie vor der Provinz finanzielle Beihilfe leistet, und beauftragt den Vorstand des Vereins, dafür einzutreten, daß die finanziellen Leistungen Hamburgs an die Provinz für mehrere Jahre bestimmt festgelegt werden.“ Die Angelegenheit wird zunächst noch die beiden anderen Wahlkreise — die Stimmung im dritten Kreise ist für die Aufrechterhaltung des früheren Zustandes — und dann voraussichtlich eine weitere lumbinierte Versammlung beschäftigen. — Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hamburgs beträgt beinahe 50 000, die der vollstlich organisierten Genossen 19 000. Diese Zahl genügt dem Genossen Weinheber nicht, der deshalb die Reorganisation der Hamburger Partei anregt. Die Verlammlung stimmte dieser Resolution zu: „Die pp. Versammlung beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Vorstand der beiden anderen Wahlkreise eine Reorganisation der Partei in die Wege zu leiten.“ Unter Hinweis auf Berlin wurde der festere Zusammenschluß der Wahlkreise empfohlen.

Die Abrechnung vom Jenaer Parteitag, die Genosse Hirschelmann am 25. Oktober in der Verlammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Jena erstattete, bezeichnet eine Einnahme von 5618,80 M., der eine Ausgabe von 4511,81 M. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuss von 1106,99 M. verbleibt. Es wurde der Beschluß gefaßt, von dem Ueberschuss 200 M. an den Ortsausschuß zur Errichtung eines Denkmals für den Begründer der Karl-Heinrich-Stiftung und des Volkshauses Professor Dr. Ernst Abbe und 110 M. an den Streikfonds des Gewerkschaftsartikels als Rückergütung abzuführen. Der Rest des Ueberschusses verbleibt der Wahlvereinskasse, eventuell soll der laufende Beitrag an den Parteivorstand erhöht werden.

Die Renscheider Parteigenossen beschäftigten sich am Montag in einer stark besuchten Versammlung des Volksvereins mit den Beschüssen des Niederschleischener Parteitages in Offen. Fast sämtliche Genossen, die sich an der Diskussion beteiligten, gaben der Ansicht Ausdruck, daß auf Grund der Offen Beschlüsse der Frieden unter den Renscheider Genossen wieder hergestellt werden könne. Folgender Antrag gelangte zur einstimmigen Annahme: „In Rücksicht auf die Beschlüsse des Niederschleischener Parteitages in Offen beschließt die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins vom 23. Oktober 1905, die vier Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen, daß jedoch von dem Tage an alles früher als den Debatten auszuschalten ist und der Vorstehende streng die Geschäftsordnung zu handhaben hat und keine persönlichen Debatten ausgenommen zu lassen.“

Auch wir hoffen, daß der Frieden unter den Renscheider Genossen damit eingeleitet ist und auch von Dauer sein möge.

Eine sozialistische Tageszeitung in Venedig. Rom, 23. Oktober. (Fig. Ver.) Die Parteileitung von Venedig hat seihen die Tageszeitung „il Giornaleto“, eine bisher radikalische Zeitung, die vor allem im Volk gelesen wurde und zu 5 Centesimi verkauft wird, erworben. Da die Verhandlungen geheim geführt werden mußten, kam erst am 20. d. M. der Landtags-Parteitag für Venedig zusammen, um über die Zusammensetzung der Redaktion und anderer Fragen des neuen Landtagsorgans zu beschließen. Am 1. November erscheint das Blatt bereits als Parteiblatt. In die Redaktion treten voraussichtlich ein: Francesco Cicotti, bisher am „Lavoratore“ in Triest, und Frau Dr. Dda Ronstanari und Dr. Siva vom Parteiblatt in Pola.

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Börse, die gestern die Nachricht über den Fortschritt der russischen Revolution noch mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen hatte, fand heute gleich bei Beginn unter dem Einfluß eines starken Druckes. Die pessimistische Haltung der Börsen von Paris und London gegenüber den Vorgängen im Farenreiche, dazu die einlaufenden Meldungen über ein weiteres Umsichgreifen der revolutionären Streikbewegung verstimmt die Spekulation. Die Folge war ein harter Rückgang der Kurse, speziell der russischen Werte, der Bergwerks- und Bankaktien. Die Aktien der Russenbank verloren 9 Proz., russische Eisenbahnprioritäten 2—3 Proz., neue russische Anteile über 1 1/2 Proz. Von den wichtigeren Bergwerks- und Hüttenaktien fielen Laurahütte um 7 1/2 Proz., Gelsenkirchener um 6 Proz., Harpener um 5 Proz., Bochumer um 5 Proz., Dortmunder Union um 3 1/2 Proz. Auch die Bankaktien büßten mehrere Prozente ein: Deutsche Bank um 4 Proz., Diskonto-Gesellschaft um 3 Proz., Dresdener Bank um 3 1/2 Proz., Darmstädter Bank und Schaaffhausen'scher Bankverein um 2 1/2 Proz.

Den Kapitalisten wird angehts des Umsichgreifens der revolutionären Bewegung im heiligen Rusland schwall zu Mute. Man hatte in Unterschätzung der Hochhältigkeit dieser Bewegung angenommen, nach Beendigung des Krieges werde die russische Regierung in aller Gemäßlichkeit den Weg langsamer, gemäßigter Reformen beschreiten. Nun ist man über das erneute Auffammern der Revolution erschreckt.

Zur Lage des internationalen Arbeitsmarktes. Wie in Deutschland hat sich auch in den meisten anderen europäischen Industriestaaten die wirtschaftliche Situation während der letzten Monate recht günstig gestaltet. In England das Herzstück der Arbeit mit einer kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit ein. Im September 1904 waren 6,8 Proz. arbeitslos gewesen; im September des laufenden Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen nur 5,3 Proz. also 1 1/2 Proz. weniger. Besonders lebhaft war infolge des Aufschwunges am internationalen Eisenmarkt der Beschäftigungsgrad im Eisenindustrie. Die Intenität der Produktionssteigerung wird dadurch gekennzeichnet, daß 25 Hochofen mehr in Betrieb waren als im Vergleichsmonat 1904. Dementsprechend wurden auch zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen. In 189 Eisen- und Stahlwerken war die Beschäftigungszahl um rund 7000 Köpfe oder zirta 9 Proz. größer als im Vorjahre. Auch in der weiterverarbeitenden Industrie nahm die Zahl der Reuanlagen stark zu. Im Maschinenbau ging die Arbeitslosigkeit um 2,8 Proz. oder von 7,4 auf 4,6 im laufenden Jahre zurück. In allen Industriezweigen ist der Auftragsbestand der Werke außerordentlich umfangreich. Ein Zeichen hierfür ist die Preissteigerung für Fertigwaren. Trotz dieses guten Geschäftsganges haben die Arbeitgeber mit dem Hinweis auf die Preissteigerung für Fertigwaren eine Herabsetzung der Löhne in Aussicht gestellt, was mehrere Arbeitsstörungen zur Folge hatte. Dagegen äußerte sich die besriedigende Beschäftigungsgelegenheit im Textilgewerbe durch Lohnsteigerungen gegenüber dem Vormonat und Vorjahr.

In Frankreich erreichte die Arbeitslosigkeit einen so niedrigen Stand, wie er weder in einem Monat des laufenden Jahres noch im ganzen Jahr 1904 beobachtet wurde. Von 8,6 Proz. im August ging die Zahl der Arbeitslosen auf 7,7 im September zurück. 1904 war im Vergleichsmonat eine Steigerung auf 10,5 Proz. eingetreten. Außer der Metallindustrie beeinflusste auch die Textilindustrie den Gesamtarbeitsmarkt recht günstig. Vor allem die Betriebe des Seidengewerbes hatten im Laufe des Monats steigenden Eingang von Aufträgen zu verzeichnen; in Lyon sind die Webereien, die Futterstoffe herstellen, in voller Tätigkeit; auch in Sammet und Commetband haben die Fabriken große Lieferungen auszuführen. Gleich reichlich ist die Arbeitgelegenheit in den Fäber- und Jute- und Flachswebereien.

Die Belebung in der belgischen Eisenindustrie hat so starke Fortschritte gemacht, daß bereits von einer Hochkonjunktur gesprochen wird. Der gesteigerten Produktionsfähigkeit, die sich in einer Zunahme der Hochofen äußert, steht eine ebenso stolte Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrie gegenüber. In Charleroi ist der Auftragsbestand so umfangreich, daß die Werke Bestellungen mit kurzen Lieferfristen gar nicht mehr annehmen. Der starke Bedarf an Waggonen und Lokomotiven beschäftigte die Konstruktionswerkstätten fast bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Rückwirkung auf den Kohlenbergbau war recht nachhaltig. Sowohl in Industrie als auch in Hausbrandlohlen war die Nachfrage so günstig, daß die Arbeitgelegenheit sich zweifach vermehrte. Die Glasindustrie war im September wieder vollt beschäftigt; die Werke hatten vor allem für das Ausland, für China, Japan und Indien reichlich zu tun, so daß auch für die nächste Zeit noch ein lebhafter Betrieb erwartet wird.

Zuckerproduktion. Beim Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention wurde vielfach die Befürchtung ausgesprochen, daß die Zuckerverfabrikation in den wichtigeren europäischen Zuckerproduktionsländern während der nächsten Jahre einen Rückschlag erleiden werde. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Die Verbilligung der Preise hat zu einer bedeutenden Steigerung des Zuckerverbrauchs und diese wieder zu einer starken Auspannung der Produktion geführt.

Nach einer in der Zeit vom 11. bis 21. Oktober d. J. gehaltenen Umfrage der internationalen Vereinigung für Zuckertatistik stellt sich die voraussichtliche Zuckerverproduktion der Kampagne 1905/06 in den hauptsächlichsten Ländern Europas wie folgt:

	1905/06	1904/05	Zunahme
Deutschland	2 114 000	1 615 180	+ 498 820
Oesterreich-Ungarn . . .	1 325 000	881 500	+ 443 500
Frankreich	970 200	614 500	+ 355 700
Belgien	316 800	170 811	+ 145 989
Niederlande	189 100	136 600	+ 52 500
Russland	1 007 100	930 620	+ 76 480
Schweden	117 700	84 080	+ 33 620
Dänemark	63 750	44 570	+ 19 180

Deutsche Bank für Zentralamerika. Der Anknüpfung ihrer Kapitalerhöhung auf 20 Millionen Mark läßt die Deutsche Bank die Mittelung der Gründung einer Tochterbank folgen. Sie, das Bankhaus Lazard Speyer-Wissen (Frankfurt a. M.) und die Schweizerische Kreditanstalt errichten eine Bank für Zentralamerika mit dem Hauptsitz in Berlin und einem Aktienkapital von 10 000 000 M. Die neue Bank wird alsbald eine Filiale in Guatemala errichten.

Die Seemaschinen erobern sich ein immer größeres Tätigkeitsfeld, besonders in den Vereinigten Staaten, wo jede größere Zeitung mehrere Seemaschinen in Betrieb hält. Wie profitabel die Verfertigung der Maschine ist, zeigt der letzte Jahresbericht der größten Fabrik der „Mergenthaler Linotype Co.“ in Brooklyn. Im letzten Jahre, endigend mit dem 30. September 1905, erzielte diese Gesellschaft einen Profit von 2 204 520 Dollar. Im vordrgehenden Jahre war der Gewinn noch etwas größer, nämlich 2 333 236 Dollar, weil die Regierung einige Bestellungen machte und weil das große Feuer in Baltimore viele Maschinen zerstört hatte. Das regelmäßige Geschäft war nach dem Bericht im letzten Jahre am besten. 868 große Seemaschinen mit voller Ausrüstung wurden verkauft und 447 Maschinen ausgefertigt.

Verfammlungen.

Was lehrt uns die Ausperrung in der Elektro-Industrie? Ueber diese Frage diskutierten am Donnerstags eine Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiter-Berbandes.

Der Referent Glöckle sagte unter anderem: Die organisierten Arbeiter verfolgten den Kampf in der Elektro-Industrie mit Spannung. Selbst es doch, als sollte in diesem Kampfe die Machtstellung der Röhrenfabrik gebrochen werden. In der Sache wird der Ausgang des Kampfes nicht einseitig sein. Im Hinblick auf die weit über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinausgehende Bedeutung dieses Kampfes, sowie im Hinblick auf die verschiedenen Kritiken, welche derselbe erfahren hat, es ist angebracht, daß die Angelegenheit hier besprochen wird zu dem Zweck, Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Der Redner besprach nun den bekannten Hergang des Kampfes und führte dann weiter aus: Schon die Drohung der Unternehmer mit der Aussperrung anlässlich der geringfügigen Lohnforderungen mußte der Leitung der beteiligten Gewerkschaft Klar machen, daß hier ein wichtiger Schlag gegen die Organisation der Arbeiter geführt werden sollte. Der Leitung des Metallarbeiterverbandes scheint das aber nicht bewußt gewesen zu sein. Als der Kampf einsetzte, mußten die Metallarbeiter aus der Haltung der Leitung des Metallarbeiterverbandes schließen, daß die Metallarbeiter für den großen Kampf mit den Röhrenfabrikanten gerüstet seien und ihn unter klarer Erkenntnis der Lage durchführen wollten. Diesen Eindruck mußte man haben, als die Leitung der Organisation der Metallarbeiter die Metallarbeiter die Metallarbeiter für den großen Kampf mit den Röhrenfabrikanten gerüstet seien und ihn unter klarer Erkenntnis der Lage durchführen wollten. Diesen Eindruck mußte man haben, als die Leitung der Organisation der Metallarbeiter die Metallarbeiter die Metallarbeiter für den großen Kampf mit den Röhrenfabrikanten gerüstet seien und ihn unter klarer Erkenntnis der Lage durchführen wollten.

betwilligt worden. Zehn erfolgreiche Angriffstreife fanden statt, an denen 183 Arbeiter beteiligt waren. An sieben erfolgreichen Abwehrstreifen waren 72 Arbeiter beteiligt. 3 Streiks mit 40 Beteiligten sind noch nicht beendet. In 9 Fabriken wurden 470 Arbeiter ausgesperrt. Die Anzahl der Werksstätten, in denen Streiks und Differenzen vorliefen, verteilen sich so auf die einzelnen Branchen: Bauschüler 12, Möbelschüler 22, verschiedene Branchen 4, Klavierarbeiter 9, Polierer 5, Drechsler 1, Klebmalter 1, Einseher 1, Stodarbeiter 1, Stellmacher 1, Rahmenmacher 3, Kammmacher 3.

Die Lehren der Elektro-Ausperrung

wurden am Donnerstag in einer Branchenversammlung der Elektromonteurs erörtert. W. Schick als Referent hielt es für einen schweren Fehler, daß die Maschinen- und Heizer sowie die Lohnleitung der Kraftzentralen zur Mitbeteiligung am Streik herangezogen, schon vorzeitig gewissermaßen auf öffentlichem Markte ausgespart worden sei. Dadurch seien die Unternehmer eben in die Lage gekommen, sich rechtzeitig Arbeitswillige zu reservieren und damit den Metallarbeitern wirkungslos zu machen. Daraus müßten die Arbeiter die Lehre ziehen, daß es nicht immer gut ist, jede taktische Maßnahme der Öffentlichkeit zu unterbreiten, weil sonst der Gegner in aller Bequemlichkeit rechtzeitig die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen vermag. Aus diesen Gründen heraus sei es auch verfehlt, schon jetzt darüber zu sprechen, wie man sich in Zukunft dem Unternehmertum gegenüber in ähnlichen Fällen verhalten werde. Die Hauptaufgabe sei der Ausbau der Organisation, dann regelle sich alles übrige auch mit der nötigen Präzision. In der Diskussion demängelten Jedler und Präser die Haltung der Streikleitung. Diese habe sich viel zu sehr um Verhandlungen bemüht und dadurch den ganzen Kampf verflüchtigt. Auf die erste Aussperrung hin hätte sofort als Antwort ein energischer Gegenangriff erfolgen müssen. Ruggenthaler ist ebenfalls der Meinung, daß die Streikleitung zu viel diplomatisiert habe, hält jedoch direkte Vorwürfe für unangebracht, weil sich die Leitung tatsächlich in einer sehr schwierigen Situation befunden habe und es noch sehr fraglich sei, ob es andere besser gemacht haben würden. W. Schick wies in seinem Schlusswort ebenfalls die Vorwürfe gegen das Zentral-Streikkomitee zurück. Die Gewerkschaften seien eben noch nicht stark genug, um so nachdrücklich die Aussperrungsgelüste der Unternehmer zu zügeln, wie es an sich wohl zu wünschen wäre. Die unerlässliche Vorbedingung dazu sei und bleibe die Stärkung der Organisation, und dazu müsse jetzt jeder für sein Teil das nötige beitragen, dann jöge er die besten Lehren aus dem Streik.

Ein Kattenkönig von Beleidigungsprozessen zwischen den Inhabern der Firma Vorig in Tegel und dem Brauereibesitzer August Wiesel aus Sagan fand gestern vor dem Schöffengericht I seinen endgültigen Abschluß. — Im Jahre 1898 erwarb Wiesel von der Firma Vorig eine Brauerei-Kühlmaschine. Diese soll, nach Angabe des Käufers, bei weitem nicht den Anforderungen entsprechen haben, die ihm von einem Vertreter der Firma bei Abschluß des Kaufes garantiert worden waren. Zwischen Wiesel und der Firma Vorig entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel, in welchem beiderseitig gerade nicht die im kaufmännischen Leben sonst geübten Höflichkeitsformen gewahrt wurden. Mehrere dieser Briefe waren schon einmal Gegenstand einer Klage und Widerklage. Aus der ganzen Streitfrage, die lediglich im Wege eines Zivilprozesses zu erledigen war, entwickelte sich schließlich auch noch eine Krefche. Wiesel kriech in verschiedenen Hochzeitungen Erklärungen, so in der „Deutschen Brauer-Zeitung“, durch welche sich die Firma Vorig beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Wiesel erhob wiederum durch Rechtsanwalt Dr. Berthauer Widerklage gegen die Inhaber der Vorigwerke und den Direktor Schlesinger. In der Verhandlung vor Gericht machte der Vorsitzende Herr Witzke Vergleichsvorschläge, durch welche sämtliche zurzeit noch schwebenden Beleidigungsprozesse aus der Welt geschafft würden. Von der durch Justizrat Kleinholz vertretenen Firma Vorig als auch dem Beklagten wurde nach mehrstündigen Verhandlungen in einen Vergleich eingewilligt. Die beiderseitigen Kosten wurden zur Hälfte aufgeteilt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der kgl. städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-65 pr. 100 Pfund, IIa 56-62, IIIa 50-55, IVa 40-48, Kalbfleisch Ia 85-90, IIa 78-82, IIIa 56-70, Hammelfleisch Ia 63-73, IIa 48-58, Schweinefleisch 68-74, Rotwulst 48-51 pr. Pfund, Kalb 3,50-4,20, Keim 1,75-3,00, Kaminchen 3,00-1,00, Bratenfleisch 2,20-2,80, R. Hühner, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,60-0,90, junge kleine 0,00-0,60, alte Ia 0,65-0,85, alte IIa 0,00-0,60, Hühner, alte 0,70-1,85, junge 0,45-0,85 das Stück, Tauben, junge 0,45-0,88, alte 0,00-0,60, Enten, junge 1,30-1,50, Gänse Ia, 0,00-0,60, IIa 0,00-0,60 pr. Stück, Ia 0,00-0,60, IIa 0,00-0,60 per Pfund, Hühner 88-95 pr. Schlacht, unrot 105 pr., Kalk, 100-00, mittel 00-00 pr. Wüßgen 30-43 pr. Karaffen 00-00 pr., Ruch 100 pr., Schafsch 31-34 pr., Hühner 19 pr., 100 Pfund, Schottische Vorkhänge (gelatint) 40-44 pr. Krebse, kleine, Schaf 0,00 pr., unrotiert 0,60 pr. Eier, Schaf 3,70, Butter pr. 100 Pfund Ia 120-124, IIa 114-120, IIIa 110-114, abfallende 100-110, Kartoffeln pr. 100 Pfund, rote 1,90-2,10, Rollen 0,00-0,60, blaue 0,00-0,60, runde weiße 1,80-2,00, Wirsingohr pr. Schaf 4,00-7,00, Weißkohl 6,00-8,00, Rotkohl 4,00-6,00, Kohl 8,00-11,00, pr. Saure Gurken, neut, Schaf 2,-.

Briefkasten der Redaktion.

Redaktionelle Auskunft. I. Briefkastenfragen ohne beifolgende Dattung bleiben unerledigt. Der üblichen Redaktionsadresse besage man immer hingsügen: Briefkasten. Handelt es sich um eine Rechtsfrage, so vermerke man: Juristischer Briefkasten. 2. Für briefliche Auskunft in besonderen Ausnahmefällen ist Auskunft, frankiertes und adressiertes Konvort beizulegen. 3. Je nach dem Inhalt von Briefen vermerke man auf der üblichen Adresse in ausfallender Schrift: **Berlin.** Vermahlung, Gewerkschaftlich, Politisch, Soziales, Soziales, Unterhaltungsblatt, Politisch, Lokales, Vorortnachricht, Secretariat, Vereinskalender, Liquidation ufm.

N. 5. 36. Die Werkstätte kennen wir nicht. Bleibt Auskunft durch Secretariat, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus. — **Warenbörse.** A. M. Weiden Sie sich mündlich oder schriftlich bei dem Gemeindevorsteher oder seinem Vertreter. Alle Einzelheiten durch diese Stelle. — **Rühle.** Durch das Secretariat der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, pt. — **Wert.** (Trier.) 1. Rein. 2. Durch die Familie Krupp, 3. Wegen entscheiden wir nicht. — **Gollmar.** 1. Erfragen Sie am besten durch die „Schwäbische Tagblatt“, Turmstraße 13 in Stuttgart. 2. Programm mit trefflichen Erläuterungen von Karl Kautzsch und Schoenland 10 Pf. Durch jede Buchhandlung. — **777.** Rein. — **Krautwörter Allee.** Der Vergleich vor dem künftigen Verständnis angebracht; vom pädagogischen Standpunkt alle zu billigen. Der Vergleich mit dem Alter aber ist richtiger und von großer Wirkung. — **W. T.** Habichtvereine usw. finden Sie im Berliner Adressbuch im 2. Band 2. Teil Seite 170. — **Jumba.** Sie vorher unter „Rühle“. — **1492.** Der Verein der Oldenburger und noch unbekannt. — **W. M.** Sie vorher unter „Jumba“ und „Rühle“. — **8. 10.** Köhler, Dorf und Rittergut im Bezirk Joltau (Königreich Sachsen).

Juristischer Teil.

Die juristische Sachkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

N. 2. 75. Der Ausschluß der Klage hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob Ihnen ein Verlehen zur Last fällt. Diese Frage dürfte zu Ihren Gunsten zu verneinen sein. Wer es läßt, ist nicht vorwärts kommen, wie die Beweisnahme sich gestaltet und die auf dieser begründete Ansicht des Gerichts ausfallen wird. — **N. 6. 40.** Der 1500 M. überschuldenende Teil kann abgezogen werden. — **Orto 153.** 1. Für die gewöhnlichen Schulden Ihrer Frau haften Sie nicht, falls nicht aus besonderen Umständen folgt, daß auch Sie Schuldner geworden sind. 2. Verjährung würde frühestens mit Ablauf dieses Jahres eintreten. — **N. 2. 99.** Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nachweisen, daß als späterer Lebenspartner der Dritte des Monats vereinbart war. — **N. 6. 100.** Den Wechsel würden Sie für den Fall der Einlagerung zahlen müssen, sich aber Ihre Einrede vorbehalten. Sie könnten auch auf Rückgabe des Wechsels und eventuellen Schadenersatz klagen. Über im Wechselprozeß selbst würde Ihre Einrede nicht berucksichtigt werden können. — **N. M. 58.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Das ist, falls Urteil ergeht, möglich. Wegen der Mütterliche für außerordentliche Kinder ist eine Beschlagnahme des Lohnes nur so weit zulässig, als der Lohn nicht für den notwendigen Unterhalt des Schuldners und für den Lebensunterhalt seiner Ehefrau und ehelichen Kinder erforderlich ist. — **N. 6. 100.** Leider geht die Forderung des Bittes vor, falls Sie mitunterzeichnen haben. Gegen Ihren Mann können Sie für sich und Ihre Kinder Alimante einbringen und den Lohn in voller Höhe mit Beschlag belegen lassen. — **Carl H.** Sie sind im Artum, der Lehrer im Recht. Falls Ihre Tochter nicht auf Ihren Antrag ein Schulabgangszeugnis erhält, muß sie die Schule noch weiter besuchen. — **Kleemann.** Der Anspruch auf Unterhaltungsgehalt für die zu Friedensbedingungen einberufenen Mannschaften erlischt, wenn der Anspruch auf Unterhaltung nicht binnen 4 Wochen nach Beendigung der Werbung bei der Gemeindebehörde des Ortes angebracht ist, daß die Ihren Anspruch in dieser Zeit geltend gemacht haben, müßten Sie beweisen. Wiederholen Sie unter Hinweis auf Ihre frühere Anmeldung schriftlich Ihren Anspruch. — **C. 2. 23.** Wachen Sie Ihren Anspruch auf Ertrag gegen die Kasse bei der Aufsichtsbekörde (Gemeindeverwaltung, Stralauerstr. 1-3) geltend. — **N. M. 6.** Bei der Erbschaft, die Witwen betrifft, welche vor dem Januar 1900 abgeteilt haben, fällt ins Gewicht: Wann und wo haben die Eheleute geteilt und ihren ersten Wohnsitz genommen? Wagt ein Übertrag, ein Erbvertrag, ein Testament vor? Wann ist der Erblasser verstorben? Wann erhielt die Ueberlebende Kenntniss von dem Tode? Sie wollen Ihre Frage unter Ergänzung nach diesen Richtungen hin wiederholen. — **Zeuge.** Rein. — **Auglerstr.** Ja.

Witterungsbericht vom 27. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Eutinende	765	SW	4 mäßig	1	Dabaranda	756	ND	2 bedeckt	-4
Hamburg	763	SW	6 Regen	3	Bretzberg	756	SW	1 Schnee	1
Berlin	762	SW	3 heiter	0	Scilly	768	SW	4 Dunst	11
Kranf a. W.	773	SW	1 bedeckt	-0	Ubersveen	758	SW	1 heiter	4
München	774	SW	5 heiter	-4	Batis	772	SW	2 bedeckt	8
Wien	772	SW	4 bedeckt	3					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 28. Oktober 1905.
Zunächst wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden; später anstrebend und wieder etwas lässler.
Berliner Wetterbureau.

Schlieflich wurde ja die Arbeit wieder aufgenommen und zwar auf Grund der Bedingungen, die im großen ganzen genau dieselben waren, welche die Direktion schon vor der Aussperrung gestellt hatte. Nur die Auslegung dieser Bedingungen ist ein wenig modifiziert worden. Daß die Einigung zustande kam, das war noch lange der Verhältnisse das beste, was geschehen konnte, denn auf der Seite der Arbeiter waren keine Vorbereitungen für den Kampf getroffen. Das muß gesagt werden, damit in Zukunft nicht wieder ein Kampf aufgenommen wird, für dessen erfolgreiche Durchführung die notwendigen Voraussetzungen fehlen. Das sind die Lehren, welche die Gewerkschaften aus diesem Kampfe ziehen müssen, der weit über die Reihen der beteiligten Organisationen hinaus interessiert.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW, Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Mäßigung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerpark des Rathauses, Eingang Königl. 15-18: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Kula, kleine Franzfurterstr. 6: Vortrag des Fr. J. A. Wilmann: „Todesfrage und religiöses Gefühl“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung Sittenrettung. Ein eigenlämliches Schicksal hatte die Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, die den Redakteur Karl Schneiden und die Schriftstellerin Frau Hermine Schildberger zum zweiten Male vor die siebente Strafammer des Landgerichts I führte. Es handelt sich um zwei in der „Zeit am Montag“ veröffentlichte Skizzen: „Die Sonne“ und „Schnsucht“, deren letztere die Angeklagte Frau Sch. zur Verfasserin hatte. Beide Skizzen waren von der Staatsanwaltschaft als unzüchtige angesehen worden. Die Verhandlung vor der Strafammer endete feinerzeit mit der Freisprechung der beiden Angeklagten wegen der Skizze „Schnsucht“, deren unzüchtiger Charakter das Gericht nicht anerkannte. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Veröffentlichung der Skizze „Die Sonne“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. In dem Urteil war der Standpunkt eingenommen, daß, da beide Skizzen in einer und derselben Zeitungsnnummer veröffentlicht waren, bezüglich des Angeklagten Schneiden ein fortgesetztes Delikt vorliege. Wegen des Urteil der Strafammer, so weit es auf Freisprechung lautete, legte der Staatsanwalt Revision ein und das Reichsgericht erachtete auch, daß die Freisprechung auf einem Rechtsirrtum beruhe und verband mit dieser Ansicht eine Reihe ästhetischer Ausführungen. Da die erste Instanz nun ein fortgesetztes Delikt angenommen hatte, war die notwendige Folge, daß das Urteil nicht nur bezüglich des freisprechenden, sondern auch des verurteilenden Teiles aufgehoben werden und sich die Strafammer aufs neue mit der ganzen Anklage beschäftigen mußte. In der Verhandlung bestritten beide Angeklagte, daß von einem unzüchtigen Charakter der Skizzen auch nur entfernt die Rede sein könne und speziell der Angeklagte Schneiden sprach seine Verwunderung darüber aus, daß solche künstlerischen Skizzen fortgesetzt verfolgt werden, während die bekanntesten Keime illustrieren Blätter, die vorwiegend auf die Lustbarkeit spekulieren, unbedehligt bleiben. Nach Anhörung des Sachverständigen Schriftstellers Dr. Max Roeller plädierte Rechtsanwalt Dr. Halpern in längerer juristischer und ästhetischer Ausführungen für völlige Freisprechung. Er bekämpfte die Stellungnahme des Reichsgerichts gegen die moderne Literatur, er suchte das Gericht, sich von diesen etwas rückständigen ästhetischen Anschauungen zu emanzipieren und doch nicht gar zu prude zu sein. Der Gerichtshof war der Meinung, daß man aus beiden Skizzen nicht notwendigerweise etwas herauslesen müsse, was als unzüchtig zu gelten habe. Der Gerichtshof erkannte deshalb diesmal auf völlige Freisprechung der beiden Angeklagten.

Es muß auch noch gesagt werden, daß die Geheimhaltung der Streikleitung, die Geheimhaltung ihrer Beschlüsse usw. unnötig war. Die Unternehmer sind über die Kampfmittel, welche den Arbeitern zur Verfügung stehen, über ihre Kassenverhältnisse und dergleichen sehr gut unterrichtet. Demgegenüber hat die Geheimhaltung und die diplomatische Sichtigkeit gar keinen Zweck. Wenn auch die Unternehmer in ihrem Geschäftsinteresse fälschlich ein wenig nachgegeben haben, so sind sie doch im Kampfe selbst festgeblieben. Sie haben ihren Änderungen die Tat folgen lassen, alles klappte bei ihnen gut. Von der anderen Seite kann man das leider nicht sagen. — In einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, in der kürzlich diese Angelegenheit besprochen wurde, sagte der Vorsitzende der Metallarbeiter, es sei ihm erst während des Kampfes nach und nach aufgeklärt, was die eigentliche Absicht der Unternehmer sei. Die Zuhörer waren stark vor Staunen über diese Bemerkung, die ja auch in dem von Cohen verfassten Artikel im „Vorwärts“ durchklang. In diesem Artikel wird auch gesagt, die Metallarbeiter hätten den Kampf nicht verloren, sondern sie seien ihm ausgewichen. — Das ist doch kein Ausweichen, wenn man von vornherein sagt: Schlagt Ihr, so schlagen wir wieder und wenn man als Gegenpart die Maschinenisten und Heizer die Arbeit niederlegt. Das heißt doch, den Kampf aufnehmen. Tritt man aber in den Kampf ein, dem man nach Lage der Sache ausweichen müßte, so ist das ein Spiel mit der Glitzern von 30 bis 40 000 Familien. Das dürfte nicht sein. Entweder man ist gerüstet und nimmt den Kampf auf, oder man ist nicht vorbereitet; dann hat man den Kampf zu vermeiden.

Bürgerliche Blätter haben den Kampf als eine sozialdemokratische Mode bezeichnet und gewisse Genossen unter den Metallarbeitern scheinen sich davor gescheut zu haben, daß ihre Bewegung als eine sozialdemokratische bezeichnet wurde. Was die bürgerliche Presse sagt, das muß uns ganz gleichgültig sein. Die Gewerkschaften haben ihre Kämpfe zu führen in dem Bewußtsein, daß sie sich in erster Linie auf sich selbst zu verlassen haben. — Jede Gewerkschaft hat natürlich für sich über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, wenn sie aber bei größeren Kämpfen die Hilfe anderer Gewerkschaften in Anspruch nimmt, dann müssen diese auch mitreden. Es kann deshalb mit Recht verlangt werden, daß in Aussicht stehende größere und bedeutungsvolle Kämpfe von den gewerkschaftlichen Vorständen gemeinsam beraten werden. Wenn das geschieht, dann wird es möglich sein, die Taktik des Kampfes so zu regeln, daß die Unternehmer besiegt werden. (Weifall.)

Dem Referat folgte eine rege Aussprache. Hendrich hält es für richtig, daß die Streikenden selbst über die Annahme der ihnen gestellten Bedingungen zu entscheiden haben. Die Aussperrung sei so plötzlich gekommen, daß die Leitung nicht gleich die rechte Taktik finden konnte. Daß die Absicht der Unternehmer dem Genossen Cohen erst nach und nach aufgeklärt sein soll, sei wohl nur Scherz, denn selbst der Dämmstabe habe doch wissen müssen, was die Unternehmer wollten. — Kaach stimmte dem Referenten zu, ebenso Leopold, der besonders betonte, daß sich alle Gewerkschaftsleitungen bei so großen Kämpfen verständigen müssen. Große Kämpfe dürften nur um große Forderungen geführt werden. — Hölzler zieht aus dem Kampfe die Lehre, daß es ein großer Fehler sei, wenn eine Gewerkschaft neutral sein wolle, um mit den Unternehmern in Frieden zu leben. Die Unternehmer wollen keinen Frieden. — Hölzler führte aus, materielle Leistungsfähigkeit und Idealismus der Arbeiter seien die Vorbedingung für erfolgreiche Kämpfe.

Als es meinte, nach dem Ende des Kampfes sei es leichter zu tabeln als es besser zu machen.
Glöckle sagte in seinem Schlusswort u. a.: Ein großer Kampf könne auch wegen eines den Arbeitern wertvoll erscheinenden Prinzips geführt werden; es brauche sich nicht gerade um bedeutende materielle Forderungen handeln. — Diese Debatte habe nicht den Zweck gehabt, die Metallarbeiter wegen ihres Verhaltens zu tabeln, sondern es handle sich nur darum, daß die organisierten Arbeiter Lehren aus dem verflochtenen Kampfe ziehen.
Als zweiter Punkt fand die Verichterstattung über Streiks und Differenzen auf der Tagesordnung. Hier führte Kaach aus: Seit der letzten Vertrauensmännerversammlung am 21. September waren in 71 Betrieben mit 1484 Arbeitern Streiks und Differenzen zu verzeichnen. Davon entfielen 18 Werksstätten mit 300 Arbeitern auf Vertrauensmeister, wo die Differenzen durch die Schlichtungskommission geregelt wurden. In 24 nicht dem Verträge unterliegenden Betrieben mit 300 Arbeitern sind Forderungen ohne Streik

Ein Todessturz, der zum Teil auf die Unvorsichtigkeit des Verunglückten zurückzuführen ist, hat eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung zur Folge gehabt, die gestern den Polier Helmuth Küster vor die Strafammer des Landgerichts II führte. Am 29. April er. war der Maurerlehrling Ronge aus einem vom Angeklagten als Polier geleiteten Neubau in Tegel damit beschäftigt, das in dem dritten Stockwerk etwa in Manneshöhe über der Balkenlage befindliche Zwischengerüst abzurufen. Durch eigene Unvorsichtigkeit des Ronge klappte das Brett, auf dem er stand, um, er rutschte von dem Brett ab und stürzte durch die an dieser Stelle nicht abgedeckte Balkenlage des dritten und zweiten Stockwerkes herunter. Die Balkenlage des ersten Stockwerkes war nur mit schwachen Staa Brettchen abgedeckt, der unglückliche junge Mann durchschlug mit seinem Körpergewicht diese Schalung und fiel bis in den Keller auf den dort liegenden Bauhauf. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und mußte in das Paul Verhardskriest geschafft werden, wo er noch an demselben Tage verstarb. Obgleich der Staatsanwalt anerkannte, daß Ronge zwar anscheinend infolge seiner eigenen Unvorsichtigkeit abgestürzt sei, vertrat er doch die Ansicht, daß der Sturz durch drei Stockwerke bis in den Keller nur dadurch möglich gewesen sei, daß die Balkenlage des dritten und zweiten Stockwerkes überhaupt nicht und die des ersten nur mit schwachen Staa Brettchen abgedeckt war. Hierin liege ein großes Versehen des Angeklagten, der nach den Unfallverhütungsvorschriften für die Nordöstliche Bauwerks-Versicherungsgesellschaft jede Balkenlage nach ihrer Verlegung sofort hätte aufstücken und abdecken lassen müssen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der einen sehr guten Eindruck macht, drei Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Berthauer empfahl den Angeklagten der Milde des Gerichts, da hier doch mehr ein unglücklicher Zufall als die Nachlässigkeit des Angeklagten den schweren Unfall verschuldet habe. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 80.
Unter ältestes Mitglied, Herr
Wilhelm Diesner
ist am 21. Oktober im 91. Lebensjahre gestorben.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Simeons-Friedhof am Tempelhofer Berg statt.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
1909/9 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Herm. Keller
am 23. d. M. im Urban gestorben ist.
Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Simeons-Friedhof am Tempelhofer Berg statt.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
1909/9 **Die Ortsverwaltung.**

Theodor Heinrichs
im Alter von 66 Jahren. Dies zeigen an in tiefer Trauer
Witwe Heinrichs nebst Töchtern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Johannes-Kirchhofs in Pötensee aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner guten Frau **Anna Weh** sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
29/10/09 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

J. Baer
Badstr. 26, Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots und Joppen. Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Franz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer**,
nur **Mariannen-Str. 2.**
Bereits-Büschel, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Tafeltts, Girlanden, usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstätte.
Liefer: f. Orts- u. Haus-Krankentassen
Berlin C.,
30. Linien-Str. 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm und weich am Körper.
4462/9

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.
E. H. III Hamburg.
Mitglieder - Versammlungen der örtlichen Verwaltungsstellen
Berlin A am Montag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, bei B. O. H. Schläger, Waldstr. 21.
Berlin B am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in Franz'sches Café, Sebaltsstr. 39.
Berlin C am Montag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in H. d. L. Dr. Bräuer, II Saal, Bergmannstr. 5/7.
Berlin D am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei, Turmstr. 25/26, II Saal.
Berlin E am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Berlin F am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Reinhardt, Zwilnemannstr. 42.
Berlin G am Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, in Fleisch-Besälen, Bruchstr. 6a.
Berlin H am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Tollsdorf, Wühlstr. 68.
Lichtenberg - Rummelsburg - Stralau am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Bildner in Friedrichsberg, Friedrichstr. 11.
Rixdorf am Montag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Thiel, Bergstr. 151/152.
184/5
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1905. 2. Wichtigste Kassenangelegenheiten.
NB. In A Wahl eines Beitragsführers; in F Einführung eines Beitrages von 5 Pf. zum Anwaltsfonds und Wahl eines Schriftführers; in G Wahl eines Beitragsführers.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Senefelder-Bund.
(Verband der Lithographen, Stein-drucker etc.)
Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Kellers Sekretariat, Stovpenstr. 29.
Allgemeine Mitglieder - Versammlung.
Tages-Ordnung: Der Witzloch unserer Bewegung.
29/10/09 **Die Verwaltungen.**

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Möbelpolierer.
Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung
für den Süden bei Kubat, Blumenstraße 38,
für den Südosten bei Schulz, Stallenerstraße 22,
für den Norden bei Haack, Braunenstraße 96.
Jede Bezirksstelle hat die Pflicht, vertreten zu sein.
Der Obmann.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 29. Oktober cr., vormittags 10 1/2 Uhr,
in der **Ressource**, Kommandantenstr. 67:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Abrechnung von den Urania-Vorstellungen. 3. Ersatzwahlen: a) Verbandsvorstand, b) Samwerkstand, c) Rechtschutzkommission. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
Die Vorschlagstischen zur Wahl der Delegierten der Generalversammlungen der Ortskrankenkassen können in der Generalversammlung entgegengenommen werden.
25/19
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Kleber!
Som Montag, den 30. Oktober, tritt für die nächsten 14 Tage die grüne Marke in Kraft und muß dieselbe im rechten Felde der Karte sein. Arbeitslose Kollegen erhalten an Stelle der Karte einen Stempel im Felde. Die Karten werden verabsolgt.
Sonntag, den 29. Oktober, von 9 bis 12 Uhr
bei **Krüger**, Kochenerstr. 7, **Pade**, Rindlerstr. 6, **Stephan**, Wienerstr. 31, **Rickert**, Steinmetzstr. 26, **Pankow**, Verlegerstr. 32,
Sonnabend und Sonntag
bei **Merker**, Bergstr. 10, **Ralk**, Charlottenburg, Pestalozzi-Str. 82, sowie wochentags im Arbeitnachweis, Müderstr. 9.
Achtung! **Mittwoch, den 1. November**, bei **Augustin**, Oranienstr. 103: **Versammlung.** Siehe Annonce vom Sonntag.
1909/9 **Die Verbandsleitung.**

Partei-Expeditionen:
Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittelwalderstr. 30, d. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Franziskaner Allee 79. — **SO.:** Paul Böhm, Laufbergerpl. 14/16 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Rucht, Reibelstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Noabit):** Karl Runder, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weiff, Riesenstr. 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Riesenstr. 36, Eingang Anklamerstr. — **Gesundhäuser Vorstadt:** Carl Trapp, Rügenstr. 24, vorn part. links. — **Schön-Gleaike:** Melchior Schulz, Rudowstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Schandberg, Seefelderstr. 1, Ecke Hochstr., o. l. — **Wilmersdorf:** Georg Heese, Beckstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau und Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50, l. — **Grünau:** H. Blume, Bismarckstr. 2. — **Rixdorf:** M. Steinhilber, Prinz Handjersstr. 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminisch, Cunostr. 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneberg:** Otto Ränger, Deulstr. 4, II. — **Nieder-Schöneberg:** Sonatowsky, Pötenstr. 14. — **Johannis-Valley:** Franz Hirsch, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** P. Schmidt, Bismarckstr. 32, l. — **Königs-Wusterhausen:** H. Brie, Beckstr. 19. — **Köpenick:** Friedrich Wolf, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 116, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Düppelstr. 8, und St. Schellhase, Hornstr. 15a. — **Marienthal:** Hermann Reichardt, Chausseestrasse 16. — **Baumshuldenweg:** St. d. Grünstr. 2, II. — **Treptow:** H. Vojat, Eichenstr. 37, vorn III l. — **Non-Wellensee:** H. Reske, Sedanstr. 53, part. — **Reinickendorf-Ost:** Wilhelmruh und Schönholz: P. Gursch, Brovingstr. 103, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Riensch, Dorfgraben, Schulartstr. 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwald, Mozartstr. 66. — **Eichwalde, Zenthen, Niersdorf und Hankselablage:** Alfons Gray, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, l. — **Teltow:** Hermann Krüger, Reuterstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.
Ausßerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**
Bitte ausschneiden.

Orts - Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von **Musik-Instrumenten.**
General-Versammlung
Sonnabend, den 4. Novemb., abends 8 1/2 Uhr,
im **Restaurant Pfeffer**, Rosen- thalerstr. 57 Hof part.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahlen: 1. Arbeitgeber, 2. Arbeitnehmer (3 St. des Statuts).
2. Wahl des Aufsichtsrats zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1905. 3. Verschiedenes. 27/6
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Dachdecker Deutschl. „Einigkeit“.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 29. Oktober cr., bei **Feind**, Weinstr. 11:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom III. Quartal 1905.
2. Wahl der Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung.
3. Wahl des Ortsvorstandes.
4. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten.
56/1 **Der Vorstand.**

Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen verlangt **Samuel Meyer**, 281/16 Lichtenberg, Herzbergstr. 26.
Achtung!
Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(Einget. Kasse Nr. 23, Hamburg.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Jahreshilfe von A. C. E. E. E. in der Nacht vom 24. Oktober ab bei A. Gorn, Cabinerstr. 1, Ecke Bogenerstr., sich befindet.
15/12 **Die Ortsverwaltung.**

Orts - Krankenkasse der Klempner.
Am Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus (Saal 7)**, Engel-Platz 15, eine **General-Versammlung** der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.
Tages-Ordnung:
1. Vorlesung der Protokolle. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (zwei Arbeitnehmer und ein Arbeitgeber).
3. Wahl des Rechnungsausschusses.
4. Verschiedenes.
29/32 **Der Vorstand.**

Neu! Petroleum-Glimlicht
Auf jed. Lampe pass. Große Auswahl von Tisch- u. Hängelampen. Echtes Bronzegasronnen 3-flammig, M. 18.50.
W. Krusemark, Berlin SO., 205, Oranienstr. 205. Tel.: Ankl. No. 1039. 5 Proz. Rabatt.
1414L*

Gegründet 1864.
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21, II (Ordonanzhaus.)
Einzelverkauf wie alljährlich nach beendetem Engros-Saison.
Reisemuster bestehend in: **Pelz-Stolas, Kolliers, Muffen etc.** zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntag geöffnet.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Jtr. an.
Industr.-Brikets, Kohlensteine p. Str. 80 Pf. in. Senftenberger Salen-Briketts „Anna“ oder „Marie“ p. Str. 90 Pf. Henckels Werke „85“ „90“ „95“ u. Anh. Marienrube „90“ „95“ „100“ „105“ „110“ in engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz usw. zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu Kohlen.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefern elegante fertige
Herren-Garderoben.
Erwart für Maß.
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidemeister,
Große Frankfurter Str. 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

50/10*
Greift zu! dem Besten
Monats-Anzüge 8,50 Mk. an
Abonnements-Einzüge 9,50 . . .
Monats-Paletots 9
Joppen 5
Partie-Anzüge, frill mit sumerbaren Reßlern . . . 10,50 . . .
Anzüge, Ersatz für Maß 9
Kamm- u. Sol. od. Jacketts 3
Alles auch für torpente Figuren!
Getragene Kleidungsstücke von Kapellieren, Reizenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, als von Hoflieferanten, isoliert billig. 42/15*
Straßenbad-Bergitung!
Bitte **Zentral-Keller**, Berlin, achten **35 Neanderstr. 35**, an der Simeonsstr. u. Stadtbahn Jannowbrücke

Warenhaus **Wilhelm Stein**

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Unser Angebot

Sonnabend, den 28. Oktober für Montag, den 30. Oktober
Montag, den 30. Oktober für Dienstag, den 31. Oktober
solange Vorrat.

Lebensmittel

1 Pfund		5 Pfund	
Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Erbsen, klein	13	60	
Erbsen, Victoria	14	65	
Erbsen, geschält	18	85	
Erbsen, halb	14	65	
Erbsen, grün	14	65	
Bohnen, lange	18	85	

1 Pfund		5 Pfund	
Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Bohnen, klein	16	75	
Linsen, mittel	26	125	
Linsen, groß	30	145	
Linsen, extra groß	36	175	
Gries, gelb	18	85	
Gries, weiß	16	75	

1 Pfund		5 Pfund	
Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Reis, Bruch	14	65	
Reis, Rongoon	17	80	
Reis, Java	22	105	
Reis, Patna	25	115	
Graupen, mittel	17	80	
Graupen, grob	17	80	

1 Pfund		5 Pfund		Pfund
Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Mehl, Diamant	23	105		
Mehl, Budapest	20	90		
Mehl, Kaiser-Auszug	17	75		
Mehl, Weizen 00	14	65		
Haferflocken	23	—		
Reisflocken	25	—		

Gebrannter Kaffee.

Unsere Marken sind der vorzüglichsten Qualität wegen allseits bevorzugt.

Mischung	V	IV	III	II
Pfund	78	90	110	130 Pf.
Frank-Kaffee , bester Kaffee-Zusatz, Paket	—	—	—	17 Pf.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Warenhaus A. Wertheim

ROSENTHALER STRASSE

Erweiterung der Geschäftsräume

Neue Lebensmittel-Abteilung

Verkauf preiswerter Artikel

in allen Abteilungen

Wäschestoffe

Hemdentuch	28, 32, 40 Pf.
Louisianatuch	30, 35, 40 Pf.
Louisianatuch ca. 84 cm breit	45 Pf.
Louisianatuch ca. 130 cm breit	68, 80 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 84 cm	45, 53 Pf.
Bettsatin gestreift, ca. 100 cm	75, 90 Pf.
Bettdamast ca. 84 cm breit	50, 70 Pf.
Bettdamast ca. 130 cm breit	75 Pf., 1.10
Lakendowias ca. 130 cm breit	80 Pf.
Lakendowias ca. 160 cm breit	95 Pf.
Gerauht. Piqué	38, 50, 65 Pf.
Inlet rot, ca. 80 cm breit	65, 80, 95 Pf.
Inlet rot-rosa, ca. 130 cm breit	1.10, 1.20, 1.50

Tischwäsche, Handtücher

Tischtücher, reinleinen, Jacquard, gestümt	
Grösse ca. 115/115	1.30
130/130	1.75
150/150	2.—
175/175	2.80
Servietten, passend, gestümt Dtz.	4.50
Tischtücher, halbleinen, Jacquard, reinweiss gestümt	
Grösse ca. 115/125	1.15
130/130	1.30
150/150	1.55
175/175	1.95
Servietten, passend gestümt Dtz.	3.80
Tischgedeck mit 6 Servietten, reinl. Jacquard gestümt	4.25
Theegedeck m. 6 Servietten, m. Franssen u. bunter Kante	2.10
Kaffeedecke bunt mit Franssen	1.10
Tischläufer m. Franz. u. Durchbruch	65 Pf.
Stubenhandtücher 45/110, Jacquard	4.40
reinkl. Dreif. gestümt u. gebänd.	6.60
Küchenhandtücher Gerstenkorn	3.50
Küchenhandtücher reinl. gestümt und gebändert	4.40
Staubtücher farbig	1.10

Damen-Konfektion

Golf-Cape marengo	6.25 Mk.
Havelock grau meliert	7.25 Mk.
Paletot schwarz Cheviot	5.25 Mk.
Paletot englisch meliert	13.75 Mk.

Schürzen

Tändelschürze mit Franssen	65 Pf.
Weisse Tändelschürze mit Stickerei	65 u. 95
Ecreu Tändelschürze	1.25 Mk.
Schwarze Tändelschürze Panama	1.20
Schwarze Tändelschürze ext.gross	1.60
Tändelschürze schwarz reine Wolle	1.75 extra gross 2.10
Wirtschaftsschürze mit Volant	75 Pf.
Einfarbige Wirtschaftsschürze	95 Pf.
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant	1.15
Wirtschaftsschürze Gingham mit Volant, extra weit	1.50
Wirtschaftsschürze m. Achselbändern	1 Mk. u. 1.50
Reformschürze Gingham	1.90
Reformschürze Köpersatin	2.50
Reform-Hängeschürze Gingham	1.85
Reform-Hängeschürze einfarbig	2.10
Reform-Hängeschürze Cretonne	2.75

Handschuhe

Damen-	
Trikot-Handschuhe einfarbig, Hand gemust.	35 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, 2 Druckkn.	42 Pf.
Trikot-Handschuhe farbig, reine Wolle, Druckk.	65 Pf.
Ringwoods einfarbig, reine Wolle	58 Pf.
Glacé-Handschuhe farbig, 2 Druckknöpfe	95 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe	48 Pf.
Herren-Trikot-Handschuhe m. starkem Füller, Druckverschluss	80 Pf.
Kinder Ringwood-Handschuhe bunt gestrickt, Grösse für ca. 2-3 4-6 Jhr.	25 30 Pf.

Ein Posten:

Reinseid. Krawattenbänder 12 cm breit Mtr. 55 Pf.

Satin-Band in allen Farben ca. 11 cm breit Mtr. 28 Pf.

Reste und Abschnitte in Spitzen-Einsätzen und Galons

zu äusserst billigen Preisen:

Damenwäsche

Taghemden Vorderschluss m. Spitze	1.45
Taghemden Achselschluss m. Spitze	1.55
Taghemden Achselschluss m. Stickerei mit handgestickten Madeira-Passeen	1.70
Taghemden mit handgestickten Madeira-Passeen	1.60
Taghemden mit handgestickten Madeira-Passeen	2.45
Beinkleider Renforcé mit Stickerei	1.25, 1.65
Beinkleider Barchent mit Spitze	1.40
Beinkleider Barchent mit Stickerei	1.50, 2.10
Jacken Barchent mit Besatz	1.55
Jacken Barchent mit Stickerei	2.10
Röcke mit Spitzen reich garniert	3.85, 6.75
Röcke Barchent mit Stickerei	2.15
Röcke Barchent mit Langette	1.60

Korsetts

Gürtelkorsetts grau	1.35, crème 2.20 Mk.
Lila Empirekorsetts	1.45 Mk.
Graue Empirekorsetts	2.65 Mk.
Halbhohes Korsett grau Satin	2.75 Mk.
Langhüftiges Korsett gebümt	3.50 Mk.
Halbhohes Korsett gebümt	3.50 Mk.
Halbhohes Korsett Satin mit Fuchshein	3.85 Mk.
Graues Korsett mit 4 Strumpfhaltern	4.75 Mk.

Knaben-Beinkleider Winter-Cheviot blau 1.25 1.80 Mk.

Knaben-Winter-Joppen mit warmem Futter für ca. 9-14 Jahre 3.75

Knaben-Paletots dunkelgrau gemustert mit Plaidfutter für ca. 3-5 6-9 Jahr 5.75 7 Mk.

Tapiserie

Point lace-Decke	2.10, 2.45, 3.30
Point lace-Läufer	3.85, 4.65
Point lace-Schoner	85 Pf.
Messertaschen fertig	1.15
Ruhekissen mit Volant	60 Pf.
Waschtischgarnitur	1.05
Küchen-Handtuch grauleinen	65 Pf.
Stuben-Handtuch reinleinen	95 Pf.
Läuferstoff Doppelstoff	Meter 60 Pf.
Besenvorhang vorgezeichnet	1.50
Küchentischdecke vorgezeichnet	90 Pf.

Läufer, Decken etc.

Imit. Perser Vorleger	65 Pf., 1.25 Mk.
Linoleumläufer	85 Pf. 1.15 1.40
Linoleumvorleger	Grösse ca. 50/90 45-5 70/90 70/115 85 Pf. 1.20
Schlafzimmer-Garnituren	1 Lamberquin 9.75 Mk. 2 Schals
Leinenplüsch-Garnituren	11.50 18 Mk.
Divandecken zweiseitig	6.75 Mk.
Divandecke persisches Muster	15.50 Mk.
Satin-Steppdecken	4.75 Mk.
Fries-Fensterschützer	2.90 Mk.
Melierte Schlafdecke	3.90, 4.25 Mk.

Gardinen

Engl. Tüllgardinen Fenster	3 Mk., 4 Mk.
Engl. Stores	4.35 Mk.
Lacet-Stores	4.75, 9.25 Mk.
Lacet-Bettdecken	4.50 Mk.
Lacet Brise-bise	2.10 Mk.

Taschentücher

Taschentücher reinleinen gestümt Dtz.	2.80, 3.50
Taschentücher reinleinen-Batist mit Hollesum Dtz.	2.80
Taschentücher Linon gestümt Dtz.	1.60
Taschentücher engl. Batist mit Holz. b. Kante Dtz.	1.90
Taschentücher für Kinder 1/2 Dtz. im Karton	55 Pf.
Taschentücher mit gestickten Buchstaben, Hollesum, bunter Kante 1/2 Dtz. im Karton	1.40

Trikotagen und Strümpfe

Hemden mit Vigogne, 4 Grössen	90 Pf. bis 1.35
Hemden Vigogne	1.90 bis 2.40
Beinkleider mit Vigogne	1.—, 1.10, 1.30
Beinkleider Vigogne m. Ueberschlag	1.55 bis 2.25
Damenröcke, gestreift Barch. m. Volant	1.85
Damenbeinkleider gestreift Barchend	1.55, 1.85
Woll. gestrickte Camisole, Damen	45 Pf.
Zuavenjäckchen	1.50, 2.10
Herrenwesten Wolle plattiert, starke gute Qualität	3.60, 4 Mk., 4.25
Gewebte Damenstrümpfe engl. Länge rein. Woll. ohne Naht	70 Pf.
Gestrickte Damenstrümpfe schwarz, Wolle plattiert	42 u. 65 Pf.
schwarz, reine Wolle Ia. Qual.	1 Mk.
Ein Posten Herrensocken gestrickt, halbwoollen	50 Pf.
Strickwolle plattiert, schwarz oder meliert 1/2 Ko.	1.75 Mk.

Schuhwaren

Herren-Zugstiefel Box-Calf, System Handarbeit	11.50
Herren-Schnürst. Box-Calf, System Handarbeit	11.50
Herren-Schnürst. Lackbesatz System Handarb.	12.—
Herren-Zugstiefel Lackbes. System Handarbeit	11.50
Damen-Schnür- u. Knopfst. Calf	9.50
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel Chrom Kid	7.25, Box-Calf 7.25, Lack 11.50
Damen-Filzschuhe mit Filzsohlen mit Fils- und Ledersohlen	1.15 1.60
Herren-Filzschuhe mit Filzsohlen mit Fils- und Ledersohlen	1.45 1.90
Herren-Pantoffel mit Filzsohlen	95 Pf.
Damen-Pantoffel mit Filzsohlen	75 Pf.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel Grösse ca. 21/24 25/26 27/30 31/35 cm	
Box-Calf	3.25 3.90 5.15 6.15 Mk.
Kinder Knopf- u. Schnürstiefel Grösse ca. 27/30 31/35	
Rossleder	3.90, 4.50 Mk.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

V. Waisenverwaltung und Fürsorgeerziehung.

Die Sorge für eine menschenwürdige Behandlung der Waisen und der durch Staatsgesetz vom 2. Juli 1900 der Gemeinde zur Fürsorgeerziehung überwiehener Pflegekinder hat auch in der Berichtsperiode die sozialdemokratische Fraktion fortlaufend beschäftigt.

Ebenso wenig gelang es den sozialdemokratischen Vertretern im Jahre 1903 bessere Lohnbedingungen für die Kutsher der städtischen Altmotoren zu erlangen.

VI. Arbeiterfrage.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfrage könnte die Stadtgemeinde Berlin Außerordentliches leisten. Sie beschäftigt nicht nur selbst ein großes Heer von Arbeitern, sie vergibt auch eine beträchtliche Anzahl von großen Arbeiten an Privatunternehmer.

Als im Jahre 1902 unsere Vertreter die Mißstände auf den städtischen Bauten in Buch tabellen und verlangten, daß für die dort beschäftigten Maurer, der überwiegenden Mehrzahl nach Berliner, die zwischen Unternehmern und Arbeitern für Berlin festgelegten Arbeitsbedingungen eingehalten würden.

Ebenso wenig gelang es den sozialdemokratischen Vertretern im Jahre 1903 bessere Lohnbedingungen für die Kutsher der städtischen Altmotoren zu erlangen.

nehmer mit seinen Arbeitern abschließt, gar nicht zu machen haben! Es ist den Freisinnigen nicht klar zu machen, daß sie mit diesem Prinzip das schon an sich bedenkliche Submissionswesen völlig in den Dienst des rücksichtslosesten Ausbeutertums stellen, während der anständige Arbeitgeber benachteiligt wird.

Schon im Jahr 1900 war von der Sozialdemokratie angeregt worden, den städtischen Arbeitern einen regelmäßigen Urlaub zu gewähren. Diesen Anregungen gegenüber stellte sich der Magistrat auf einen Standpunkt, den selbst die so überaus zahme „Soziale Praxis“ als „Ausfluß sozialpolitischer Rücksichtslosigkeit“ bezeichnete.

Ein eigenartiges Ding ist es überhaupt mit den Arbeiterausschüssen; berichtet doch die Parkverwaltung noch unter dem 18. November 1901: „Das Petitionsrecht ist von den bei unserer Verwaltung Beschäftigten schon mehrmals auch mit Erfolg wahrgenommen worden.“

Auch dieser Abschnitt unseres Berichtes lehrt das eine, daß jeder Freund des Kulturfortschrittes bei den kommenden Wahlen für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen muß.

Es sollen ferner zum Ziel haben, die Interessen der Arbeitgeber durch die Wahl einer möglichst großen Anzahl geeigneter Vertreter in die städtischen Kollegien besser vertreten zu sehen.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück. Aus Duisburg wird amtlich gemeldet: Auf dem Bahnhofe Duisburg fuhr Freitag morgen 6 Uhr 30 Minuten infolge falscher Blockbedienung der Schnellzug 96 (Hamburg-Köln) auf den im Bahnhofe haltenden Schnellzug 196 (Oberhausen-Nachen) auf, wobei die zwei letzten Wagen des Zuges 196 ineinandergeschoben wurden.

Schiffsunfälle. Nach einer Drahtmeldung aus Havre ist die Bark „Marguerite Marie“ aus Boulogne für Mer gleichzeitig mit dem Segelschiff „Gambetta“ in der Nähe der Doggerbank mit seiner aus 21 Mann bestehenden Besatzung untergegangen.

Die Engländerin in Hamburg? In den letzten Tagen brachten viele Blätter eine sensationell zugespitzte Notiz, wonach eine in Hamburg-Parusied wohnende Dechamme, Inhaberin einer Privat-Entbindungsanstalt, sich der Engelmadererei schuldig gemacht haben soll.

Der Professor Beer wurde vorgestern in Wien wegen Verleitung zur Unruhm zu drei Monaten einfachen Kerker verurteilt. Der Verteidiger hat gegen das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Ein Verfallsunfall auf einem Neubau in Leipzig-Neustadt brachte am Mittwoch kurz nach der Mittagspause das Leben mehrerer Maurer und Bauarbeiter in schwere Gefahr.

Goethe im Kaiserentem. Aus Stragburg i. E. berichtet die „Stragburger Post“: Wie bekannt, werden in der Rekrutenzeit die jungen Mannschaften von ihren Unteroffizieren in der Stadt herumgeführt, wobei ihnen die Sebnenmächtigkeiten gezeigt und erklärt werden.

In Neapel Hungers gestorben ist am Dienstag ein 84 jähriger Mann, Luigi di Costanzo, der seit mehreren Tagen von einem Krankenhaus zum andern gewandert war, um ein Stück Brot und ein letztes Lager zu finden.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen! Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8304. Verkaufsniederlagen: Prinzenstraße 30, Madaisstraße 22, Landsbergerstraße 52-53.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 28. Oktober.

Spernhaus. Der schwarze Domino. Schanzelhaus. König Richard der Dritte.

Neues. Ein Sommernachtstraum. Weken. Der Opernball.

Deutsches. Das Räthchen von Heilbronn.

Berliner. Kean.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Flachsmann als Erzieher.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Säbliches Theater.) Der Traum ein Leben.

Leitung. Stein unter Steinen. Zentral. Für indischen Blitoe.

Nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell. Weibenz. Der Prinzgemahl.

Kleines. Hdalla. Trianon. Madame Torera.

Schauspielhaus. Der Familientag. Thalia. Bis ich um Ränke!

Carl Weisk. Anna He. Zissen. Das Erbe.

Deutsches Amerikanisches. Wer, Herr Herzog!

Metropol. Auf - ins Metropol! Kasino. Der Abelsnarr.

Elyso. Frau Luna. - Spezialitäten.

Walhalla. Eine tolle Nacht. Herrnsfeld. Die Neuerbau's.

Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tangel. - Spezialitäten.

Folies Caprices. Nach dem Japansreich. Soll und Haben. - Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Paola. Robert Koppel. Georg und Gusti Edler.

Urania. Lindenstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Am Hofsaal: Dr. Donath: Die chemischen Stromwirkungen.

Sternwarte. Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.

Kean.

Zustpiel in 5 Akten a. d. Französischen des Aler. Dumak.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag nachm. u. abends: Kean.

Montag: Andalusien.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Ein Sommernachtstraum.

Morgen u. folgende Tage:

Ein Sommernachtstraum.

Sonntag nachm. u. abends: Kean.

Kleines Theater.

Zum erstmalig:

Das vierte Gebot.

Vollständig in 4 Akten v. L. Klingenscher.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag nachm. 8 Uhr: Die Lore.

Hierauf: Der zerbrochene Krug. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

Zentral-Theater.

Zwei Vorstellungen.

3. 4. Klassikervorstellung. Kleine Preise.

Wihelm Tell.

Schüler zahlen auf allen Plätzen 60 Pf.

Indische Witwe.

täglich in 3 Akten v. César Strauch.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Gelaba.

Abends 7 1/2 Uhr: Indische Witwe.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Das Erbe.

Sonntag nachm.: Die Kinder der Erziehung. Abends: Diphelo.

Montag: Foch-Schilje.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.

Direktion: Richard Schultz.

Heute und folgende Tage:

Eine tolle Nacht.

Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.

Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Madame Torera

(Madame L'ordonnance).

Schwanz in 3 Akten v. Jules Chancel.

Deusch von Max Schoenau.

Anfang 8 Uhr.

In Vorbereitung:

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Heute Sonnabend zum erstmalig:

Abends 8 Uhr:

Der Prinzgemahl.

Zustpiel in 3 Akten von L. Kausel

und J. Chancel.

Morgen und folgende Tage: Der Prinzgemahl.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Herkules spielen.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:

Im Lande der Mitternachtssonne.

Hörtsaal 8 Uhr: Dr. Donath:

Die chemischen Stromwirkungen.

Sternwarte

Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 105.

Joëls Traum.

!! Pompeji !!

Die Ehre des Vaters!

Restaurant: Dresdenor Sänger.

Apollo-Theater.

Täglich 9 1/2 Uhr

unter persönl. Leitung v. Paul Lincko

Frau Luna

und die Oktober-Spezialitäten.

Sonntag, 29. Oktober, nachm. 3 Uhr:

Frühlingsluft

und Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr

zum 50. Male:

Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz

in 9 Bildern v. Jul. Freund.

Musik von Viktor Hollander.

Dirigent Kapellmeister Max Roth.

In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Richard Schultz.

Richard Schultz.

Walden a. D. × Mib Clifford a. D.

Bender × Giampietro

Josephi × Massary × Frid-Frid

Steidl × Lilly Walter.

Rauchen in all. Räumen gestattet.

Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Der Familientag.

Kasino-Theater

Vofbringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Das Opferlamm.

Schwanz in 3 Akten von Wallzer

und Stein.

Vorher: Im Spreewald. Operette.

Der berühmte Kapitän Martens etc.

Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.

Mittwoch, den 1. November cr.:

Große internationale Ringkampfkonkurrenz

Preise in bar

5000 Mark.

Außerdem dem Sieger die große goldene Medaille.

(Näheres die Plakate.)

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Domänenstr. 10.

Stiftungs-Fest

des Athletenvereins Atlas.

Sonntag:

Das Räthchen v. Heilbronn.

Nst. Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Meist.

Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Passage-Theater.

Anfang abends 8, nachm. 5 Uhr.

Robert Koppel

in seinem neuen Repertoire.

Georg u. Gusti Edler

in ihrer Alpenzene.

Gewöhnliche Preise:

Drah-Loge 4 M., Terrass 3 M.,

Ordn. 2 M., Parkett 1 M.,

1.50 M., Parkett 1 M., Entree 50 Pf.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpnickerstr. 67.

Zum Jeden Abend 8 Uhr!

Gastspiel Ad. Philipp

57. ABER!

Male: Herr Herzog

Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Halbe Preise!

„Ueber'n großen Teich.“

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Sonntag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.

Romdie in drei Aufzügen von Otto Ernst.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.

Sonntag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.

Montag, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Sonntag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.

Montag, abends 8 Uhr: Zum erstmalig: Der Veilchenfresser.

Buggenhagen, Moritzplatz.

Inhaber Otto Ackermann.

Täglich (vom 26. Okt. bis 8. Nov.):

Gr. Münchener Kellerfest

Festzelt: Schorsch Ehrengruber mit seinen Original-

Oberbäckern.

Außerdem: Gottschalk-Konzert. Anfang 7 Uhr.

Sonntag und Donnerstag im Kaiserkafe: Steidl-Sänger.



Sonntag und Donnerstag im Kaiserkafe: Steidl-Sänger.

XL Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Größte Attraktion der Welt!

Sensationell! Sensationell!

Der Kanonenkönig!

Schön eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz

schwersten Kalibers.

Nur noch 5 Tage.

Die Helden vom Yalu u. Port Arthur

Japanische Infanterie.

4 Soeurs Athletes.

Zum 39. Male:

Mexiko.

Große Ausstattungs-Pantomime

aus dem mexikanischen Pflanzenleben.

Avis! Sonntag in beiden Vor-

stellungen, nachm. 4 u. abends 7 1/2

Uhr: Mexiko. Der Kanonenkönig.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.

Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung

Roskappchen.

Abends 8 Uhr:

Anne-Liese oder: Soldatenglück.

Morgen und folgende Tage: In

Berlin ist was los.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 68.

Heute: Gekochten.

Morgen Sonntag, den 29. Oktober,

nachmittags 3 Uhr:

Vom Chron zum Schafott.

Vollständige Preise.

Abends 7 Uhr:

Badeabenteuer.

Vorverkauf vormittags von 10-1 Uhr.

In Vorbereitung: Gewonnene Herzen.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater

132 Lindenstr. 132

Ecke Friedrichstraße.

Nach dem Zapfenreich.

Vorher: Soll und Haben

u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenentell.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf täglich b. A. Werthelm

und an der Tageskasse v. 10 Uhr

vormittags an.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.

Jeden Sonntag, Montag,

Wittwoch:

Rouge, Theater u. Spezialitäten

mit darauffolgendem Tanz.

Anfang Sonntag 5 Uhr.

Wochentags 8 Uhr.

Gebüder

Herrnsfeld-Theater.

Nur noch wenige Tage!

Die Meyerhains.

Romdie in drei Akten mit den

Autoren

Anton und Donat Herrnsfeld

in den Hauptrollen.

In Vorbereitung:

Familientag

im Hause Prellstein.

Romdie in 3 Akten von

Anton und Donat Herrnsfeld.

Anfang 8 Uhr.

Vorher: 11-2 Uhr Theaterkaffe.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater

Frankfurter- Allee 85.

Saisonschlager!

Die Schlägtermeisterin als

Schauspielerin

oder: Skandal in Theater.

Große Vofle

und 20 Spezialitäten-Nummern.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präpfe 7 1/2 Uhr:

Sechste Grande Solrée High Life.

Gala-Programm. Neue Debüts. Fencer

Real Jan 1. Male in Deutschland!

Der berühmte Tischtennistener

Arkadia.

vom Leib-Regiment des Jaren.

Reu! Die größte Sensation b. Gegen-

wart! Die

9 heiligen Chunchusen

Zauberer und Gaukler aus Mukden.

Reu und phänomenal! Die

Javaner-Truppe.

Grotesquellustspiel aus Java.

Frères John u. Louis Boller

mit ihren hier noch nicht gefeierten

Vor- und Rückwärts-Saltomortali

mit dem Zweirad.

Das einzig existierende einen halben

Saltomortale schlagende Pferd.

Zum Schluss: Kolossal Erfolg!

Der Tag des

Englischen Derby.

Sonntag: 2 Post., nachm. 3 1/2 Uhr

Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe

S. Weissenberg

Große Frankfurterstr. 126

Eckhaus Koppensstraße.

Neue Damen-Kleiderstoffe für Herbst u. Winter 1905-1906

Hervorragend billiges Sonder-Angebot.

Neue Kostümstoffe mit angewebtem Futter für Kostüme und faulfele Röcke, 130 cm breit Mtr. 1.85—3.00
 Neue englische Noppenstoffe für praktische Straßenkleider, doppelt-breit Mtr. 0.75—1.50
 Einfarbige Satintuche u. Lastings, reine Wolle in d. schönst. Farben, auch schwarz, 110 cm breit, Mtr. 1.45—2.50
 Reinwollene Cheviots, schwere Qualität, in allen Farben Mtr. 0.75—1.35
 Neue Jacquard- u. Broche-Gewebe für Ball- u. Gesellschaftskleider in Wolle u. Halbseide Mtr. 0.90—2.25

Neue Schotten u. Phantasiemuster für Blusen- und Kinderkleider, doppelt breit, Mtr. 0.85—1.50
 Gestreifte und karierte Blusen-Samte in moderner Muster-pressung Mtr. 1.25—2.50
 Reinseidene karierte u. gestreifte Blusenstoffe in den schönsten Farbenstellung. Mtr. 1.55—2.75
 Reinseidene Chinés in entrückenden Farbenstellungen Mtr. 1.85—3.00
 Reinseidene Louisine und Messaline in allen Farben Mtr. 1.45—2.00

Halbfertige Roben in Japon, Voile und Seiden-Batist M. 8.00—25.00

Ein Posten Blusen in allen Größen Stück M. 1.65, 2.50—3.50

Ein großer wollener Tuch-Unterröcke mit reicher Garnierung M. 1.95, 2.50—4.50

Ein Posten Sportröcke mit reicher Garnierung Stück M. 3.85

Wohlfeile Hauskleiderstoffe in jeder Geschmacksrichtung pr. Mtr. 35, 45, 55—85 Pf.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

M. Schulmeister

Schneidermeister

Berlin SO., Dresdener-
 am Kottbuser Tor.

Spezial-Haus
 feiner

Herren- und Knaben-
 Garderobe

fertig und nach Maß.

Elegante

Winter-Paletots von Mk. 18 50
 Jackett-Anzüge „ 17 50
 Rock-Anzüge „ 26 —
 Gehrock-Anzüge „ 32 50
 Loden-Joppen „ 6 —

Berufskleidung für alle Gewerke.
 Nur eigene Konfektion.



Nur
 neueste
 Moden.

Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues
 moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Straße 48, 1 Treppe,
 drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50,
 mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine
 Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
 Sonntags geöffnet. 45762

Ausverkauf

wegen Umbau und Vergrößerung
 meiner Geschäftsräume.

Hüte — Schirme — Mützen — Pelzwaren
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 45792

Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.

Andreas-Festsäle,

Inhaber:
 Fritz Walter.

Andreasstraße 21.

Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs die ergebene
 Mitteilung, daß ich selbige Säle am 1. Oktober übernommen
 habe, stelle sie Ihnen zur Abhaltung von Festlichkeiten und
 Versammlungen unter günstigen Bedingungen zur Ver-
 fügung. Um regen Zuspruch bitte
 Fritz Walter.

Gesund und Richtig
 sind
 warm gefütterte Loden-Joppen 5.50, 7.50,
 bis 24 M.
 Winter-Paletots 12.50, 17.—, 21.—, 27.—,
 35.—, 42.— bis 65.— M.
 bei
Esders & Dyckhoff
 4837L* Oranienstr. 48. Leipzigerstr. 50a.
 Enorme Auswahl. Außerst billige
 Coulaute Bedienung. aber feste Preise.
 Vorzügliche Arbeit und Ausführung, fertig und nach Maß.

Eine Mark
 wöchentl. Teilzahlung
 liefert elegante, fertige
Herren-Moden.
 Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
 feinste Verarbeitung
 Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitz-Brücke 1, I.
 Direkt
 am Bahnhof.
 Kein Waren-Kredithaus.

Stiefe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an
 Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.
 Alles bis zu den feinsten Haarfilzqualitäten in sehr grosser Auswahl.
 Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. clagues etc.

Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.
 Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten

Oscar Arnold
 Grösstes Special-Geschäft
 Engros für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export
 kein Laden
 nur **Dresdenerstr. 116**
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

4525L*
Gelegenheits-Partie
Gardinen
 abgepaßte Fenster,
 weiß und creme
 Schallänge pro M. 250
 3 Mtr. Patr.
 Schallänge pro M. 335
 3.20 Mtr. Patr.
 Imit. Point-lace-
 Gardinen, pr. Patr. M. 585
 Eleg. Sezessions-
 Tüll-Stores M. 185
 Gestickte echte
 Spachtel-Stores M. 600
 Goldfarb. reich-
 gestickte
 Band-Stores M. 485
 Tüllbett-Gr. 180/220
 decken cm M. 235
 Reichgest. Erbs-
 tüllbettdecken M. 635
 Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158
 Nach answärts per Nachnahme
Gardinen-
 Katal. m. ca. 600 Abbildungen
 gratis und franko.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 60.
 — Soeben ist erschienen: —
Illustrierter Neue
Welt-Kalender
 für das Jahr 1906
 Dreißigster Jahrgang
 Inhalts-Verzeichnis
 Kalendarium — Postwesen — Be-
 achtenswerte Adressen — Statisti-
 sches — Rückblick — Messen und
 Märkte — Im Kreislauf des Jahres
 — Villa Wanda. Von E. Brezang
 (mit Illustrationen) — Großstadt-
 Frühling. Gedicht von Ludw. Velsen
 — Unsere Forderungen an die
 Schule. Von Heimr. Schulz — Vom
 gesunden und kranken Magen. Von
 Dr. A. Silberstein (mit Illustration)
 — Sprüche — Der Friedensbote.
 Ein Silberstermännchen von Maria
 Müller — Josef Schou und die
 Arbeiter-Gesangsvereine. Von h. v.
 (mit Porträt) — Ein waltender
 Schuhknecht im 17. Jahrhundert.
 Von Alois Ad. — Unsere Boeren-
 strücker und ihre Kultur. Von
 Sturt Grottelsh (mit Abbild.) —
 Wächter-Gesang. Gedicht von
 Robert Seidel — Sein Sieg. Erz-
 zählung von Wilh. Holzamer (mit
 Illustrationen) — Die erste Million.
 Von H. v. Ein — Südwestafrika.
 Von H. Südekum (mit Illustration)
 — Abschied. Gedicht von
 E. Brezang — Die Anfänge der
 proletarischen Frauenbewegung in
 Deutschland. Von Maria Zetlin —
 Die Revolution in Russland. Von
 Wilhelm Dies (mit Illustrationen)
 — Unsere Toten (mit Porträts) —
 Fliegende Blätter — Der höhere
 Gesichtspunkt. Von Wilh. Schröder
 — Für unsere Rästel-Vögel —
 Trächtigkeit- und Heilte-Kalender.
 Hierzu vier Bilder:
 Der Bauer — Sonnlagrube —
 Reiche Beute — Am Ort der Tat —
 Ein Dreifarbenbrud auf Kunst-
 druckpapier: Ein lustiges Lied —
 Ein Wandkalender
 Preis: 40 Pfennig.
 Bei Einzelbezug bitten wir
 um Einsendung des Betrages
 nebst 10 Pf. für Porto.

1 Posten Anzüge von 8,00 an
 1 „ Hosen „ 2,00 an
 1 „ Winterpaletots 8,00 an
 für jede Figur passend.
Ph. Anstreicher
 Gitschinerstr. 82 an der Branden-
 burgstraße.
 Fahrgeld wird vergütet.
Hüte und Mützen
 für Herren und Knaben.
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
 Landsbergerstr. 90, 1 Trepp
 rechts.

Pianino, 70 bis 130 M., zum Verkau.
 kauft Dietrich, Gerichtstr. 32.
 Pianino, 70 bis 100 M., kauft Gericht-
 strage 32, Dietrich.



Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg, Wahlverein. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Volksst. Rosenstr. 3. — Jeden 2. Mittwoch im Monat Zahlabend: I. Bezirk bei Baasche, Potsdamerstr. 44; II. Bezirk bei Bode, Kehringsstr. 25; III. Bezirk bei Fuhrmann, Kaffeehändlerstr. 45c; IIIa. Bezirk im Volksst. Rosenstr. 3; IIIb. Bezirk bei Kai, Denabroderstr. 4; IIIc. Bezirk bei Lindstadt, Frosmsstr. 5; IV. Bezirk bei Dörre, Balfstr. 10; V. Bezirk bei Baer, Seifenbeimerstr. 11; VI. Bezirk bei Mertens, Krumme Str. 46; VII. Bezirk bei Großhuder, Wielandstr. 4; VIII. Bezirk bei Campowiss, Alessstr. 15. — Vorsitzender: Paul Schmidt, Mühlentstraße 12, Luergeh. I. Kassierer: Emil Müller, Rosenstr. 3.

Charlottenburg, V. Bezirk. Die Genossen werden hiermit ersucht, am Sonntag, den 29. Oktober, morgens 9 Uhr, im Bezirkslokal zur Entgegennahme der Mitgliedsbücher zu erscheinen. Ferner werden die Genossen auf das am diesem Sonntag stattfindende Bezirksversammlungs aufmerksam gemacht. Der Bezirksführer.

VI. Bezirk. Sonntag früh 8 Uhr: Morgensprache bei Mertens, Krumme Str. 46.

Schöneberg. Am Dienstag findet im Obfischen Saale eine öffentliche Wählerversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil: „Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung“.

Teltow. Sonntag vormittag 10 Uhr wird am Grabe des verstorbenen Genossen Karl Prochnow vom hiesigen Wahlverein ein Kranz niedergelegt. Sammelpunkt bei Dery. Starke Beteiligung wünscht der Vorstand.

Lichtenberg. Sonntag, den 29. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung zur Agitation für den „Vorwärts“ statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in den bekannten Bezirkslokale einzufinden.

Kladow. Sonntag vormittag 8 Uhr findet Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt bei den Bezirksführern und im Lokal von R. Bager, Oldemarsstr. 10.

Grünau. Am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Duchaufour, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Genosse Bromke über: „Die Ausbreitung in der Elektro-Industrie und was lehrt uns dieselbe?“ spricht. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Wahlgemeinschaften. Alle die Genossen, welche noch Sammellisten für die ausgesperrten Arbeiter in der Elektro-Industrie in Händen haben, werden dringend ersucht, dieselben heute vormittag von 10-12 Uhr oder nachmittags von 4-6 Uhr in meiner Wohnung, Neue Bahnhofsstr. 32, Hof II, abzugeben. Etwaige leere Listen sind unverzüglich zurückzugeben. Gewerkschaftsamt Charlottenburg, Karl Bräutigam.

Treptow - Baumfchulenweg. Morgen Sonntag, findet eine „Vorwärts“-Agitation statt. Treffpunkt früh 9 1/2 Uhr in den Bezirkslokale. 1. Bezirk bei Schäfer, Baumfchulenstr. 7; 2. Bezirk bei Christ, Marienbaderstr. 18; 3. Bezirk bei Rischke, Baumfchulenstr. 84/85; 4. Bezirk bei Kleinamager, Baumfchulenstr. 67. Für Treptow bei Schmidt, Rischkestr. 22. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß die Bibliothek jeden Sonnabendabend von 8 1/2-10 Uhr bei Christ, Marienbaderstr. 18, für die Mitglieder zur Benutzung geöffnet ist. Der Vorstand.

Treptow-Baumfchulenweg. Die Bibliothek und die Bibliothek für den Bezirk Treptow befindet sich bei Gramann, Rischkestr. 12. Die Bücherausgabe erfolgt an Mitglieder unentgeltlich. Die Parteipredigt ist Eisenstr. 37, u. III links.

Neuenhagen (Ostbahn). Für die am Sonntag, den 5. November, stattfindende Wählerversammlung findet am Sonntag, den 29. Oktober, eine Handzettelverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal von Aug. Wänke einzufinden zwecks Empfangnahme des Materials und der Touren. Der Vorstand.

Pankow. Am 1. November, abends 8 1/2 Uhr, ist eine öffentliche Versammlung im Ranegelschen Lokal, Kaiser Friedrichstr. 12, in der Genosse Freiwald über „Wem sind wir politisch“ referieren wird. Morgen, Sonntag, ist hierzu Flugblattverbreitung; Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Gröf, Kaiser Friedrichstr. 15. Zahlreiche Beteiligung wird bestimmt erwartet.

Mühlenb. Wahlverein. Morgen nachmittag 5 Uhr ist die außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthof „Der Sonne“. Tagesordnung: Vortrag des Genossen J. A. J. über „Partei und Gewerkschaft“. Diskussion: Bericht aus der Gemeindeverwaltung. Vereinsangelegenheiten. Der Bericht der Versammlung ist allen Mitgliedern dringend zu empfehlen.

Spandau. Auf die Flugblattverbreitung am Sonntag werden die Genossen nochmals aufmerksam gemacht und zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert. Treffen in den Bezirkslokale.

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg. In einer öffentlichen Versammlung für den 1. und 2. Bezirk, die am 25. d. M. in der Kaiser Friedrichstr. bei Schulz stattfand, referierte Genosse Dr. S. über die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden, zu denen energischer Vertiefung ein immer häufigeres Eindringen unserer Genossen in die städtischen Körperschaften dringend notwendig ist. In kurzen Ansprachen wiesen die Kandidaten, Genosse Fleming (I. Bezirk) und Genosse Lied (2. Bezirk) auf das volkstümliche Treiben der Liberalen im Rathaus hin. In der anschließenden Diskussion kennzeichneten die Genossen Dopyralski und Dr. Borchardt die gemeinschaftliche Bodenpolitik, die in Charlottenburg jetzt in erhöhtem Maße betrieben wird und die den einmütigen lauten Widerspruch der gesamten Bevölkerung hervorruft. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Wenzel, betonte nachdrücklich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter

in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen; die Wahl am 6. November müsse ein deutliches Wahrzeichen vom Vordringen der sozialistischen Ideen werden. Die Gegner machen außerordentlich Anstrengungen, um uns namentlich den 1. Bezirk und damit den Genossen Baale zu entreißen. Es wäre dies ein unerwünschter Verlust für die Partei in Charlottenburg, den wir unter allen Umständen vermeiden müssen. Doch es gibt nicht nur Erhaltung dessen, was wir haben, sondern unaufhaltsames Vordrängen.

Schöneberg.

Sur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg. Arbeiter, Parteigenossen! Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Wahltag. Am kommenden Donnerstag haben die Wähler der dritten Abteilung zu entscheiden, ob die zur Wahl stehenden Mandate der dritten Abteilung noch fernehin zum Besitz der Sozialdemokratie übergeben sollen. Schon das ungerade Dreifachwahlrecht, der Stützpunkt der bürgerlichen Parteien, müßte einen jeden der Arbeiterklasse angehörenden Mann zu der Erkenntnis bringen, daß es eine Ehrenpflicht für ihn ist, sein Teil mit dazu beizutragen, damit mindestens die Mandate der dritten Abteilung der Sozialdemokratie gehören. Auch wer seinen Blick auf das bisherige Verhalten der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament richtet, die fast ausschließlich aus Hausbesitzern besteht, und sieht, wie diese Mehrheit in jeder Beziehung bestrebt ist, die kommunalen Verhältnisse unserer Stadt ganz den Wünschen der wohlhabenden und reichen Leute anzupassen, und wie die Pflichten gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung stets immer hintenangestellt werden, der muß zu der Überzeugung gelangen, daß diesem Treiben der bürgerlichen Mehrheit eine kräftige, zielbare Opposition seitens der Sozialdemokratie entgegengesetzt werden muß.

Es ist deshalb die Pflicht eines jeden aufgeklärten Arbeiters, dafür zu sorgen, daß am kommenden Donnerstag die Kandidaten der Sozialdemokratie nicht nur gewählt werden, sondern auch eine möglichst große Stimmenzahl auf sich vereinigen und daß Stichwahlen auf jeden Fall vermieden werden. Aus also ein jeder in den wenigen Tagen noch seine Schuldigkeit und stelle sich bei den zu verachtenden Parteiarbeiten zur Verfügung. Jeder Sämige muß aufgerichtet werden.

Die bürgerlichen Parteien, die den schärfsten Wunsch hatten, und geschloßen gegenüberzutreten, sind wegen der Kandidatenfrage in Differenzen geraten. Wie dürfen uns jedoch keinen Täuschungen hingeben und die Kräfte unserer Gegner unterschätzen. Nur wenn die Arbeiterschaft am Wahltag voll und ganz auf dem Posten ist, wird es uns gelingen, den Sieg davonzutragen. Die Wahl findet statt

Donnerstag, den 2. November.

- von vormittags 11 bis abends 8 Uhr. Wahlberechtigt sind alle, die in der im August d. J. aufgestellten Wählerliste verzeichnet stehen, auch wenn sie nach dieser Zeit verzogen sind. Als Legitimation benutze man die vom Magistrat zugesandte Wählerkarte oder Steuerzettel, Militärapapier usw. Nachstehend geben wir die zur Wahl stehenden Bezirke mit den betreffenden Wahllokale und Namen der sozialdemokratischen Kandidaten bekannt.
- 3. Bezirk: Gleditschstr. 1-21, Golystraße, Brunenwaldstr. 12-16 und 106-130. Wahllokal: Turnhalle der 2. Gemeindefchule, Ruffhäuserstr. 23. Kandidat: Mechaniker Richard Gabriel.
 - 5. Bezirk: Belgierstraße, Erfurterstraße, Hauptstr. 23-135, Gehlstraße, Robergerstraße und Mühlenstraße. Wahllokal: Turnhalle der Knaben-Mittelschule, Mühlenstr. 16. Kandidat: Maurer Gustav Däumig.
 - 6. Bezirk: Bohnstraße, Erdmannstraße, Großgörschenstr. 1-20a, Hauptstr. 1-22b und 130-133, Helmstraße, Kaiser Friedrichstraße, Neue Kaufstraße, Neue Steinmehstraße und Studenrauchstraße. Wahllokal: Restaurant „Zindepark“, Hauptstr. 16. Kandidat: Restaurateur Ernst Doh.
 - 7. Bezirk: Brunhildstraße, Gehlerstraße, Hohenfriedbergstraße, Kolumenstraße, Arienhilfsstraße, Monumentenstr. 1, Siegfriedstraße und Straße 20a. Wahllokal: Turnhalle der 4. Gemeindefchule, Kolonnenstr. 23. Kandidat: Restaurateur Ernst Doh.
 - 10. Bezirk: Bahnhofsstraße, Weckerstraße, Wedagstraße, Wemigensstraße 3-34, Canovastraße, Kranaststraße, Dürerplatz, Fregestr. 1-24 und 55-84, Friedenauerstraße, Hänelstr. 3-18, Hauptstraße, Hedwigstraße 1-17, Dolbenstraße, Annaststraße, Mariendorfer Weg, Wenzelstraße, Peter Wilderstraße, Priesterweg, Rembrandtstraße, Rudensstraße, Saarstr. 11-13, Spohnholzstraße, Sielerstraße, Tempelhofweg, Thorenwaldenstr. 1-10, Wielandstraße. Wahllokal: Turnhalle der 8. Gemeindefchule, Rudensstraße. Kandidat: Schuhbinder Erich Reich und Restaurateur Ernst Doh.

Nixdorf.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, abgehalten am Mittwoch, den 25. d. M., im Gropes Festloale, besetzte sich mit der Fortsetzung der Beratung des Organisationsstatuts für Groß-Vorort. Zunächst wurde ein im letzten Bericht des „Vorwärts“ enthaltener Druckfehler, betreffend die Abwesenheitszahl des Parteiorgans am Orte, richtig gestellt. Es sind nicht, wie irrthümlich angegeben, 5900, sondern 6300 Abkommen am Orte zu verzeichnen. Seitens eines Genossen war ein vollständig ausgearbeiteter Gegenentwurf, der auf lokalistischer Grundlage aufgebaut war, der Generalversammlung zur Beratung bezw. Annahme überreicht worden; da der Antragsteller jedoch selbst nicht erschienen, die Zeit übrigens derartig vorgeschritten war, daß an eine vollständige Neubearbeitung nicht mehr gedacht werden konnte, wurde, nachdem sich einige Redner gegen den Entwurf geäußert hatten, Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Man trat nunmehr in die Beratung der seitens der einzelnen Bezirke gestellten Änderungsanträge ein. Zu § 3 Absatz 3 stellt und begründet Hoffmeister einen Antrag, an Stelle der Worte „der Vorstand bildet aus seiner Mitte“ zu setzen „die Generalversammlung wählt aus ihrer Mitte“. Dieser Antrag wurde jedoch, nachdem Conrad, Seemann, Mäntner und andere sich dagegen wandten und darauf hinwiesen, daß ja der § 4 schon vor Nixdorf schärfe, abgelehnt. Zu § 3 Absatz 4 wird beschlossen, an Stelle von fünf Beisitzern deren sechs zu wählen, um zu veranlassen, daß der Vorstand nicht wie gepl. aus 14, sondern

aus 15 Personen besteht. Zu § 5, welcher besagt, daß auf je fünfzig Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung zu wählen sei, liegen zwei Anträge, und zwar vom 11. Bezirk, welcher 100 Mitglieder, und vom 9. Bezirk, welcher 150 Mitglieder zur Berechnung der Delegiertenzahl vorschlägt. Nach längerer Debatte wird der Antrag des 11. Bezirks angenommen. Zu § 5 Abs. II wird ein Antrag, „Sich und Sitname haben nur die Delegierten“, von Hoffmeister begründet, von der Versammlung jedoch abgelehnt.

Zu § 6 Abs. V beantragt der Bezirk 7a eine Abänderung dahingehend, daß etwaige beidote Stellen nicht durch Wahl, sondern durch Ausschreibung erledigt werden sollen. Dieser Antrag wird gleichfalls abgelehnt.

Eine längere Debatte entspann sich über den § 7. Hierzu lagen zwei Anträge und zwar vom 2. und 11. Bezirk vor, beide dahingehend, den einzelnen Kreiswahlvereinen selbst zu überlassen, wie dieselben die Bezirks-einteilung am besten und praktischsten gestalten wollen. Zirkel tritt dafür ein, nicht eine allgemeine Schablone für diese Einteilung festzustellen, sondern in dieser Frage sich vollkommen freie Hand zu lassen. Nachdem noch mehrere Redner in diesem Sinne gesprochen hatten, wurden die Anträge des 2. und 11. Bezirks angenommen.

Die §§ 9 und 10 werden, da sie sachlich zusammenhängen, gemeinsam diskutiert. Der Bezirk 7a beantragt, den Jahresbericht jedem Mitgliede, der Bezirk 8 beantragt, jedem Zahlabendbesucher anzuschließen. Die gleichen Anträge liegen bezüglich des § 10 (Korrespondenzblatt) vor. Nachdem Heinrich die vorzuschlägliche Gestaltung des Korrespondenzblattes geschildert hatte, wird beschlossen: Der Jahresbericht ist jedem Mitgliede, das Korrespondenzblatt nur, wie im Entwurfe vorgeschlagen, den Bezirks- und Gruppenführern und sonstigen Funktionären zu liefern. Hiermit war die Beratung erloscht; weitere Anträge lagen nicht vor und wurde das Statut mit den beschloffenen Abänderungen in der Gesamt-abstimmung einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde, da der „Vorwärts“ einen eingehenden Bericht über die Provinzialkonferenz gebracht hatte, hierdurch für erledigt angesehen.

Der Vorsitzende machte auf die am 20. November stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam, wofür die Delegierten von 65 Pfg. inkl. Garderobe sind bei den Bezirksführern zu haben.

Unter Vereinsangelegenheiten wurden, dem neuen Statut Rechnung tragend, zehn Genossen dem Zentralvorstand zum Ausschluß überwiesen. Eine längere Debatte knüpfte sich an den beantragten Ausschluß der beiden Wajwirts Ködler, Wejerstraße, und Terber, Rottbuler Damm; nachdem von verschiedenen Rednern das Gebahren dieser Herren ins rechte Licht gerückt worden war und damit der Beweis erbracht war, daß dieselben nicht in unseren Wahlvereine gehören, wurde auch ihr Ausschluß bei dem Parteivorstande beantragt.

Genosse Goddahn machte auf die Lichtbildervorträge, die von der freireligiösen Gemeinde veranstaltet werden, im Interesse der noch leider so notwendigen Volksaufklärung aufmerksam. Genosse Hoffmann wünscht, daß unser Ort — als der größte und talfräftigste Parteiorst von Berlin — seiner Bedeutung entsprechend im „Vorort“ mehr berücksichtigt werden möge, dem auch allgemein zugestimmt wurde. (Dieser Wunsch kann nur durch die regere Mitarbeit und Berichterstattung der Nixdorfer Genossen erfüllt werden. Die Red.)

Wahllothe Hausbesitzer. Von einem eigenartigen Wähllothe wird aus Nixdorf berichtet. Dasselbst sind im Haus- und Grundbesitzer-Verein bei Beschaffung einer Klagefchule Klagen entstanden, durch die sich die Nixdorfer Rechtsanwälte in ihrer Gesamtheit verliert hielten. Seitens der Anwälte wurde der Verein daraufhin stillschweigend boykottiert, und als die Nixdorfer Hausbesitzer für ihre Organisation einen Vereinsklub besetzen wollten, lehnten sämtliche Nixdorfer Rechtsanwälte, denen das Amt angetragen wurde, dessen Uebernahme kategorisch ab. Der Vorstand sah sich insofern veranlaßt, drei Berliner Rechtsanwälte für den Posten vorzuschlagen. Dieser Vorschlag stieß anfänglich auf Widerpruch, da verchiedentlich bezweifelt wurde, ob Berliner Rechtsanwälte mit den Nixdorfer Angelegenheiten genügend vertraut seien und ob sie bereit wären, wegen jeder kleinen Streifschabe mit der Allertandse nach Nixdorf zu wandern. Nachdem aber der Vorstand erklärt hatte, alle Schritte, um die Nixdorfer Rechtsanwälte von ihrem Posten des Vereins abzudrängen, seien erfolglos geblieben, und dem Bedauern Ausdruck gab, durch die Hartnäckigkeit, mit der die Rechtsanwälte an ihrem Entschloßen festhalten, dazu gezwungen zu sein, sich auswärts nach einem Rechtsbeistand für den Verein umzusehen, wurde der Vorstandsantrag angenommen.

Die Herren Hausbesitzer müssen es arg getrieben haben, um diese Solidarität entstehen zu lassen.

Krankenfassenwahl. Am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags von 11-1 Uhr, findet in dem Lokal von Hoppe, Hermannstr. 49/50, die Wahl der Delegierten zu hiesigen Ortsloale statt. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch, das sich jeder Wahlberechtigte vom Arbeitgeber geben lassen muß. Das Gewerkschaftsamt.

Auch ein Diebstahlsfall. Eine überraschende Wendung hat gestern eine Diebstahlsaffäre vor dem Nixdorfer Schöffengericht genommen. Die Igl. Eisenbahndirektion hatte vor einiger Zeit ein anonymes Schreiben erhalten, in welchem der Eisenbahnarbeiter Gustav Schröder verdächtigt wurde, dem Fiskus gehörigen Pflanz gestohlen und sich entgegen dem Verbot an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt zu haben. Als Verleumder wurde der Streckenarbeiter Reinhold Schröder ermittelt, der durch den Eisenbahnarbeiter Wilhelm Schulz zu der anonymen Verleumdung verleitet worden war. Schröder sah gestern auf der Anklagebank und es gab auch zu, den Brief geschrieben zu haben und räumt selbst ein, daß ihm nicht bekannt sei, daß Schröder sich an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligt habe; dagegen vertritt die Angeklagte für die Behauptung, Schröder habe den Brief geschrieben und zu häßlichen Verwunden, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Auf Antrag des Anklagewahls wurde die Verleumdung unterbrochen und in der Wohnung des Verdächtigen eine Hausdurchsuchung nach Pflanzstoffen vorgenommen. Es wurde dabei allerdings Pflanz gefunden, jedoch nicht solcher, wie er in den Eisenbahn-Coupe verwendet wird. Der als Zeuge auftretende Wilhelm Schulz, welcher den Angeklagten dazu verleitet hatte, den anonymen Brief zu schreiben und abzugeben, wurde eidlich vernommen. Als er gegen Schröder ausgesagt hatte, legte plötzlich seine mit ihm verfeindete Schwägerin ein Stück alten Pflanz vor, wie er in den Waggon 2. Klasse Verwendung findet und behauptete, ihr Schwager, der Zeuge Schulz, habe den Stoff gestohlen und ihr gegeben, damit sie ihrem kleinen Sohne eine

Hofe daraus anfertigen könne. Trotz der wiederholten Ermahnungen des Vorsitzenden sagte Schulz unter seinem Eide aus, daß er niemals der Eisenbahnverwaltung gehörige Pflanzstoffe entwendet habe. Nun beantragte der Amtsanwalt, der gegen Schulz ein Verfahren wegen Diebstahls und Meineides anhängig machen wird, wegen dringenden Verdachtes des wissenschaftlichen Meineides die sofortige Verhaftung des Benge. Das Gericht hielt Schulz des Meineides für verdächtig, aber nicht für so dringend, daß es dessen Verhaftung anordnete. Den Angeklagten Scharber verurteilte der Gerichtshof wegen wissenschaftlicher Behauptung zu einem Monat Gefängnis.

Wegen der Eingemeindung von Lichtenberg und Nimmelsburg in Berlin haben in den letzten Tagen im Berliner Magistrat wieder Erörterungen stattgefunden. Wie uns aus den beteiligten Vorortgemeinden gemeldet wird, bedingt die Stralauer Hafenanlage den Erwerb eines größeren Geländes und dieses ist durch die Eingemeindung von Nimmelsburg und Lichtenberg am besten zu erlangen. Wegen einer teilweise Eingemeindung der Orte, (der Teile innerhalb der Ringbahn) wie sie seinerzeit vom Minister v. Hammerstein angeregt wurde, sprachen die Interessenten der Vorortgemeinden und auch Berlin wäre heute damit nicht geholfen. — Berlin hatte anlässlich der seinerzeit geplanten Eingemeindung des auf Lichtenberg Gebiet gelegenen Grundstückes von Dommermarschen Geländes zur Vieh- und Schlachthofvergrößerung bereits einen Eingemeindungsvertrag ausgearbeitet, welcher im wesentlichen auch jetzt noch zuträfe, so daß die Verhandlungen, sobald sie greifbare Form erlangt haben werden, in einem schnelleren Tempo geführt werden können.

Steglich.

In einer außerordentlichen Versammlung beschäftigte sich der Wahlbezirk Steglich mit dem neuen Organisationsstatut von Groß-Berlin. Genosse **Wolke** (Schöneberg) gab als Referent zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Organisationsformen seit Beginn der sozialistischen Arbeiterbewegung und ging dann den neuen Entwurf Punkt für Punkt durch; er führte die Gründe an, aus welchen die Kommission zu dieser oder jener Fassung gekommen und ersuchte zum Schluß die Genossen, weitestgehend auf der selbst überzeugung sei, daß noch vieles an dem Entwurf Verbesserungsbedürftig sei. In der Diskussion beteiligten sich (wohl wegen der schon weit vorgeschrittenen Zeit) nur vier Genossen, von denen drei gegen eine Zentralisation auf der Grundlage des Entwurfes aussprachen, während der vierte sein Einverständnis erklärte. Man sah davon ab, bestimmte Anträge zu stellen, indem man von den zu wählenden Delegierten zur Kreis-Generalversammlung erwartete, daß sie daselbst den Willen der Mehrheit zum Ausdruck bringen. Delegiert wurden die Genossen Haberland, Höhn und Leimbach. Hierauf kam Genosse Leimbach noch auf die Angelegenheit der „Korrespondenz“-Redakteure zu sprechen; er meinte, in den weitesten Kreisen der Parteigenossen könne man das Schweigen des Parteivorstandes nicht begreifen und der Wunsch nach Aufklärung dieser unliebsamen Angelegenheit sei allgemein. Durch das Schweigen würde den gewagtesten Kombinationen Tür und Tor geöffnet, aber auch das Urteil der Öffentlichkeit müsse dadurch ein schiefes werden, daß man nur die eine Seite bis jetzt gehört habe. Er enthalte sich selbstverständlich aus dem letzten Grunde eines Urteils, glaube aber doch, seine Ansicht, die von der großen Masse der Genossen geteilt werde, zum Ausdruck bringen zu müssen im Interesse der Partei, der durch das Schweigen mehr geschadet werde als durch rückwärtslose Offenheit. Er unterbreitete folgende Resolution: „Die Versammlung kann sich mit dem Verhalten des Parteivorstandes in Sachen der Differenzen mit den sechs Redakteuren des „Vorwärts“ nicht einverstanden erklären. Die Parteigenossen haben das größte Interesse an völliger Klarstellung und erwarten deshalb von dem Parteivorstand, daß er unverzüglich die erst für später in Aussicht gestellte Erklärung zu diesem bedauerlichen Vorfall veröffentlicht.“

Nachdem von einem Genossen die Resolution befürwortet, von zwei anderen gemindert wurde, sie auf der Generalversammlung des Kreises einzubringen, kam sie zur Abstimmung und wurde gegen eine kleine Mehrheit angenommen.

Spandau.

Ein Postskandalum ist für den Stadtkreis Spandau und den dazu gehörigen neu entstehenden Stadtkreis Rummelsburg dadurch geschaffen worden, daß letzterem die Berliner Ortstaxe zugestimmt ist. Den Bewohnern von Rummelsburg ist es somit gestattet, nach Berlin und den zum Bereich der Ortstaxe gehörigen Vororten Zwickfennigpostkarten und Fünfspennigpostkarten zu senden, während für den Postverkehr mit Spandau selbst Fünfspennigpostkarten und Zehnspennigpostkarten verwendet werden müssen. Die Einbeziehung des Rummelsbundes in das Gebiet der Berliner Ortstaxe rechtfertigt den Wunsch, daß diese alsbald auch auf Spandau ausgedehnt werde.

Weissensee.

Eine Hausfuchung hat beim Schlächtermeister Lieshen in der Charlottenburgerstraße stattgefunden, und zwar stehen die Gründe der Hausfuchung in der preussischen Monarchie wohl einzig da. Im Auftrage des stellvertretenden Amtsvorsethers Herrn Affessor Dr. Rabe erschienen am genannten Tage zwei Kriminalbeamte und der Tierarzt Dr. Rühl bei dem Schlächtermeister und verlangten Einsicht in ein vor ca. 2 Jahren geführtes Schlachtbuch, das von dem Schlächtermeister als nicht mehr vorhanden bezeichnet und daher nicht mehr herausgegeben wurde. Darauf begab sich der Beauftragte in das Schlachtbuch und fanden dort ein Buch, in welchem mehrere Blätter fehlten. Nach diesen fehlenden Blättern wurde dann der Schriftführer des Schlächtermeisters untersucht, jedoch erfolglos. Mit dem vorgefundenen Bruchteil eines Buches zogen die Beamten ab. Was war nun der Zweck der Hausfuchung? Der Schlächtermeister soll sich einer Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben und hierin soll er von einem früher bei der Gemeinde angestellten Tierarzt begünstigt worden sein. Die Beteiligten haben gegen den stellvertretenden Amtsvorsetzer Beschwerde eingereicht und die Hausfuchung als ungeschicklich bezeichnet.

Reinickendorf.

Die Reinickendorfer Gemeindevertretung hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Projekt der Schaffung eines Stützkanals von dem Tegeler See über Dalldorf und Reinickendorf nach der Rosenthaler Feldmark beschäftigt. — Der Gemeindevorstand erläuterte das Projekt und hat um die Bewilligung der Kosten für die Vorarbeiten. Es handelte sich nicht um einen Plan, den man auf die lange Bank schieben könne, sondern es solle hier mit Hilfe der Regierung und des Kreises sehr bald ein für die Entwicklung des Nordens von Berlin bedeutungsvoller Schritt geschehen. — Verschiedene der Gemeindevorstandmitglieder hob hervor, daß der Kanal Reinickendorf nur wenig berühre, doch würden die anteiligen Kosten zu den Vorarbeiten schließlich bewilligt. — Durch den projektierten Kanal würden große, teilweise bisher brach liegende Gelände der Industrie erschlossen werden.

Mit großer Frechheit gingen Einbrecher zu Werke, die in der Nacht zum Freitag den Handelsmann Wilhelm Müller in der Hausotterstraße zu Reinickendorf heimjagten. Müller und Frau besaßen viele Wäpfe und sind daher oft nicht zu Hause. Eine Verwandte sieht sich dann nach ihren drei Kindern um. Auch am Donnerstagabend war sie bis 10 Uhr bei ihnen. Nachdem sie sich dann schlafen gelegt hatten, ging sie nach Hause. Im Laufe der Nacht schritten nun Einbrecher, die mit den Verhältnissen vertraut sein müssen, eine mit Seife beschmierte Fensterscheibe mit einem Diamanten heraus, schoben durch die Öffnung den Kiesel zurück und stiegen dann durch das Fenster ein. Im ersten Raum durchwühlten sie alle Kleider- und Wäschebehälter. Hierauf gingen sie durch das Zimmer, in dem die drei Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren schliefen, und erbrachen ein Schublädchen, in dem eine eiserne Kassetten mit 300 Mark in Gold und verschiedenen Wertpapieren lag. Ohne daß die Kinder erwachten, verschwand sie mit der Beute. Die entworfene Kassetten mit 300 Mark wertvollsten Schmuck. Verantw. Redakteur: Carl Leib, Berlin. Für den

Gebiet. Die Papiere, die sie anhielt, hatten zum Teil andere Leute Müller in Verwahrung gegeben. Die Kriminalpolizei hat sie sofort sperren lassen. Es handelt sich u. a. um Hypothekenbriefe auf die Namen Karl Bohr und Karl Heindrich, Sparkassenbücher von beträchtlichem Werte und Versicherungen der Kinder Walter, Adolf und Willi Müller. Vor Anlauf und Verleihung der Papiere sei hiermit gemahnt. Da sie gesperrt sind, so haben sie für jeden nicht rechtmäßigen Besitzer gar keinen Wert. Die Einbrecher sind noch nicht ermittelt.

Teltow.

Verunglückt ist gestern nachmittag der in Teltow wohnhafte Arbeiter Roggoy. Der Verunglückte war in Stahnsdorf mit Abladen von Schienen beschäftigt, wobei ihm durch einen unglücklichen Zufall eine davon gegen den Kopf fiel; er hat den Verlust eines Ohres zu beklagen. Außerdem trug er eine schwere Schädelverletzung davon. Auf ärztliche Anordnung wurde er mittels Krankenwagen nach dem Potsdamer Krankenhaus geschafft.

Mariendorf-Mariensfeld.

In die so viel beungunzte deutsche Freiheit zurückgeführt ist der Parteigenosse **Fritz Kreuzlich**, nachdem es ihm vergönnt war, drei Monate lang bei Komposthufeln voll „Kumfusch“ und „Blonem Heinrich“ in Ruhe darüber nachzudenken, wie er nach wiedererlangter Freiheit am besten der Partei dienen könne. Welche Freundschaft und Achtung er sich unter den Parteigenossen erworben hat, bewies die zu seinem Empfang angeordnete kleine Festlichkeit, bei welcher nicht bloß viele Orte vertreten waren, zu der auch u. a. aus dem Auslande Begrüßungs- und Glückwünschenschriften eintrafen.

Berliner Nachrichten.

Der preussische Prinz und die russische Revolution. Prinz Friedrich Leopold ist vom mondianischen Kriegsschauplatz über Warschau nach Berlin zurückgekehrt. Zu der Reise des Prinzen wird der „Vorwärts“ geschrieben:

Die Abreise des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen aus Warschau ging unter den denkbar größten Vorichtsmaßnahmen vor sich. Aus Berlin war ein Sonderzug mit Speise- und Schlafwagen zur Abholung des Prinzen entandt worden. Die Abfahrt war auf 1/9 Uhr abends festgesetzt und im Zuge sollte um 9 Uhr ein Abendessen von 12 Bedienten serviert werden. Alle Vorbereitungen waren getroffen, am Bahnhof war eine Ehrenkompanie mit Musik und Fahne aufgestellt, da kam der Befehl: „Der Prinz kommt nicht, er bleibt in der Wohnung des Gouverneurs, wo er übernachtet wird.“ Das Personal des Sonderzuges kam sich ebenfalls zur Ruhe begeben. Die Ehrenkompanie rückte hierauf ab und das Zug- und Stützpersonal packte alles zusammen, um die Vorbereitungen zum Ueberrachten zu treffen, als plötzlich der Befehl kam: „Der Prinz ist im Zuge, es wird sofort abgefahren!“ Große Verwirrung allerseits, denn das Kommen des Prinzen war von niemand bemerkt worden und das Geheimnis dieser Fahrt wurde durch diese unerwartete Nachricht noch mysteriöser. Im Zuge selbst waren überall Soldaten mit aufgezacktem Bajonett postiert, an jeder Tür, an jedem Eingang stand ein Soldat. Der Bahnhof war streng abgesperrt, überall sah man Posten und Patrouillen. Berichterstattung wurden schroff abgewiesen, das Personal des deutschen Zuges durfte den Zug nicht verlassen. Und dennoch war der Prinz plötzlich im Zuge! Vor der Abfahrt wurden sämtliche Lichter des Zuges abgeblendet. Im Speisewagen wurden die Jalousien heruntergelassen und die Fenster durch Läden fest verhängt. Ebenso wurde auch der Schlafwagen des Prinzen vollständig verdunkelt. Um 12 Uhr abends ging los. Voraus ein Militärzug, der das Geleis frei halten mußte, gleichfalls mit abgeblendeten Laternen, die Maschine nur mit Ingenieuren und Offizieren besetzt. In kurzem Abstand folgte der Prinzenzug, der auf ein Signal des Vorzuges hin bis zur Grenze sechsmal halten mußte, weil irgend etwas auf der Strecke nicht geheimer erschien. Die Bahngleise waren zu beiden Seiten von Soldaten bewacht in gleicher Weise, wie dies bei Reisen des Zaren geschieht. Der Zug kam schließlich wohlbehalten um 5 Uhr früh an der deutschen Grenze, in Alexandrow an, wo er vom deutschen Personal in Empfang genommen wurde.

Nun war der Prinz gesichert. Der Deutsche wird die Majestät behaupten stets mit Pietät.

Ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie hat gestern die Brandenburgische Provinzialsynode beschlossen. Es war der Antrag eingegangen, die Synodalordnung dahin zu ändern, daß diejenigen Gemeindeglieder, die ihre kirchlichen Verpflichtungen nicht erfüllt haben, von der Teilnahme an den Gemeindevahlen und von der Wählbarkeit in die Gemeindeförperschaften ausgeschlossen werden.

Syn. Hosprediger a. D. D. **Stöder** wünschte dazu folgenden Zusatz: „... und daß dieser Tatbestand in den Anmeldeformularen zum Ausdruck komme.“ Das sei nur die einfache Konsequenz des Vorhergehenden. Heute ist von kirchlichen Verpflichtungen nichts erforderlich; in Zukunft soll der Anmelde dem Aufzunehmenden Auskunft geben, ob er getauft und Konfirmiert ist und seinen kirchlichen Verpflichtungen nachgekommen sei.

Syn. **Warner Philipp** (Wahrensee) legte dar, daß die jetzigen Bestimmungen absolut nicht genügen. Sie reichen z. B. nicht aus, um zu verhindern, was in Nürnberg schon geschehen ist: daß sich die Sozialdemokratie der kirchlichen Vertretungen bemächtigt. Das kann in Berlin auch geschehen. Ein Wink würde genügen. Da soll man doch lieber, so lange es noch Zeit ist, die Türen schließen. In Berlin hat ja ein Oberlehrer eine Broschüre geschrieben, in der er die Sozialdemokratie zur Beteiligung an den Kirchenvahlen auffordert. Ein Mitglied der Kreissynode Berlin II hat öffentlich erzählt, daß er ebenfalls versucht habe, die Sozialdemokratie zur Beteiligung an den Kirchenvahlen zu gewinnen. Es gibt ja unter den Sozialdemokraten manche Gläubige und sogar kirchliche; aber das sind doch nur Ausnahmen. Die Lage ist heute so, daß wir uns sagen müssen: Der Feind steht vor der Tür. — Der Antrag mit dem Zusatz Stöders wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen. Die Herren haben sich, soweit sich das Verhalten unserer Parteigenossen in Berlin auf absehbare Zeit beurteilen läßt, ja ohne Ursache bemüht. Leider haben sie versehen, eine wichtige Bestimmung dem Ausnahmegesetz hinzuzufügen, die bei einzigem Anstand die selbstverständliche Konsequenz des begangenen Schrittes gewesen wäre. Sie hätten nämlich bestimmen sollen, daß derjenige, der sich nicht um kirchliche Dinge kümmert, auch von Kirchenfeuern verschont bleiben müsse.

Eine „Zaltperr“ in Berlin. Die Hochflutwässer, deren verhängnisvolle Wirkungen im Gebirge zu dem Bau von Zalsperren Veranlassung gegeben haben, verursachen bekanntlich auch in Berlin erheblichen Schaden, wie man nach jedem kräftigen Gewitterregen erfährt. Besonders in Mitleidenchaft gezogen wird namentlich die Horkstraße, und alle Versuche, dieses Uebelstimmungsgebiet durch Anlage von Notkanälen zu beseitigen, waren bisher erfolglos. Nun hat die Stadtverwaltung zu einem eigenartigen Mittel gegriffen, wodurch die „Gebirgslandschaft“ des Kreuzberges einen weiteren alpinen Charakter erlangt. Die von dem Kreuzberg und dem anschließenden Gelände des Tempelhofer Feldes bei starken Regengüssen abfließenden Wassermassen drängen durch die Kreuzberg- und Nagelsackstraße in die Horkstraße hinein, große Sandmassen mit sich führend, die sich in der Horkstraße ablagerten und die Abflussschläufe verstopften. Diesen Uebelstand wird nunmehr dadurch abgeholfen, daß sowohl nach der Seite der Kreuzberg- als auch nach der Nagelsackstraße, ebenso an der Dreiecksstraße eine neue Zalsperrenbau ähnliche Sandaufschüttung vorgenommen wird, die, durch ein Holzgitter befestigt, einen Damm gegen die abfließenden Wassermassen bildet. Man hofft hierdurch die Uebelstimmung der Horkstraße infanteriell vorzantw. : Th. Hoffe, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

bei stärkeren Regengüssen wenn auch nicht gänzlich zu vermeiden, so doch wesentlich vermindert zu können.

Es ist nicht leicht, Patriot zu sein. Das „Vorl. Tgl.“ meldet: „Die Mitglieder der Kriegervereine, die mit ihren Fahnen zur Enthüllung des Rolke-Denkmals auf der Plattform des Siegesdenkmals aufgestellt worden waren, waren von ihrer Teilnahme an der Enthüllungsfeste wenig erbaut. Sie mußten beinahe fünf Stunden stehen auf ihrem Platze verharren. Während das Militär nach vollzogener Enthüllung abrückte, mußten sie noch zwei Stunden stehen bleiben, bis der Kaiser aus dem Generalstabsgebäude, wo er die kommandierenden Generale sprach, zurückgekehrt war. Eine ganze Anzahl der alten Herren, die sich kaum noch auf den Beinen zu halten vermochten, wollten sich nach der Enthüllung nach Hause begeben, die Schutzmannschaften ließen jedoch nur Militär durch und verweigerten den Durchgang. Auf eine Eingabe der Kriegervereine-Vorstände war übrigens den Mitgliedern zugesagt worden, daß sie diesmal mehr „Beachtung“ finden würden, als bei früheren ähnlichen Gelegenheiten. Es erfolgte aber auch diesmal keine Begrüßung durch den Kaiser. Die meisten Mitglieder wollten sich in Zukunft von jeder Teilnahme an ähnlichen Feiern fernhalten.“

Hoffentlich hält das patriotische Gewissen auch diesem Misgünst gegenüber tapfer stand.

Der Ortsbesitzer mit sieben Töchtern. Die Polizei scheint jetzt mit besonderem Eifer gegen solche Hotels und Absteigequartiere vorzugehen, die verdächtig sind, der Unzucht Vorschub zu leisten. Nachdem erst vor wenigen Tagen eine Strafverhandlung gegen Besizersin des Hotels Regendank vor einer hiesigen Strafkammer stattgefunden hatte, fanden gestern wiederum zwei ehemalige Voriers desselben Hotels vor der Strafkammer, die gleichfalls beschuldigt wurden, dem unflüchtigen Treiben, welches sich dort in ziemlich ungenügender Weise breit machte, Vorschub geleistet zu haben. Die Details, die dem Gerichte vorgeführt wurden, waren wenig erbaulich. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten ist sich schon eine geraume Zeit hingezogen, weil ein angeklagter Ortsbesitzer, der als Belastungszeuge fungieren sollte, nicht aufzufinden ist. Dieser soll eines Nachts mit sechs „Töchtern“ das Hotel bezogen haben. Auf Grund der Beweisaufnahme glaubten Justizrat Bronker und Rechtsanwalt Dr. Schwandt den Antrag auf Freisprechung der Angeklagten stellen zu sollen, da diesen ein Verstand nicht ausreichend nachzuweisen sei. — Der Gerichtshof erlaubte auch auf Freisprechung. — Ungünstiger Schnitt eine Frau Antonie Reip ab, die beschuldigt war, in der Friedrichstraße ein Quartier für Liebespächen zur Verfügung zu stellen. Sie wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Straßensperrung. Der Schiffbauerdamm wird vor den Grundstücken 24 bis 26a wegen Umfesterung, die Nazarethkirche von der Malplauet- bis zur Wragstraße wegen Aliphaltierung und die Stargarder Straße von der Dunderstraße bis zur Prenzlauer Allee wegen Ausführung von Reparaturarbeiten an der Jungensbrücke in der Stargarder Straße bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Nahrungsmittelfälscher. Der schon seit einer längeren Zeit schwebende Prozeß gegen den Kaufmann Paul Persch, dessen Sohn und drei andere Angeklagte wegen angeblicher systematischer Nahrungsmittelfälschungen soll nunmehr am 14. November und an den folgenden Tagen vor der IX. Strafkammer des Landgerichts I. zur Verhandlung kommen. Das Strafverfahren ist im wesentlichen von früheren Angestellten der Firma, welche entlassen worden sind, veranlaßt worden. Die Verhandlung, in welcher die Rechtsanwälte Leonhard Friedmann und Dr. Werthauer die Angeklagten verteidigen, wird sehr umfangreich werden, da etwa fünfzig Zeugen zu vernehmen sind.

Eisenbahnunfall. Als am Donnerstag der um 11 Uhr 40 Min. vom hiesigen Grlitzer Bahnhof fällige Vorortzug Nr. 3207 abfahren sollte, wurde durch eine noch unaufgeklärte Verlegung der Lokomotivsteuerung der am Schluß befindliche Padwagen gegen den Breßboch geschoben, wobei der Padwagen und der Breßboch beschädigt wurden, Personen sind nicht verletzt. Der Zug konnte nach Abhangen der beiden letzten Wagen und mit einer geringfügigen Verzögerung abfahren.

Geldbühne in Warenhäusern sind jetzt an der Tagesordnung. Eine Frau, die vor einiger Zeit einer Kundin eines Kaufhauses, die einen Hut kaufen wollte, die Handtasche mit über 1000 M. Inhalt, hat Schale gemacht. Die anderen Diebinnen müssen sich allerdings mit kleineren Beträgen begnügen, im Laufe der Zeit haben sie aber doch eine Menge zusammen. Dabei werden sie wesentlich unterstützt durch den unglaublichen Leichtsin, mit dem viele Damen ihre Taschen bald hier bald dort aus der Hand legen, als ob sie zu Hause wären.

Beim Handel mit gekohltem Geflügel wurden zwei mehrfach bestrafte Leute namens Hermann Faust und Paul Römer festgenommen. Sie hatten mit einem Dritten, der entkommen ist, auf dem Gelände „an der Spinne“ in der Nähe der Prenzlauer Allee Lauben erbrochen und daraus 13 Kaninchen, 20 Tauben und 15 Enten gekohten. Die ganze Beute, die sie leben liehen, packten sie in drei Kinderwagen und fuhrten damit stundenlang durch die Stadt, ohne einen Abnehmer zu finden. Zuletzt versuchten sie es noch einmal bei einem Geflügelhändler in der Weidenburgerstraße, dem sie auch die Kaninchen anboten. Der Mann schöpfe Verdacht, obwohl ihn die Verkäufer versicherten, sie hätten alle Tiere in ihren eigenen Lauben gehalten und wollten sie nun verkaufen, um sie nicht überwintern zu müssen. Als er nach einem Ausweis fragte, lief einer davon, Faust und Römer aber ergriff er und hielt sie fest, bis die Polizei kam, zu der er heimlich geschickt hatte. Vor der Kriminalpolizei leugneten sie erst auch noch, endlich aber legten sie ein Geständnis ab.

Im Verein für vollständige Kurze von Berliner Hochschullehrern beginnt am Montag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Geheimrat Medizinrat Professor Dr. Waldner, Direktor der königlichen Anatomie, seinen Vortrag über die „Anatomie und Geologie des menschlichen Körpers“ in der Aula des sächsischen Realgymnasiums in Ahdorf, Kaiser Friedrichstraße 210. Am selben Abend um 8 1/2 Uhr beginnt Herr Professor Dr. v. Halle seinen Vortragskurs über „Kartelle und Teufel“ in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, N.W., Dorothienstraße 13/14. Eintrittskosten zum Preise von 1 M. für jeden Kursus sind zu haben bei: Georg Welling, W., Leipzigerstraße 128; A. Schäge, O., Holzmarktstraße 60; Chr. Eschendorfer, C., Sophienstraße 20; R. E. Vederer, W., Kurfürststraße 70; Leonhard Staar, SW., Friedrichstraße 5; Zentralstelle für Arbeiter-Vorsorgeeinrichtungen, SW., Dessauerstraße 14. (8 bis 3 Uhr.)

Einen Lichtbildervortrag über Konsumgenossenschaften hielt Genosse **Krold** aus Chemnitz dieser Tage im Lokal „Schloß“, Waldemarstraße 75. Veranlaßt war der Vortrag vom Käuferverein „Selbsthilfe“. Krold berührte die geschichtliche Seite des Genossenschaftswesens und wies auf die Vorteile hin, die dem Konsumenten durch die Genossenschaft erwachsen. In vorzüglichen Lichtbildern wurden dann die hauptsächlichsten Einrichtungen des Schweizerischen und englischen Konsumgenossenschaftswesens der Versammlung vorgeführt. Ohne Zweifel hat dieser Vortrag das Interesse für die Bewegung in hohem Maße zu wecken gewußt.

Freie Volkshöhle Charlottenburg.

Donnerstag, den 2. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause:
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag von Herrn **Wally Zepfer**: „Die Freie Volkshöhle“, 2. Gedächtnis- und Nachrufbericht, Bericht der Redaktionen u. Vereinskassen. (1898/99) Der Vorstand.
Sugdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.